

# hochschule ost

politisch-  
akademisches  
journal aus  
ostdeutschland

Leipzig Mai 1993

## 5/93

2. Jahrgang

Themen:

Zwischen Scylla und Charybdis:  
Ostdeutsche Entwicklungsländer-  
forschung in der DDR und da-  
nach

Wissenschaft Ost  
1989/90 Teil VIII

Verbände (-Schicksale) im Osten  
Teil 2

Institution Hochschule und  
Landeshochschulrecht  
Teil 2

Mit Beiträgen von:

Günter Barthel \* Martin  
Robbe \* Heinz-Dieter  
Winter \* Detlef Wahl \*  
Christian Pommerening \*  
Günter Eiselt \* Ilko-  
Sascha Kowalczuk \*  
Michael Daxner  
u.a.



## Editorial

*Die 2. Welt forscht über die 3. Welt: die Abkopplung von Weltmarktzusammenhängen, die Entwicklungstheoretiker den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zum Aufholen struktureller sozioökonomischer Defizite empfehlen, war im Osten Europas Realität. Die weltgeschichtliche Einordnung der eigenen wie der Situation der sogenannten Entwicklungsländer blieb allerdings in der DDR unter (schein-?) marxistischen Prämissen vom Übergang via Kapitalismus (oder nichtkapitalistischen Weg) zum Sozialismus. Die Kritik an dieser Perspektivierung, die nicht nur die wissenschaftliche Reputation beschädigte, sondern auch in der praktischen Entwicklungspolitik Fehler abstützte, sollte gleichwohl die Leistungen der DDR-Entwicklungsländerforschung nicht verdunkeln: Ein Thema in der internationalen Diskussion herausgefordert zu haben, bleibt ebenso ein Verdienst wie die empirischen Feldstudien, die ein bemerkenswert großes Potential vorlegte (das sich zu leisten eben auch zu den politischen Prämissen der DDR gehörte).*

*Man kan es guten Gewissens Dunkelmänner (und -frauen)tum nennen, wenn heute die wissenschaftspolitischen Deformationen und Instrumentalisierungen und die (vielen heute erst) fragwürdigen Perspektiven, in der das Material geordnet wurde, ins Feld geführt werden, um eine auf Entwicklungspolitikberatung und -kritik orientierte Forschung und Lehre zu dezimieren. Die Situation des "Forschungsobjektes", das nicht mehr von der Systemkonkurrenz profitieren kann, ist viel zu eng mit der unseren verkoppelt, als daß wir uns diesen globalen Wirkungen durch das Ausdünnen von Studiengängen entziehen könnten.*

M.M.

### IMPRESSUM

hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland  
Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit  
beim StudentInnenRat der Universität Leipzig, PSF 920, O-7010 Leipzig, Tel. 719 22 61, Fax 719 22 55.  
Verantwortlich: Peer Pasternack.  
Redaktion: Dirk Behr, Sonja Brentjes, Frank Geißler, Monika Gibas, Erika Jäger, Matthias Middell, Peer Pasternack, Dirk Siebert.  
Herstellung: Büro Pauselius, Oststr. 24-26, O-7050 Leipzig.  
hso erscheint monatlich. Der Jahrgang orientiert sich am Semesterablauf und läuft jeweils von Okt. - Sept.  
Schutzgebühren: Einzelheft DM 5,- (ostdeutsche PrivatbestellerInnen 3,-), Jahresabo (12 Ausgaben) DM 55,- (ostdeutsche PrivatabonnentInnen / StudentInnenabo 33,-; in der akademischen/studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive Studierende 20,-).  
Kto.: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.  
Selbstverständlich geben die Artikel nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPÖ bzw. der Redaktion wieder.  
Nachdruck mit Quellenangabe ("aus 'hochschule ost', Leipzig, Nr. ...") gestattet. Belegexemplar erbeten.

## INHALT

### THEMA I: Zwischen Scylla und Charybdis: Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach

<i>Günter Barthel</i> : Die Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften in der ehemaligen DDR - Versuch eines Resümées	5
<i>Martin Robbe</i> : Verlorene Visionen? Entwicklungsländerforschung in der DDR	14
<i>Heinz-Dieter Winter</i> : Bemerkungen zum Verhältnis Politik und Entwicklungsländerwissenschaft in der DDR	25
<i>Dettel Wahl</i> : Abwicklung und gegenwärtige Situation der Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock	29
<i>Christian Pommerening</i> : Vertretenes Schweigen - Afrikanistik in Leipzig	33
<b>DOKUMENTATION</b> Leipziger Überlegungen - Überlegungen zu Leipzig: Strukturmodell für den künftigen Fachbereich Orientalistik und Afrikanistik an der Universität Leipzig [Oktober 1990]	37
<i>Sektion ANW, Lehrstuhl Soziologie</i> : Stellungnahme zum Papier der "Strukturkommission" der Sektion ANW [14. 11. 1990]	43
<i>Franz Nuscheler</i> : Integrierter Studiengang Regional- und Entwicklungsstudien an der Universität Leipzig	46
<b>PUBLIKATIONEN seit 1989 zur ostdeutschen Entwicklungsländerforschung</b>	51
<b>BERICHTIGUNG</b> zu Heft 2/93	51

### THEMA II: Wissenschaft Ost 1989/90 Teil VIII

<i>Günter Eiselt</i> : "Gewerkschaft Wissenschaft" - ein Modell für Deutschland? Die vertane Chance einer gebündelten Gewerkschaftsvertretung für den Bereich Wissenschaft	52
--	----

### THEMA III: Verbände(-Schicksale) im Osten - Teil 2

<i>Ilko-Sascha Kowalczyk</i> : Der Unabhängige Historiker-Verband (UHV)	66
---	----

### THEMA IV: Institution Hochschule und Landeshochschulrecht - Teil 2

<i>Michael Daxner</i> : Präsident, Rektor, Chef, oder was?	78
--	----

## BERICHTE

TU Imenau: Senat - quo vadis? ( <i>A. Wendt</i> )	87
<i>BLK</i> : Beschäftigungsvoraussetzungen für WIP geschaffen	89
<i>WIP-Kommission des GBR des KAI e. V.</i> zu Integrationsbemühungen	90
<i>MPG</i> : Haushaltsplan '93: Auf dem Weg zur einheitlichen Forschungslandschaft ( <i>M. Betz</i> )	91
80000 Bücher im Wartestand: Wissenschaftliche Zentralbibliothek in Adlershof	93
Greifswald: Ende Juni soll Struktur klar sein	94
Abitur in den neuen Bundesländern hat hohes Niveau	95

## DOKUMENTATION

Neue Form der Förderung im Einklang mit den Prinzipien der <i>MPG</i>	96
<i>BLK</i> erörterte aktuelle Probleme der Forschungsförderung in den neuen Ländern	98
Der Personalrat der <i>MLU Halle-Wittenberg</i> zum bevorstehenden Stellenabbau	100
Der Rektor der <i>MLU</i> zur Erklärung des Personalrates	102
Mecklenburg-Vorpommern: Kabinettsbeschluss Maßnahmen zur Hochschulstruktur	103
<i>M. Wissmann</i> : Neubauplanung für den Telegrafenberg in Potsdam	104
<b>BRIEF</b> Edelbert Richter an die ostdeutschen WissenschaftlerInnen	107
<b>PUBLIKATIONEN</b>	108

## THEMA I: Zwischen Scylla und Charybdis: Ostdeutsche Entwicklungsländer- forschung in der DDR und danach

### Günter Barthel (Leipzig):

#### Die Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften in der ehemaligen DDR Versuch eines Resümées

### 1. Aufgabenstellung und Strukturen

Verpflichtet einer langen Traditionskette existierten auch in der früheren DDR eine Reihe von Institutionen, die sich den zivilisatorischen Leistungen und den Geschicken der Völker und Staaten fernab Europas zugewandt hatten.

Die mit dieser Materie Betrauten und Vertrauten wirkten an einer Vielzahl von Einrichtungen des Hochschulwesens, der Akademien und der gesellschaftlichen Organisationen. Als institutionelle Hauptträger traten die sogenannten regionalwissenschaftlichen Sektionen in Erscheinung, die an den höchsten Bildungsstätten ihr Domizil hatten. Im einzelnen waren es die Sektion Asienwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, die Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften der Karl-Marx-Universität Leipzig, die Sektion Lateinamerikawissenschaften der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock und die Sektion Orient- und Altertumswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie das Institut Ökonomik der Entwicklungsländer der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin-Karlshorst.

Wichtige Forschungskapazitäten fanden sich darüber hinaus um einige anzudeuten am Institut für Allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Berlin, am Institut für Internationale Beziehungen der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR Potsdam-Babelsberg und am Institut für tropische Landwirtschaft der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Zu den Hauptaufgaben [1] der universitären Wissenschaftsbereiche zählte die studentische Ausbildung, die vor allem in den Studiengängen "Regionalwissenschaften" und "Sprachmittler" erfolgte. Die Hauptverantwortung hierfür oblag in erster Linie den Sprachlehrkräften, die ein sehr hohes Stundenpensum für die Vermittlung von Kenntnissen in den Regional- und Landessprachen bewältigen mußten.

Soweit es das Zeitvolumen zuließ, waren die Forschungen darauf gerichtet, die inneren Gesetzmäßigkeiten des Ablaufs außerordentlich komplexer und komplizierter gesellschaftlicher Prozesse in der Vergangenheit und vor allem in der Gegen-

wart aufzudecken. Angestrebt wurde, mit den Mitteln disziplinärer wie interdisziplinärer Analyse die Geschehnisse vor allem in der Dritten Welt im Rahmen von Untersuchungen zu Regionen und Ländern, zu Ereignissen und Konflikten sowie zu Personen und Problemen transparent zu machen. Gegenstand der wissenschaftlichen Beschäftigung waren sowohl - und zwar qualitativ und quantitativ dominierend - die Entwicklungsländer, aber auch die kapitalistischen und sozialistischen Staaten der drei Kontinente, als auch breitgefächerte Detailstudien zu bedeutsamen Fragen einzelner Felder des akademischen Ringens um Erkenntniszuwachs.

Mit dem Ziel, die Potenzen der obengenannten und anderer Institutionen bzw. ihrer Vorläufer stärker zu nutzen, ihren Aktionsradius zu verbreitern und ihre Ausstrahlungskraft zu erhöhen, konstituierte sich - fachlichen Erwägungen folgend und in Umsetzung wissenschaftspolitischer Prämissen - am 24. März 1966 der Zentrale Rat für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften in der DDR, in seiner Kurzform ZENTRAAL genannt. Zu seinem ersten Vorsitzenden wurde Lothar Rathmann berufen, der bis 1986 die Geschicke dieses Gremiums lenkte und sich hauptsächlich als Initiator interdisziplinärer Zusammenarbeit profilierte.

Das Spektrum der Aufgaben des Rates war von Anfang an sehr vielgestaltig. In erster Linie ging es ihm und seinen Mitgliedern darum, die gegenwartsbezogene wissenschaftliche Forschung zu Asien, Afrika und Lateinamerika zu koordinieren und auf wesentliche Schwerpunkte zu konzentrieren, die Veröffentlichung ihrer Resultate in eigenen Publikationsorganen sowie auf Konferenzen und Tagungen nationalen wie internationalen Zuschnitts zu garantieren, die Entwicklung weiterer Forschungskapazitäten planmäßig, d.h. in Abhängig-

keit von den zentralen Vorgaben der wissenschaftlichen Pläne, und zielgerichtet zu stimulieren, die organische Verkettung verschiedener gesellschaftlicher Disziplinen wirksam zu befördern, die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Praxis auf ein neues Niveau zu heben sowie die Kooperation der Akademien der sozialistischen Länder im Rahmen der multilateralen Problemkommission "Ökonomie und Politik der Entwicklungsländer" mit Leben zu erfüllen. [2]

Anfang 1987 wurde - im Zusammenhang mit der Übernahme des Vorsitzes durch Günter Barthel - der ZENTRAAL aus einem Problemrat des Rates für außenpolitische Forschung in einen selbständigen wissenschaftlichen Rat umgewandelt. Dieser Schritt verringerte die unmittelbare Einflußnahme des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten auf die Belange des Rates und räumte den Wissenschaftlern - wenn auch nur in bescheidenen Grenzen - größere Freiräume mit Blick auf ihr Forschungsprofil ein. Zugleich konnte die gleichberechtigte Einbindung der Philologen in die Arbeit des Rates auf eine höhere Stufe gehoben werden.

Das originäre und unikate Profil des ZENTRAAL ging zugleich einher mit einer mehr oder weniger abgegrenzten sowie von oben verordneten Arbeitsteilung mit dem seit 1973 existierenden wissenschaftlichen Beirat für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, der sich als beratendes Organ des Ministers vor allem Fragen von "Erziehung und Ausbildung" der Studenten in der Grundstudienrichtung Regionalwissenschaften und den auf ihr aufbauenden zehn Fachrichtungen verpflichtet fühlte, und mit dem 1979 gegründeten Nationalkomitee für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften der DDR, das sich hauptsächlich der interna-

tionalen Repräsentation der in ihm vertretenen Wissenschaftsdisziplinen auf Weltkongressen etc. widmete.

Der ZENTRAAL löste sich infolge des Rücktritts seines Vorsitzenden und des Votums seiner Mitglieder am 6. Dezember 1989 auf. Der Beirat und das Nationalkomitee stellten im Frühjahr 1990 ihre Tätigkeit ein, ohne mit ihren Schritten spektakuläre Aufmerksamkeit zu erregen.

Das wissenschaftliche Leben innerhalb des ZENTRAAL spielte sich im wesentlichen auf zwei Ebenen ab, im Plenum und in den insgesamt sieben Arbeitsgruppen und vier Arbeitskreisen. Im Mittelpunkt der Plenartagungen standen sowohl grundsätzliche Orientierungen, die Diskussion von Hauptaufgaben und von Grundfragen des interdisziplinären Zusammenwirkens sowie die regelmäßige Beratung der dem ZENTRAAL - im Planjahr fünf 1986 bis 1990 insgesamt zehn - direkt zugeordneten Projekte des "Zentralen Forschungsplanes der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR". Zentren des Meinungsstreites, insonderheit in disziplinärer Richtung, bildeten die Arbeitsgruppen und -kreise, die eine hohe Verantwortung für das Erkennen strategischer Leitlinien in der Forschung und die disziplinäre Befruchtung der nach dem Regionalprinzip aufgebauten Sektionen an den Universitäten trugen.

Nach außen trat der ZENTRAAL besonders in Gestalt seiner Publikationsreihen und in Form von Konferenzen aktiv in Erscheinung.

Monographien erschienen vor allem im Rahmen von drei zeitlich aufeinanderfolgenden und miteinander verzahnten Editionen, deren verlegerische Betreuung in den Händen des Akademie-Verlages, Berlin, lag. Herausgewachsen aus den 1959 von Walter Markov begründeten

"Studien zur Kolonialgeschichte und Geschichte der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegung", die insgesamt 11 Bänden Raum boten, fortgesetzt zwischen 1966 und 1970 unter der Bezeichnung "Studien zur Geschichte Asiens, Afrikas und Lateinamerikas", die unter dem Triumvirat von Manfred Kossok, Walter Markov und Lothar Rathmann herausgegeben wurden und neun Werke vorstellten, war es schließlich die Reihe "Studien über Asien, Afrika und Lateinamerika", die 1971 mit Band 1 "Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg - Aktuelle Probleme in Theorie und Praxis" ihre Geburt erlebte, im Zeitraum 1971-1986 unter dem herausgeberischen Patronat von Lothar Rathmann stand und bis Anfang 1990 die Veröffentlichung von insgesamt 40 Bänden ermöglichte. Versuche, die Reihe unter neuem Namen und mit einem gesamtdeutschen Herausgeberkollegium fortleben zu lassen, scheiterten nach Übernahme des Akademie-Verlages durch die VCH Verlagsgesellschaft mbH, Weinheim, endgültig.

Ebenfalls auf eine lange Tradition zurückblicken konnte das "Jahrbuch Asien, Afrika, Lateinamerika", das jährlich einmal die Produkte geistiger Arbeit in Form von Artikeln, Chronologien und Bibliographien offerierte und die Geschehnisse des Vorjahres auf den drei Kontinenten Revue passieren ließ. Erstes Glied in der Kette war der Titel "Die nationale Befreiungsbewegung - Jahresübersicht 1963", der 1964 auf den Markt kam und vom Forschungszentrum zur Geschichte Asiens, Afrikas und Lateinamerikas an der Karl-Marx-Universität Leipzig unter Leitung von Walter Markov bearbeitet wurde. 1965 wurde dieses Werk vom Rat für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften an der Alma mater Lipsiensis und 1966 von der Sektion Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften an der gleichen Hohen Schule übernommen. Seitdem erschien es unter dem neuen

Titel "Asien, Afrika, Lateinamerika" 1967 - Bilanz, Berichte, Chronik, Zeitraum 1966". Seit 1969, mit dem Erscheinungsjahr 1970, zeichnete der ZENTRAAL, bis 1986 mit Lothar Rathmann als Herausgeber, für das Wachsen und Werden dieses Standardwerkes verantwortlich.

1989 erschien mit Band 26 die letzte Ausgabe dieses Wissensspeichers, dessen Edition seit 1969 in den Händen des Deutschen Verlages der Wissenschaften lag. Bemühungen zur Fortsetzung dieser Reihe unter dem Schirm der damaligen Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften in Leipzig waren zum Scheitern verurteilt, weil das notwendige Engagement des neuen Verantwortlichen ausblieb und eine den Verlag überzeugende neue Konzeption nicht unterbreitet wurde.

Sechsmal im Jahr erscheint bis in die Gegenwart die Zeitschrift "asien, afrika, lateinamerika" (AALA), die der ZENTRAAL von 1973 bis 1990 herausgab und die nunmehr editorisch von Martin Robbe - zunächst im Auftrag der Akademie der Wissenschaften - betreut wird. Sie knüpft an die "Mitteilun-

## 2. Probleme und Widersprüche

Es wäre, um es gleich vorweg zu sagen, in allerhöchstem Maße ahistorisch und unfair, die zurückliegenden vierzig Jahre nur unter dem Blickwinkel verständlicher Frustrationen und berechtigter Kritik sehen zu wollen. Denn unbeschadet einer vernichtenden ideologischen Bewertung muß vom unbestechlichen Zeitgenossen auch die Kehrseite der Medaille zur Kenntnis genommen werden, die ohne Zweifel zu erkennen gibt, daß an allen Einrichtungen, die sich mit Vergangenheit und Gegenwart der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker beschäftigten, hart gearbeitet wurde. Eine Vielzahl von Publikationen und mehrere Generationen

gen des Instituts für Orientforschung" (MIO) an, die Richard Hartmann 1953 eingeführt hatte. Die AALA erfreut sich nach wie vor im In- und Ausland großer Nachfrage und rückt primär weitgehend aktuelle gesellschaftliche Prozesse asien-, afrika- und lateinamerikawissenschaftlicher Provenienz in das Zentrum ihrer Publizität. Der Redaktion der AALA, die ihren Sitz in Berlin hat, oblag auch die Verantwortung für die grundsätzlich fremdsprachlichen special issues "asia, africa, latinamerica", von denen 26 Nummern vorliegen, für die Drucklegung von Sonderheften der Zeitschrift, einer Möglichkeit, von der im zurückliegenden Zeitraum nur dreimal Gebrauch gemacht wurde, und für das im Auftrag der multilateralen Problemkommission "Ökonomie und Politik der Entwicklungsländer" in der DDR gedruckte englischsprachige "Information Bulletin", das 1989 im 11. Jahrgang Verbreitung fand.

Seit Januar 1992 erscheint die AALA bei Harwood Academic Publishers, einer Tochter der Gordon and Breach Science Publishers, S.A.

von ehemaligen Studenten stellen dem Fleiß, der Disziplin und der Seriosität der Mehrzahl der Wissenschaftler ein gutes Zeugnis aus. Hier gilt ohne Zweifel jene generalisierende Einschätzung von Cornelius Weiss, der mit Nachdruck unterstrich: "Die Wissenschaft in der DDR stand keineswegs auf so niedrigem Niveau, wie unmittelbar nach der deutschen Wiedervereinigung pauschal geurteilt wurde. ... sowohl in den Akademieinstituten und Hochschulen als auch zum Teil in Forschungseinrichtungen der Industrie (wurde) solide und international respektierte Forschungsarbeit geleistet." [3] Zu den Pluspunkten der vier Dezennien können - unter dialek-

tischer Einbindung der wissenschaftsfeindlichen Faktoren - u. a. das Streben nach mehr begrifflicher Klarheit im Rahmen kollektiver Diskussion, die Initiierung von größeren Gemeinschaftsprojekten, die Orientierung auf interdisziplinäres Zusammenwirken und die Installation fester, vertraglich geregelter Bindungen an vergleichbare Einrichtungen in den Staaten Osteuropas und in einzelnen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gerechnet werden. Als bildungsökonomisch vorteilhaft erwies sich auch die feste Arbeitsplatzsicherung für Absolventen.

Generell muß man konstatieren, daß sich die Mitarbeiter der eingangs genannten Institutionen in ihrer Mehrzahl dem Ethos des Wissenschaftlers verpflichtet fühlten, sie mußten jedoch ihr Forscher- und Lehredasein unter den Bedingungen einer vormundschaftlichen Gesellschaft zu gestalten trachten und waren tagtäglich mit den Wirkungen einer zentralistisch gesteuerten Wissenschaftspolitik konfrontiert, die - unabhängig vom persönlichen Willen und Können der Akteure - unter ideologischem Kuratel einer Partei stand.

Zu den negativen Folgen der von oben einseitig ausgerichteten und unter stetem Mangel an monetären Mitteln betriebenen Wissenschaftsentwicklung zählen u. a. die permanente Bevormundung der Fachexperten durch Funktionäre aus dem Partei- und Staatsapparat, die Unterdrückung der für den Erkenntnisfortschritt notwendigen Meinungspluralität und die weitgehende und bewußte Isolierung des wissenschaftlichen Personals von Partnern außerhalb der östlichen Hemisphäre. Wissenschaftliche Potenzen verkümmerten, Initiativen des einzelnen Subjekts stellten sich viele Barrieren entgegen und die Möglichkeiten zur rascheren Entfaltung des vorhandenen Potentials gerieten immer wieder in Widerspruch zu den eingeschränkten Reisemög-

lichkeiten und zum Ausstattungsgrad der Bibliotheken mit Neuerscheinungen, von moderner Technik am Arbeitsplatz ganz zu schweigen. Hemmnisse spezifischer Art ergaben sich, um dies nur an einem Beispiel zu exemplifizieren, für die Orientalisten u. a. daraus, daß ihnen ihr eigenes Fachorgan entzogen wurde, die Mitgliedschaft in der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft (DMG) als unerwünscht galt, eine eigene orientalistische Gesellschaft nicht gegründet werden durfte und die Bibliothek der DMG in Halle zu einem Dornröschenschlaf besonderer Art verurteilt war. [4]

Wie relativ solche generalisierenden Werturteile über die Vergangenheit sind, sei nur am Rande vermerkt. Das früher stets beklagte Manko an Finanzmitteln kehrt sich heute angesichts einer Politik der knappen Kasse keineswegs in sein Gegenteil um.

Und die permanente Unzufriedenheit mit der personellen Ausstattung in den zurückliegenden Dezennien verliert vor dem Hintergrund eines Personalabbaus in den Afrika-, Asien- und Lateinamerikawissenschaften der ehemaligen DDR nach der Wende um 60 bis 70 Prozent viel von ihrer Berechtigung. Dieser Exodus in den vor allem politisch stark eingefärbten Disziplinen wird auch in keiner Weise durch den Wiederaufbau jener Fachgebiete aufgefangen, die man in der ehemaligen DDR entweder ganz ausradiert hatte oder nur bei kleinster Flamme vegetieren ließ.

Die Eingriffe der Administration waren in jedem Fall bindend und zwangen die Wissenschaftler in ein Korsett, das der akademischen Arbeit abträglich war. Einige Beispiele mögen zur Illustration dienen:

1) Besonders schmerzlich waren die Folgen der Hochschulreform aus dem Jahre 1968, die für die Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften u. a. den soge-

nannten Konzentrationsbeschuß zeitigte, der zum Ziel hatte, die Potenzen der kleinen DDR zu bündeln und bildungsökonomisch einzusetzen. Die Konsequenz dieses Beschlusses lief aber darauf hinaus, historisch gewachsene Strukturen zu zerstören, die Breite des wissenschaftlichen Lebens einzuschnüren und den Dirigismus zu erhöhen. So wurden in Berlin die Afrikanistik und Arabistik stark beschnitten, während in Leipzig Japanologie, Indologie, Sinologie etc. verkümmerten. Oder in Leipzig verwehrt man den Ägyptologen die Reisen an den Nil, während die Berliner Meroetisten reichlich mit Zahlungsmitteln ausgestattet wurden, um weltweit beachtete Ausgrabungen in Sudan zu bewerkstelligen.

2) Rigid wurde auch die Vielfalt der Studiengänge beschnitten. An die Stelle der traditionell stark philologisch unteretzten Fachrichtungen traten uniforme Ausbildungen, die vom quantitativen Volumen her einen mehr oder weniger einheitlichen Zuschnitt erhielten. Qualitativ gesehen waren die Folgen noch gravierender, weil die einseitige Bindung der Lehrinhalte an ein bipolares Weltbild und an gesellschaftspolitische Sichtweisen seitens der Partiehierarchien in Moskau und Berlin sowie die vordergründige Beschäftigung mit der Gegenwart zur Vernachlässigung humanistischer Bildungsziele führte. Durch die Einführung eines einheitlichen Studienplanes für die Grundstudienrichtung Regionalwissenschaften nahmen der staatliche Dirigismus und die Durchsetzung des Unterrichtsstoffes mit einer nur noch auf Machterhalt orientierten Ideologie einen Umfang an, der Schöpferum unterband und die Studenten im Sinne der Parteipolitik zu instrumentalisieren suchte. [5]

Die Zurückweisung jeglicher politischer und ideologischer Einflußnahme auf den Studieninhalt sowie die Ablehnung jeglicher Uniformität der Studienabläufe sind jedoch

keinesfalls mit einem Plädoyer für einen philologischen Studiengang früherer Couleur gleichzusetzen. Die Kombination beispielsweise einer orientalistischen Disziplin mit Geschichte oder Wirtschaft oder Recht oder Kultur oder Soziologie - wie in den regionalwissenschaftlichen Studienrichtungen praktiziert - entsprach und entspricht gesellschaftlichen Bedürfnissen und erleichtert den Absolventen den Zugang zur Berufstätigkeit. Sie ging und geht konform mit einem internationalen Wissenschaftstrend.

Derzeitige Bemühungen, sich ausschließlich an Wissenschaftstraditionen in der Orientalistik zu orientieren, sind ein Schritt rückwärts, laufen den Erwartungen der Gesellschaft zuwider und programmieren für einen großen Teil der Magister und Diplomanden ein Profil, dem es an Nachfrage ermangelt.

3) Jeder Wissenschaftler, der danach trachtete, seine Forschungsergebnisse speziell zu einem aktuellen Gegenstand zu publizieren, mußte immer wieder die Erfahrung machen, daß der lange Arm der Abteilung Internationale Beziehungen beim ZK der SED und des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten - falls für erforderlich erachtet - bis in den letzten Nebensatz hinein regierte. Einige Publikationen wurden untersagt, andere wurden auf das dem "Zensor" genehme Maß gestutzt und wiederum andere wurden um ein Vokabular "bereichert", das die Ambitionen des Autors negierte.

4) Aus der Notwendigkeit, sprachliche Fertigkeiten im Land der Muttersprache zu verbessern oder das Feld der Forschung vor Ort zu beackern, erwachsen teilweise Zwänge, die auf eine Unterordnung unter das Regime der Auslandsvertretungen der DDR im jeweiligen Gastland hinausliefen. Da eine freie Reisetätigkeit untersagt war, mußten Kompromisse eingegangen wer-

den, die die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Analyse arg beschnitten.

5) Die Themenstellung der Multilateralen Problemkommission "Ökonomie und Politik der Entwicklungsländer" war Linien unterworfen, die nicht in den wissenschaftlichen Gremien geboren wurden, sie entstand in enger Anlehnung an Orientierungen, die sich mühelos auf die jeweilige Strategie der KPdSU zurückverfolgen ließen.

Eine Folge hiervon war, daß Aspekte der mittelalterlichen Geschichte, der Keilschriftforschung, der Islamwissenschaften usw. völlig ausgeklammert wurden, Probleme der Sprachen, Kultur und Literatur oft nur eine marginale Rolle spielten. Gerechterweise muß jedoch angemerkt werden, daß die Gründungsväter der Problemkommission tatsächlich und ganz im Sinne ihrer Auftraggeber nur "Ökonomie und Politik der Entwicklungsländer" im Auge gehabt hatten und dies auch im Namen - zwecks Abgrenzung gegenüber anderen Ambitionen - fest verankerten. Insofern befand sich auch ein Allround-Gremium niemals im Visier der Verantwortlichen.

6) Voll im Widerspruch zur eigenen Verfassung der DDR stand die Praxis der "kaderpolitischen Überprüfung" der Bewerber für einen Studienplatz, eine Assistenz bis hin zur Professur. Gefragt wurde nach Herkunft, "klassenmäßiger" Zuverlässigkeit und "Westverwandtschaft", alles Faktoren, die mit der wirklichen Eignung nichts zu tun hatten. Daß dieses diskriminierende Vorgehen nicht zum Kollaps der wissenschaftlichen Arbeit führte, hängt mit zwei wichtigen Elementen zusammen. Erstens wußten die meisten der für diese Tätigkeit Auserwählten um Tricks, um die Statistik zu schönen, und zweitens war das Reservoir der Bewerber so groß, daß die fachlich Schwächsten ohnehin keine Chance auf Zulassung bzw. Anstellung hatten.

Bestimmte Aspekte einer solcherart verstandenen Personalpolitik erlebten - natürlich unter anderen Vorzeichen und nach anderen Kriterien - nach der friedlichen Revolution eine Auferstehung.

Für den Außenstehenden mußte angesichts der skizzierten Gegebenheiten der Eindruck entstehen, daß es sich bei den Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften der DDR um ein homogenes Gebilde handelte und daß sich alle ihre Angehörigen nur dem Marxismus-Leninismus in der Prägung der SED verpflichtet fühlten. Dem war natürlich nicht so, aber das äußere Bild der eigenen Darstellung ließ solche oberflächlichen Bewertungen nicht unlogisch erscheinen.

Bei einer Beurteilung darf generell nicht außer acht bleiben, daß nicht alle Mitarbeiter der regionalwissenschaftlichen Sektionen und der involvierten Institute außerhalb der Universitäten Mitglieder der SED waren. Auch stimmt pauschal die Annahme nicht, daß nur die Parteimitgliedschaft zur Professur und zu Leitungsehren verhalf. Prinzipiell muß man wohl davon ausgehen, aber Ausnahmen bestätigten auch hier die Regel. So stand dem größten Wissenschaftsbereich im Rahmen der Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften, dem LFB Nordafrika/Nahost an der Leipziger Universität, über Jahre ein parteiloser, wie es so schön hieß: "bürgerlicher" Wissenschaftler vor, dem man zwar die Leitungsverantwortung übertrug, jedoch Reisen ins westliche Ausland versagte.

Ebenso wenig entspricht es der historischen Wahrheit, daß die Sprachen und ihre jeweiligen Vertreter nur ein Schatten-dasein fristeten. Im Gegenteil, schon allein aus dem Zwang heraus, den Sprachunterricht abzusichern, stellten die Lehrkräfte für den Sprachunterricht häufig das entscheidende Rückgrat der betreffenden Wissenschaftseinheiten dar. Bestimmte Sprachen,

wie Arabisch, Portugiesisch, Spanisch, Chinesisch und Mongolisch, erfreuten sich gezielter Aufmerksamkeit von oben. In einigen Fällen wurden an wissenschaftlichen Institutionen extra Planstellen geschaffen, die als Dolmetscherreserve für das ZK oder das MHF galten. Kurz gehalten wurden die Philologien im engeren Sinne, nicht jedoch die modernen Sprachen, die ja bei der Gestaltung der konkreten außenpolitischen Beziehungen eine *Conditio sine qua non* bildeten.

Besonders ungerechtfertigt ist die vielfach kolportierte Behauptung, wonach alle Disziplinen der Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften Ziehkinder der Parteipolitik gewesen wären. Selbstverständlich existierten solche Flaschenkinder, die sich der besonderen Förderung durch das ZK der SED erfreuten. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang z. B. die Chinawissenschaften in Berlin, die Südafrikawissenschaften in Leipzig und die Kubawissenschaften in Rostock. In diesen Fällen lagen außerordentlich enge Bindungen vor, die sich ohne Aufwand aus den veröffentlichten und noch mehr aus den nicht-veröffentlichten Materialien dieser Disziplinen herauslesen lassen.

Es waren allerdings aber nicht nur die Philologien, die von zentraler Seite entweder ganz gekappt oder nur auf Sparflamme gehalten wurden, sondern solcher Willkür sahen sich auch die Geographie, die Wirtschaftsgeschichte, die Ethnographie etc. ausgesetzt.

Summarisch zeigt sich also ein differen-

#### Anmerkungen:

[1] Vgl. Schirmer, Gregor, Aufgaben und Probleme der weiteren Entwicklung der Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften an den Universitäten der DDR. In: *asien, afrika, lateinamerika*, Berlin, Bd. 2, Heft 5, 1974, S. 709-715.

[2] Vgl. Rathmann, Lothar/Wünsche, Renate, Aus der Arbeit des Zentralen Rates für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften in der DDR. In: *asien, afrika, lateinamerika*, Berlin, Bd. 2, Heft 5, 1974, S. 725-739.

ziertes Bild, das auf der menschlichen Seite von einer kleinen Gruppe bedingungsloser Jasager über die Masse der Mitläufer und Opportunisten bis hin zum zahlenmäßig bescheidenen Häuflein der aufrechten Demokraten und Oppositionellen reicht, die für ihre Haltung Demütigungen en masse einschließlich Haft hinnehmen mußten. Diese Klassifikation ist sicherlich wenig originell, sie scheint sich mit Erfahrungen zu decken, die die Deutschen schon mehrfach in ihrer Geschichte, insbesondere zwischen 1933 und 1945 sammeln mußten. Erste Einsichten in Stärken und Schwächen des *homo sapiens* nach 1989 scheinen anzudeuten, daß dieses grobe Raster - von Extremen abstrahiert - auch in Gegenwart und Zukunft nicht ausgedient hat. Auf wissenschaftlichem Gebiet ist die Gruppierung um ein vielfaches schwieriger, weil das vorhandene Wissen in jedem Falle größer war als das publizierte, weil die zur Schau gestellte Ideologie nicht selten einem Anpassungsdruck folgte und nicht der tatsächlichen Einstellung, und weil die wirkliche wissenschaftliche Leistung bei Arbeiten mit Gegenwartsbezug - ist man tatsächlich daran interessiert sie kennenzulernen - erst unter einer verkrusteten Schicht überholter Parolen herausfiltriert werden muß.

*Günter Barthel, Prof. Dr. oec., von 1987 - 1989 Vorsitzender des ZENTRAAL, lehrt Wirtschaft und Gesellschaft des modernen Vorderen Orients und Nordafrikas am FB Orientalistik und Afrikanistik der Universität Leipzig*

[3] Weiss, Cornelius, Die ostdeutschen Länder in der gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft. In: *hochschule ost*, Leipzig, 1/1993, S. 21.

[4] Zu einzelnen Aspekten siehe: Barthel, Günter, Die Orientforschung in der DDR - Bedingungen und Resultate. In: Hartmann, Angelika/Schliephake, Konrad (Hrsg.), *Angewandte interdisziplinäre Orientforschung - Stand und Perspektiven im westlichen und östlichen Deutschland*. *Deutsches Orient-Institut, Mitteilungen*, Nr. 41, Hamburg 1991, S. 13-28.

[5] Vgl. hierzu: Brauner, Siegmund/Selter, Gerhard/Voigt, Manfred, Die Asien- und Afrikawissenschaften im Dienst des proletarischen Internationalismus. In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe*, Leipzig, 5/1975, S. 409-421.

## Verlorene Visionen? Entwicklungsländerforschung in der DDR

Die DDR und die Entwicklungsländer wiesen eine gewisse Affinität zueinander auf: Beide waren nach dem Zweiten Weltkrieg "newcomer". Die DDR ging neben der BRD aus der Zerschlagung des Deutschen Reiches hervor. Die Entwicklungsländer verkörperten mit ihrer staatlichen Souveränität Erfolg im antikolonialen Ringen; zugleich waren sie, als Erbe des Kolonialismus, mit Unterentwicklung belastet. Entwicklungsländerforschung in der DDR bedeutete so: Wissenschaftler in einem neuen Staat wandten sich einem neuen Phänomen zu. Das barg die Chance in sich, Neuland zu erkunden. Und das Risiko, eigene Erwartungen an die Zukunft in den Forschungsgegenstand hineinzuprojizieren. Beides lag, wie sich zeigen sollte, dicht beieinander.

Zunächst befaßten sich in der DDR Vertreter der - den Begriff weit gefaßt - traditionellen orientalistischen Disziplinen mit afrikanischen und asiatischen Ländern. Einige machten, mitunter zögernd, doch mit persönlicher Anteilnahme auf das Neue aufmerksam, das dort heranreifte. Das brachte eine gewisse Kontinuität in die Wissenschaftsentwicklung. Zugleich war

### Annäherung an den Gegenstand

Eine Entwicklungsländerforschung im engeren Sinne begann sich in der DDR im Zusammenhang mit diesen Prozessen in den sechziger Jahren herauszubilden. Sie hatte praktisch wie theoretisch nicht geringe Hindernisse zu überwinden.

Da war der Alleinvertretungsanspruch der BRD. Die DDR konnte seinetwegen erst

Neubeginn angesagt, mit sinnvollen Zielen, verbunden jedoch auch mit der Zerstörung von einigem, was erhaltenswert war (von wenigem im Vergleich zu dem, was nach der "Wende" in Ostberlin und den neuen Bundesländern der "Abwicklung" zum Opfer fiel). Worum ging es konkret? Die DDR verstand sich als der andere und bessere deutsche Staat. Das bewog Wissenschaftler, sich unterhistorischen wie aktuellen Gesichtspunkten und häufig gegen die BRD polemisierend mit Kolonialismus und Neokolonialismus auseinanderzusetzen. Und der revolutionäre Umbruch in Asien und Afrika ließ sich mit der traditionellen Orientalistik nicht annähernd erfassen. Vertreter anderer Disziplinen, hauptsächlich der Geschichte, aber auch der Völkerkunde, der Ökonomie, der Rechtswissenschaft und der Philosophie, sahen sich herausgefordert. Es begann dies 1952, und Walter Markov wirkte hier bahnbrechend. (1) Der 1966 geschaffene Zentrale Rat für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften stellte sich die Aufgabe, für den von ihm betreuten geographischen Bereich interdisziplinäre Arbeit DDR-weit zu organisieren. (2)

verhältnismäßig spät und nur schrittweise diplomatische Beziehungen zu Entwicklungsländern herstellen. Das begünstigte die Neigung, sich in der Kolonialismusfrage vornehmlich und vordergründig der BRD zuzuwenden. (3) Die Beschäftigung mit der Entwicklungsländerproblematik blieb zunächst weithin theoretisch-unver-

bindlich; ein Korrektiv, wie es eine größere Praxisbezogenheit hätte bieten können, gab es kaum.

Dann war da eine Weltsicht vorgegeben. A.A. Shdanow hatte sie 1947 formuliert, nachdem Versuche, eine kooperative und demokratische Nachkriegsordnung herzustellen, im Ansatz stecken geblieben waren. Der Ost-West-Konflikt stellte sich in ihr als das Gegenüber "zweier Hauptlager", das, des "imperialistischen und antidemokratischen Lagers einerseits" und das des "antiimperialistischen und demokratischen Lagers andererseits". (4) Als entscheidend für gesellschaftliche Entwicklung galten Politik und Produktionsverhältnisse, bei sträflicher Vernachlässigung der Produktivkräfte. Das hatte die sozialistischen Länder die Anfänger der wissenschaftlich-technischen Revolution verschlafen lassen und die Sowjetunion Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre (KPdSU-Parteitage 1959 und 1961) dazu gebracht, in absehbarer Zeit den Kommunismus zu errichten und die USA überrunden zu wollen. Globale Probleme fanden kaum Beachtung; noch als die Berichte des "Club of Rome" erschienen, galten ihre Diagnosen und Warnungen vielen Wissenschaftlern in sozialistischen Ländern lediglich als hochstilisierte Krisensymptome des Kapitalismus. Entwicklungsländer paßten sich dieser Weltsicht nicht so recht ein. Lange Zeit wurde versucht, ihre Problematik auf die Polarität von "Kolonialismus" und "nationale Befreiungsbewegung" zu reduzieren, während es eine gewisse Scheu gab, sich solcher Begriffe wie "Unterentwicklung" und "Entwicklung" zu bedienen. (5) Entwicklungsländer, die sich dem Sozialismus zurechneten - wie die VR China, Nordkorea und Nordvietnam - galten nicht als solche, da, so eine Begründung, die Grundfrage der Entwicklung in ihnen geklärt war. Als Rumänien den Entwicklungsländer-

status für sich beanspruchte, galt das als Entgleisung.

Nicht zuletzt stieß die Beschäftigung mit Entwicklungsländern auf einen weit verbreiteten Euro- und DDR-Zentrismus. Im Lehrbetrieb an Universitäten und Hochschulen war sie, wenn nicht gesondert betrieben, in der Imperialismustheorie bzw. im Fach "Wissenschaftlicher Kommunismus" angesiedelt.

In den siebziger Jahren nahm die Entwicklungsländerforschung in der DDR, gefördert von SED und Staat, einen spürbaren Aufschwung. (6) In der Ausbildung von Studenten wie in ihrer Publikations- und Konferenztätigkeit wurde sie zunehmend praxiswirksam. Vor allem Diplomaten, Journalisten sowie Lehrer an gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen interessierten sich für ihre Ergebnisse. Die Partei- und Staatsführung indessen machte sich generell wenig aus Wissenschaft. Gesellschaftswissenschaften waren für sie hauptsächlich Propaganda, und da gab sie vor, was zu propagieren war. Das berechtigt indessen nicht, die Wissenschaft von der Gesellschaft insgesamt als "Legitimationswissenschaft" abzutun. Viele Zweige eigneten sich dazu schlichtweg nicht. Und auch in den anderen wurde durchaus Wissenschaft betrieben. Nur zog die DDR-Führung hauptsächlich Wissenschaftler zu Rate und förderte sie, von denen sie ungefähr das erfuhr, was sie erwartete. In den letzten DDR-Jahren begann sich das zu ändern. Aufmerksame Beobachter des politischen Establishments spürten, daß, zum offiziellen Optimismus kontrastierend, Wesentliches schief lief, und wollten sich kundig machen, offenbar auch, um wichtige Informationen mit der gegebenen Vorsicht an die höchste Führung weiterzureichen.

Die DDR-Entwicklungsländerforschung ihrerseits agierte, zumindest nach außen hin,

ziemlich homogen. Außenstehende führen das gern auf staatliche Reglementierung oder eine Rücksichtnahme auf außenpolitische Interessen zurück. Beides gab es. Im Zusammenhang damit auch Karrierismus. Doch in erster Linie hatten die Beteiligten eine gemeinsame politisch-weltanschauliche Überzeugung. Die Politik der SED und der DDR war für ihre Arbeit richtungsweisend und sinnerfüllend. Immer wieder bezogen sie sich auf Aussagen der kommunistischen Weltbewegung und führender Politiker. Die Gemeinsamkeit im Engagement auch ließ sie Eingriffe von Partei und Staat hinnehmen; Vorbehalte stellten sie nicht selten zurück, um dem übergreifenden Anliegen nicht zu schaden.

Das begünstigte Dogmatismus. "Am Anfang war das Wort", heißt es im Johannes-Evangelium; hier, in der Entwicklungsländerforschung, war es der Marxismus bzw. das, was man jeweils darunter verstand. Von ihm wurde auf das eigentlich zu Untersuchende geschlossen. So stellte sich das Autorenkollektiv des zweibändigen Werkes "Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der Gegenwart", dem auch der Autor angehörte, das Ziel, wie es im Vorwort heißt, "den universellen Charakter und die Allgemeingültigkeit der vom Marxismus-Leninismus aufgedeckten gesellschaftlichen Entwicklung auch in der Vielfalt und Spezifik der Bedingungen und Erscheinungen, die heute in den Entwicklungsländern anzutreffen sind, sichtbar zu machen". (7)

### Unterentwicklung - Entwicklung

Von der Sache her war es schon nicht einfach - und ist es bis zur Stunde nicht -, sich der Entwicklungsländerproblematik sachgerecht zu nähern. Entwicklungsländer wiesen und weisen, letztlich aufgrund

Zwangsläufig und durchgängig war der Dogmatismus nicht. Es gab echte Meinungsverschiedenheiten, und zwar nicht nur zwischen Wissenschaftlern; nicht selten bewegte sich der einzelne in einem konfliktreichen Spannungsfeld. In Beschäftigung mit seinem Gegenstand geriet er zu Einsichten, die sich vorgefaßten Überzeugungen nicht einfügen mochten. Notfalls ließ sich das auch mit Zitaten kaschieren; die Klassiker des Marxismus eigneten sich durchaus als "Selbstbedienungsladen", wie Rudolf Augstein das im Hinblick auf die christlichen Evangelien feststellte ("Jeder kann finden, was er zu brauchen meint, Thomas Münzer wie Karl V., Che Guevara wie Generalissimo Franco") (8). Und kam jemand an einer bestimmten Äußerung nicht vorbei, konnte er ihr zumindest eine eigene Interpretation unterschieben.

An die Öffentlichkeit drang davon lange Zeit wenig. Ein System von Gutachten verhinderte dies weitgehend, wobei viel davon abhing, an welche Gutachter ein Verlag, eine Redaktion oder ein Autor gerieten; allgemein konnte man in der Abteilung Internationale Beziehungen des ZK der SED auf ein größeres Verständnis rechnen als in einer Länderabteilung des Außenministeriums. Nicht zu unterschätzen sind Hemmungen, die Wissenschaftler hatten, ihre Auffassungen niederzuschreiben; insgesamt war der Spielraum größer, als sie annahmen. (Der Autor weiß von einem Buch - er war Mitherausgeber und Mitautor -, das veröffentlicht wurde, ohne das ein Verlagslektor, geschweige ein Gutachter es gelesen hatte.)

ihrer Geschichte, Gemeinsamkeiten auf. Zugleich waren sie, die meisten dabei mit der Nichtpaktgebundenheit auf Eigenständigkeit pochend, in den Ost-West-Konflikt hineingeraten. In ihren Reihen vollzogen

und vollzogen sich Differenzierungen auf verschiedenen Ebenen.

DDR-Wissenschaftler sahen die Entwicklungsländer bei zunehmender Akzeptanz ihrer relativen Eigenständigkeit in einen weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus einbezogen, der ihrer Meinung nach mit der russischen Oktoberrevolution 1917 begonnen hatte. Als dessen hauptsächlich und führende Kraft charakterisierten sie, zuweilen ziemlich selbstgerecht, anderen einen geringeren Platz in der Hierarchie revolutionärer Konsequenz und Durchschlagkraft zuweisend, den Weltsozialismus. Bei den Entwicklungsländern, die neben der internationalen Arbeiterbewegung als eine revolutionäre Hauptkraft galten, interessierte vor allem ihr Antikolonialismus und Antiimperialismus.

Diese Weltsicht war in hohem Maße dem Zeitgeist geschuldet: den Feindbildern des Kalten Krieges und dem Optimismus revolutionärer Kräfte, die wähten, die Dynamik in der Umgestaltung der Welt, wie sie sich in den fünfziger Jahren zeigte, werde andauern. Bei "Unterentwicklung" hatten DDR-Wissenschaftler zunächst vornehmlich quantitative Aspekte im Auge; sie sprachen von "ökonomisch schwacher Entwicklung", von "Zurückgebliebenheit" oder "Rückständigkeit". (9) Dahinter standen prinzipielle Gesichtspunkte. Setzte, wer qualitative Faktoren ins Feld führte bzw. zu sehr betonte, sich nicht dem Verdacht aus - Frantz Fanon etwa kreidete man dies an (10) -, den "Süden" dem "Norden" entgegenzusetzen oder etwas "Drittes" bzw. einen "dritten Weg" zu postulieren? Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre gewann eine - ansatzweise schon zuvor vorhandene - differenzierende Sicht an Boden, die u.a. die strukturelle Heterogenität in Kolonien bzw. Entwicklungsländern berücksichtigte. (11)

Als verantwortlich für Unterentwicklung galten Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus. Hierzu erschienene Studien sind von bleibendem Wert (12) und aktuell angesichts einer konservativen Wissenschaft und Publizistik, die sich scheut, ihr unangenehme Sachverhalte beim Namen zu nennen. Allerdings blieben manche Aussagen - da gibt es einen politisch-methodologischen Zusammenhang zur vorwiegend quantitativen Auffassung von Unterentwicklung - zu pauschal und monokausal, im Einklang mit der Tagespolitik verhaftete und emotional akzentuierte moralische Anklagen. Doch auch hier brachen sich differenzierendere Sichtweisen Bahn. Wissenschaftler stellten, davon ausgehend, welcher Teil der Kapitalistenklasse ihn mit welchen Mitteln praktizierte, den Kolonialismus in den Stufen seiner Entfaltung dar. (13) Sie begannen nach den Ursachen für Stagnation in vorkolonialen Gesellschaften sowie für die "hausgemachte" Reproduktion von Unterentwicklung in souveränen Staaten zu fragen.

Bei der Erörterung von "Entwicklung" ging es DDR-Wissenschaftlern hauptsächlich um die Gesellschaftsperspektive, d.h. um die Alternative von Kapitalismus oder Sozialismus in Entwicklungsländern. Das hatte mit dem Selbstverständnis ihres Staates zu tun, d.h. mit dem Wunsch, den von diesem eingeschlagenen Kurs welthistorisch bestätigt zu finden.

Den Kapitalismus in Entwicklungsländern ordneten DDR-Wissenschaftler ziemlich lange, auch wenn es ihn massenhaft gab, mehr oder weniger der Vergangenheit zu. Damit engten sie ihren Blick ein. Schon die Prozesse, die zur Eigenstaatlichkeit führten, konnten sie nicht in ihrer Komplexität erfassen, da sie ihren Zusammenhang mit dem Kolonialkapitalismus nicht hinreichend berücksichtigten. Und sie versperrten sich

den Blick auf die Zukunft der Entwicklungsländer. Erwartend bzw. darauf hoffend, daß sich die sozialistische Orientierung zunehmend Bahn brechen werde, sahen sie nicht rechtzeitig, daß der Kapitalismus bereits zum Hauptweg für diese Länder geworden war.

Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre setzte in dieser Frage eine Ermüchterung ein. Wissenschaftler fragten nach dem "innergesellschaftlichen Potential für

### Sozialistische Orientierung

Der Unabhängigkeitskampf der afrikanischen und asiatischen Völker vollzog sich, dies war lange Zeit nahezu ein Dogma in der DDR-Entwicklungsländerforschung, in zwei Etappen: Die erste führte zur Eigenstaatlichkeit, die zweite setzte die soziale Befreiung auf die Tagesordnung, was nur bedeuten konnte, daß sich die staatlich souverän gewordenen Völker dem Sozialismus zuwandten. Wissenschaftler schenken letzterem, den sie in verschiedenen Reifegraden ausmachten - von der Orientierung bis zur Realität -, große Aufmerksamkeit.

Hinter der Zwei-Etappen-These stand ein diskutables Anliegen. Eigenstaatlichkeit war für diejenigen, die sie errangen, ein Erfolg, doch für viele verbesserte sich mit ihr das alltägliche Leben kaum oder gar nicht, und inzwischen hat sich in etlichen Ländern manches verschlechtert. Wurde da soziale Befreiung nicht zur Aufgabe? Doch ebenso wäre zu fragen gewesen: War sie deshalb auch schon realisierbar? Der Kapitalismus drängte nach Karl Marx und Friedrich Engels dort, wo er am fortgeschrittensten war, zum Sozialismus; in Kolonien bzw. Entwicklungsländern war er demgegenüber - wenn überhaupt - nur schwach entwickelt.

Um aus der Verlegenheit, in die ihre eigene Theorie sie brachte, herauszukommen,

den historischen Fortschritt" unter den Bedingungen einer kapitalistischen Entwicklung (14), im Zusammenhang damit auch nach der historischen Dimension von Eigenstaatlichkeit, d.h. danach, wie auf dem Weg zu ihr Weichen gestellt wurden für Entwicklungen unter ihren Bedingungen. (15) Industrialisierung und Reformen, die auf ein gewisses Maß an sozialer Gerechtigkeit zielten, würdigten sie als Fortschrittsmöglichkeiten im Kapitalismus.

beriefen sich Marxisten - auch die in der DDR - auf Äußerungen von Engels und W.I. Lenin, die sie, ersteren im Sinne des letzteren korrigierend, dahingehend interpretierten, daß Völker, die sozialökonomisch zurückgeblieben sind, unter Umgehung des Kapitalismus - auf einem nichtkapitalistischen Weg - zum Sozialismus gelangen können. Voraussetzung sei, daß der Sozialismus bereits in der Welt existiere und materiell wie geistig helfe. (16) Zunächst war, die Entwicklungen in den mittelasiatischen Sowjetrepubliken, in China, Nordkorea und Nordvietnam vor Augen, von einem "Übergang" zu der neuen Gesellschaft die Rede. Dann, als sich herausstellte, daß sich das, was sich dort vollzogen hatte, nicht wiederholen würde, sprachen Wissenschaftler von einem "Herankommen" an den Sozialismus. Der Ansatz hierzu - eine Gemeinsamkeit auch mit sozialistischen Staaten - sollte der Antiimperialismus sein, der in den Antikapitalismus hinüberwächst. (17) Wann indessen ließ sich - wie zurückhaltend auch immer - von Sozialismus sprechen? Die Antworten hierauf fielen, je nachdem, wie bzw. wie weit man verbale Bekenntnisse von Führungskräften mit den Realitäten seines Landes in Beziehung setzte, unterschiedlich aus. Im allgemeinen sah man in etwa 15 Ländern eine sozialistische Orientierung gegeben. In Erörterung der Revolutionsty-

pen (nationaldemokratisch, volksdemokratisch, proletarisch-sozialistisch) und ihrer Etappen gab es nicht wenig Scholastik. Allgemein unterschieden Wissenschaftler zwischen Ländern, in denen "revolutionäre Vorhutparteien", die sich auf den Marxismus-Leninismus stützten, und solchen, in denen aus den Zwischenschichten stammende revolutionäre Demokraten an der Spitze standen. Bei letzteren machten sie bei den einen eine mehr bäuerliche, bei den anderen eine mehr proletarische Prägung aus. Zugleich plädierten sie zunehmend dafür, in die Analyse der verschiedenen Entwicklungswege nicht das Trennende, sondern das Einende in den Vordergrund zu stellen.

Der Stand der Produktivkräfte spielte hier als Gradmesser von gesellschaftlichem Fortschritt kaum eine Rolle. Das hatte gute Gründe: Die Entwicklungsländer, die sich zu einer sozialistischen Orientierung bekannten, gehörten mehrheitlich zu den ärmsten. Einige Wissenschaftler sahen das wiederum als normal an. Sie räumten gar dem Sozialismus in den am wenigsten entwickelten Ländern, den LLCD, die größten Chancen ein. Ihr Argument: Der revolutionäre subjektive Faktor, so er existiere, treffe dort aufgrund der Unentwickeltheit der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse zumeist auf keinen ernsthaften Widerstand. (18) Das stieß indessen auf Widerspruch. Gerhard Brehme meinte unter Berufung auf Lenin, es könne bei einer Unreife gesellschaftlicher Verhältnisse leichter sein, eine Revolution zu beginnen, doch es sei schwerer, sie fortzusetzen und zum Sieg zu führen. Auch müsse man sich gegenüber einer Position abgrenzen, wonach "der Sozialismus eine Philosophie der Armen geblieben ist, und zwar nicht nur der armen Klassen, sondern auch der armen, der 'proletarischen' Völker". (19)

Vielleicht wäre es wirklich möglich gewesen, von vorkapitalistischen Verhältnissen

zum Sozialismus zu gelangen. Dem Antiimperialismus wohnte schon eine gewisse Logik inne, ihn - wie dies Gamal Abdel Nasser in Ägypten demonstrierte - durch ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit zu ergänzen und zu fundieren. Der springende Punkt innerhalb des marxistischen Ansatzes selbst war: Engels war - im Unterschied zu Lenin - ausdrücklich davon ausgegangen - der gemeinsam mit Marx entwickelten Theorie treu bleibend -, daß, um einen "abgekürzten Entwicklungsprozeß erfolgreich in Angriff nehmen" zu können, "die kapitalistische Wirtschaft in ihrer Heimat und in den Ländern ihrer Blüte" überwunden sein müsse. (20) Dies gerade war nicht geschehen. Der Sozialismus, statt zu funktionieren, krankte zunehmend daran, daß er in Rußland und damit in einem unterentwickelten Land begonnen hatte und es nicht gelungen war, daraus entstandene Defizite abzubauen.

Wissenschaftler in der DDR hielten noch an der Möglichkeit einer sozialistischen Orientierung in Entwicklungsländern fest, als diese bereits stagnierte, erste Rückschläge erlitt und bereits dahinschwand. Das war nicht nur die allgemein-menschliche Schwierigkeit, sich von einem lang gehegten und gut begründeten Irrtum zu verabschieden. Letztlich ging es um Grundsätzliches: Wenn der Sozialismus in Entwicklungsländern nicht weiter vorankam, konnte er dann als Zukunft der Menschheit gelten? Arthur Miller spricht, um das Phänomen zu deuten, von einem "metaphysischen Schwebezustand", "einem Schnittpunkt zwischen der Logik eines Arguments und der Unzuverlässigkeit seiner sich abzeichnenden Schlußfolgerungen". "Menschen mit Prinzipien vergraben sich angesichts von Beweisen, daß ihr Glaube falsch ist, noch tiefer in ihre Überzeugung, um die drohende Verzweiflung abzuwehren. Die Hoffnung zu verlieren, bedeutet korrupt zu werden." (21) Der Zusammenhang zwi-

schen dem Scheitern einer sozialistischen Orientierung in Entwicklungsländern und dem Zustand der eigenen Gesellschaft war für Wissenschaftler in der DDR bis zuletzt nahezu ein Tabu, wie sie auch kaum konkret nach den tatsächlichen Potenzialen der Gegenseite, des Westens, fragten.

Zugleich setzten sich, auch bei Wissenschaftlern, die sich von überkommenen Überzeugungen noch nicht gänzlich verabschieden mochten, realistische Einsichten durch. Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg konnte für die ehemals kolonial

### Frage nach nichtmarxistischem Fortschrittspotential

Untersuchungen zu geistigen Auseinandersetzungen, geführt um Gesellschaftsveränderung, konzentrierten sich auf die Stichworte "Religion", "Nationalismus" und "Sozialismus". (23) Sie waren weithin auf schriftlich fixiertes angewiesen; nur ausnahmsweise hatten sie Zugang zu dem, was Menschen im Alltag bewegte ("Alltagsbewußtsein"). Religion, dies zeigte sich im Bemühen um ihr historisches Verständnis, war vielen Menschen ein Halt, denen der traditionelle Zusammenhang verloren ging. Sie konnte helfen, kolonialer Überfremdung zu begegnen, barg aber auch die Gefahr in sich, historisch Überholtes zu konservieren. Auch Revolutionen beriefen sich auf sie, zumeist in Hinwendung auf in ihrer Ursprungszeit angelegte Intentionen. Insonderheit der Islam fand in seiner Reaktivierung ("Reislamisierung") - allerdings nicht seit ihrem Beginn zu Ende der sechziger Jahre, sondern seit ihrem ersten spektakulären Höhepunkt in der "islamischen Revolution" 1978/79 in Iran - zunehmend Beachtung. (24) Der Nationalismus, der das "Eigene" verabsolutierend einem "Fremden", konkret: dem Kolonialismus,

### Lautloser Abgang

Diejenigen, die sich in der DDR mit Entwicklungsländerforschung beschäftigten,

oder halbkolonial abhängigen, gesellschaftlich rückständigen Länder nicht zur Gesetzmäßigkeit werden, registrierte Christian Mährdel bereits 1980. Dort, wo er beschritten werde, hingen Erfolge erheblich vom Vorankommen des Sozialismus in der Systemauseinandersetzung mit dem Imperialismus an den Hauptfronten ab. Daraus resultiere "ein hohes Maß an Widersprüchlichkeit und Ungleichmäßigkeit, Instabilität und Umkehrbarkeit des gesellschaftlichen Kurses solcher Länder in ihrer Bewegungsrichtung zum Sozialismus." (22)

entgegensetzte, war im antikolonialen Kampf zum hauptsächlichsten Leitbild geworden; das verschaffte ihm Autorität auch danach, was eine Tendenz zum Dritte-Welt-Kollektivismus (Bemühungen um "Authentizität") begünstigte. Sozialistisches Gedankengut hatte früh in den Ländern Eingang gefunden - darunter in Indien und Ägypten -, in denen eine kapitalistische Entwicklung reoätiv weit gediehen war. Die Ausbreitung des Marxismus, von der es mitunter überzogene Vorstellungen gab, fand Interesse, (25) in zunehmenden Maße aber auch der nichtmarxistische Sozialismus, verbunden mit der Frage, welches Fortschrittspotential in ihm enthalten sei. (26)

War letzteres nicht eine heikle Fragestellung? Beanspruchte der Marxismus nicht ein Fortschrittsmonopol? In den Augen der Orthodoxen unter seinen Anhängern wie seiner Gegner gewiß. Doch wuchs die Zahl derer, die sich mühten, ein realistisches und damit breiteres Verständnis von Fortschritt zu entwickeln, was einschloß, nichtmarxistisches Gedankengut tiefer auszuloten.

standen der "Wende" hilf- und sprachlos gegenüber. Ein Konzept, tragfähig in einer

so kritischen Situation, gab es nicht; das bisherige war zu sehr auf die DDR zugeschnitten, die nun unterging. Rivalitäten, die es offenbar schon zuvor gab, die aber jetzt offen ausbrachen, verhinderten, daß sich die Betroffenen auf eine "Überlebensstrategie" - wenn es eine solche überhaupt hätte geben können - einigten. Als nichts mehr zu befürchten war, beklagten einige gequälte Seelen - es ist schwer, hier nicht ironisch zu werden - die staatliche Gängelung der Vergangenheit. Karrieristen, bis dahin auf den Marxismus eingeschworen, entdeckten binnen weniger Wochen oder Monate, daß dieser hoffnungslos veraltet war und sie bis dahin von den Erkenntnisquellen, die im Westen sprudelten, abgeschnitten waren.

Es war ein nahezu lautloser Abgang, den die DDR-Entwicklungsländerforschung vollzog.

Inzwischen gibt es sie institutionell im Grunde nicht mehr. Auch personell wurde sie weitgehend "abgewickelt". Einige ihrer Vertreter, Rentner im Vorruhestand oder in der Arbeitslosigkeit, arbeiten weiter. Andere, vor allem jüngere - darunter zum Teil auf ihrem Gebiet hochqualifizierte -, suchten sich einen neuen Beruf, von dem sie sich eine Perspektive versprechen. Von denjenigen, die noch ein Arbeitsverhältnis haben, zumeist auf ein, zwei oder drei Jahre befristet, sind nicht wenige ängstlich darauf bedacht, sich nicht "zu weit aus dem Fenster zu lehnen"; das könnte den ohnehin nicht rosigen beruflichen Chancen abträglich sein.

Von dem, was war, läßt sich - wie versucht - nur eine Zwischenbilanz ziehen. Nicht nur, daß die zeitliche Distanz noch zu kurz ist, um mehr zu wagen; das hängt auch mit der Sache zusammen, um die es geht. DDR-Wissenschaftler beteiligten sich an einem Aufbruch in Neuland, der andauert. Vor allem im Bemühen, zu einem komple-

xen Bild der Entwicklungsländer zu gelangen, entwickelten sie originelle und fruchtbare Ansätze, wobei die Krise, in die die DDR in den achtziger Jahren geriet, ihr Denken anregte. Diejenigen, die andere Wege gingen, sahen manches richtiger. Irrtümern erlagen auch sie. Insgesamt gelang es bis zur Stunde nicht, die Entwicklungsländerproblematik theoretisch so "in den Griff" zu bekommen, daß sich daraus praktikable Schlußfolgerungen für ihre Lösung ableiten lassen. Die inzwischen weithin Entwicklungsländern gegebene Empfehlung, bei der Lösung ihrer Probleme auf Ureigenes zurückzugreifen, enthält eine wohlfeile Absage an Bevormundung (die tatsächlichen Abhängigkeitsverhältnisse in der Weltwirtschaft tastet sie nicht an) wie das elegante Eingeständnis, daß anderes nicht funktionierte.

Es bleiben Fragen, vor allem politische und weltanschaulich-methodologische. Zwei nur seien genannt.

Hätte ein Wissenschaftler in der DDR Politik gegenüber abstinent sein sollen? Als zoon politikon, wie Aristoteles den Menschen kennzeichnete, gewiß nicht. Doch in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit schon - gerade im Interesse der Politik. Was nützt es Politikern, wenn sie von Wissenschaftlern erfahren, was sie hören wollen? Es verfestigt dies höchstens Selbsttäuschungen. Der Wissenschaft hätte eine konstruktiv-kritische Begünstigung mit der Politik als Korrektiv gut getan.

Geht es in der Gesellschaft gesetzmäßig zu, so daß sich Voraussagen treffen lassen? G.W.F. Hegel war da skeptisch. "Wenn die Philosophie ihr Grau in Grau malt", schrieb er 1820, "dann ist eine Gestalt des Lebens alt geworden, und mit Grau in Grau läßt sie sich nicht verjüngen, sondern nur erkennen; die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug." (27) Diese Skep-

sis mag überzogen sein - grundsätzlich hat sie einiges für sich. Es ist nicht voraussetzen, sondern immer wieder zu prüfen, ob sich - und wenn ja, welche - Trends in der Gesellschaft ausmachen lassen. Methodologisch unsauber in höchstem Maße war es, Wünschbares als gesetzmäßig darzustellen und nur die Tatsachen gelten zu lassen, die es stützten. Damit ist nichts gegen Wünsche, Visionen und Utopien gesagt. Der Mensch braucht sie. Er richtet mit ihnen seinen Blick auf das, was sein könnte, was ihm möglicherweise die Kraft gibt, es auch zu erreichen. Wo der Blick in die Zukunft fehlt - dies zeigt sich heute in vielen Entwicklungsländern (und nicht nur

dort) -, breiten sich Hoffnungslosigkeit, Fanatismus und Gewalt aus. Auch ist, solange man über das Gesetzmäßige so wenig weiß, von vornherein nicht sicher, ob sich das im Augenblick möglicherweise als Vision oder Utopie Geltende nicht doch, wenn der Mensch die nötige Kraft aus ihm schöpft, realisieren läßt.

*Martin Robbe, Prof. Dr., Historiker und Orientalist, 1986 - 1990 stellv. Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften, ist Herausgeber der Zs. "Asien, Afrika, Lateinamerika" (Berlin)*

#### Anmerkungen

- (1) Vgl. W. Markov, Weltgeschichte im Revolutionsquadrat, Herausgegeben und eingeleitet von M. Kossok, Berlin 1979, S. 425 ff.
- (2) Vgl. G. Barthel, L. Rathmann and M. Robbe (Hrsg.), Asian and North African Studies in the German Democratic Republic - Traditions, Positions and Findings (asia, africa, latinamerica, special issue 18), Berlin 1986; H.J. Spanger, L. Brock, Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der DDR - eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland?, Opladen 1987, S. 64 ff.
- (3) Symptomatisch dafür war die Konferenz "Probleme des Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber dem nationalen Befreiungskampf der Völker", die vom 5. bis 8. April 1961 in Leipzig stattfand. - Eine Zusammenstellung gehaltenen und eingereichter Konferenzbeiträge, von denen eine Reihe auf Empfehlung einer Kommission ergänzt, auf einen neuen Stand gebracht oder umgearbeitet wurden, findet sich in: Nationaler Befreiungskampf und Neokolonialismus. Referate und ausgewählte Beiträge, Berlin 1962.
- (4) A. Shdanow, Über die internationale Lage. Vortrag, gehalten auf der Informationsberatung von Vertretern einiger kommunistischer Parteien in Polen Ende 1947, Berlin 1951, S. 8 ff., S. 12 f.
- (5) Ein seit 1964 herausgegebenes Jahrbuch trug zunächst den Titel "Die nationale Befreiungsbewegung". Noch bis 1974 bzw. 1976 - inzwischen "Jahrbuch Asien, Afrika, Lateinamerika. Bilanz und Chronik" - subsumierte es, was in - so die regionale Gliederung - Süd- und Südostasien, in den arabischen Ländern, im subsaharischen Afrika und in Lateinamerika geschah, unter den Begriff "nationale Befreiungsbewegung". - Vgl. auch: Der Zerfall des Kolonialsystems und der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung. Kleines Nachschlagewerk, Berlin 1967.
- (6) Vgl. G. Engel, Die Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften an den Universitäten im dreißigsten Jahr der Deutschen Demokratischen Republik - Gedanken zur Bilanz und zu den kommenden Aufgaben. In: asien, afrika, lateinamerika, Berlin, Band 7 (1979), Heft 5, S. 773 ff.
- (7) Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der Gegenwart, Autorenkollektiv unter Leitung von L. Rathmann, Teil 1, Berlin 1974, S. XXII.
- (8) R. Augstein, Jesus Menschensohn, München - Gütersloh - Wien, 1972, S. 11.
- (9) Noch das 1987 herausgegebene, insgesamt konkrete und hilfreiche Handbuch "Entwicklungsländer"

charakterisierte "Unterentwicklung" allgemein als "relative Reifestufe" einer Gesellschaft, gekennzeichnet durch Zurückgebliebenheit und Deformation, begründet in einer Ungleichmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung. (Handbuch Entwicklungsländer. Sozialökonomische Prozesse, Fakten und Strategien, Autorenkollektiv unter Leitung von P. Stier, Berlin 1987 bzw. Köln 1988, S. 260 f.

- (10) Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der Gegenwart, a.a.O., S. 452 f.
- (11) Vgl. u.a. H. Schilling, Einige Grundzüge der ökonomischen Verhältnisse in den Entwicklungsländern und ihre Behandlung im Hochschulunterricht auf dem Gebiet der Politischen Ökonomie. In: asien, afrika, lateinamerika, Band 10 (1982), Heft 5, S. 810 ff.
- (12) Vgl. u.a. M. Nussbaum, Vom Kolonialenthusiasmus zur Kolonialpolitik der Monopole. Zur deutschen Kolonialpolitik unter Bismarck, Caprivi, Hohenlohe, Berlin 1962; L. Rathmann, Stoßrichtung Nahost 1914 - 1918. Zur Expansionspolitik des deutschen Imperialismus im 1. Weltkrieg, Berlin 1963; H. Stoecker (Hrsg.), Drang nach Afrika. Die koloniale Expansionspolitik und Herrschaft des deutschen Imperialismus in Afrika von den Anfängen bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, Berlin 1977; P. Sebald, Togo 1884 - 1914. Eine Geschichte der deutschen "Musterkolonie" auf der Grundlage amtlicher Quellen, Berlin 1988; J. Hell, Geschichte Kubas, Berlin 1989.
- (13) H. Schilling nannte vier Entwicklungsstufen: (1) der frühkapitalistische (oder merkantilistische) Kolonialismus, dessen Träger im wesentlichen das Handelskapital ist; (2) der Kolonialismus des vormonopolistischen Industriekapitals; (3) das imperialistische Kolonialsystem (der "klassische" Kolonialismus im monopolistischen Stadium des Kapitalismus), getragen von dem aus der Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital hervorgegangenen Finanzkapital; (4) der Neokolonialismus, der kennzeichnend wird für den staatsmonopolistischen Kapitalismus unter den Bedingungen der gegenwärtigen Epoche. (H. Schilling, Krise und Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems, Berlin 1977, S. 13).
- (14) J. Heidrich, Indiens Bourgeoisie und der historische Fortschritt. Die bürgerliche Klasse im Kontext von Formationsentwicklung und nationaler Befreiung, Berlin 1989, S. 237. - Nach Heidrich ist die "Kapitalismusentwicklung in der Peripherie ... nicht bloß ein toter Zweig am universalhistorischen Stamm der formationellen Abfolge" (ebenda, S. 9).
- (15) Vgl. Wege zur Unabhängigkeit. Die antikoloniale Revolution in Asien und Afrika und die Zukunft der Entwicklungsländer, Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von M. Robbe, Berlin 1989.
- (16) F. Engels, Nachwort (1894) (zu "Soziales aus Rußland"). In: K. Marx, F. Engels, Werke, Band 22, Berlin 1963, S. 428 f.; W.I. Lenin, II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. 3. Bericht der Kommission für die nationale und koloniale Frage. In: W.I. Lenin, Werke, Band 31, Berlin 1959, S. 232.
- (17) Die Autoren eines repräsentativen Gemeinschaftswerkes sprachen zu Beginn der achtziger Jahre von einer "Verbreiterung und zugleich Vertiefung des antiimperialistischen Kampfes im Sinne des Epoche-Fortschritts". "Konzentriert zeigt sich das im vermehrten Auftreten von Antikapitalismus innerhalb des wesentlich breiteren Antiimperialismus, im Streben nach Formen gesellschaftlicher Entwicklung in Richtung Sozialismus in Konzeption und praktischem Handeln." (Asien, Afrika, Lateinamerika. Gemeinsam gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt, Autorenkollektiv unter Leitung von Chr. Mährdel, Berlin 1982, S. 33).
- (18) Sozialökonomische Differenzierung der Entwicklungsländer - Inhalt und Perspektive. In: asien, afrika, lateinamerika, Band 10 (1982), Heft 5, S. 775.
- (19) G. Brehme, Sozialistische Orientierung und sozialistischer Entwicklungsweg in Afrika und Nahost - die Erfahrungen der sechziger und siebziger Jahre. In: asien, afrika, lateinamerika, Band 11 (1983), Heft 5, S. 864.
- (20) F. Engels, Nachwort (1894) (zu "Soziales aus Rußland"), a.a.O., S. 428 f.
- (21) A. Miller, Zeitkurven. Ein Leben, Frankfurt a.M. 1989, S. 345 f.

(22) Ch. Mährdel, Revolutionstheoretische Bemerkungen zur sozialistischen Orientierung gesellschaftlicher Entwicklung im heutigen Afrika und Asien. In: asien, afrika, lateinamerika, Band 8 (1980), Heft 3, S. 424f.

(23) Den Auftakt für eine breitere Beschäftigung mit diesen Fragen bildete eine dreitägige Konferenz, die das Institut für Orientforschung der Deutschen Akademie der Wissenschaften im Oktober 1967 aus Anlaß seines zwanzigjährigen Bestehens - und zwei Jahre vor seiner Liquidierung - zu dem Thema "Nationalismus und Sozialismus im Befreiungskampf der Völker Asiens und Afrikas" durchführte. Vgl. Nationalismus und Sozialismus im Befreiungskampf der Völker Asiens und Afrikas (Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Veröffentlichungen des Instituts für Orientforschung Nr. 74), Berlin 1970.

(24) Vgl. M. Robbe, M. Grzeskowiak, G. Höpp, I. Itscherenska, D. Norouzi, Aufbruchstimmung im Islam: Flucht oder Krisenbewältigung? In: asien, afrika, lateinamerika, Band 8 (1980), Heft 2, S. 261 ff.; Islamic Studies in the German Democratic Republic. Traditions, Positions, Findings, Edited by H. Preisler and M. Robbe (asien, africa, latinamerica, special issue 10), Berlin 1982.

(25) Vgl. u. a. Entwicklung und Kampf der kommunistischen Bewegung in Asien und Afrika, Berlin 1980.

(26) Vgl. u. a. H. Krüger, Die internationale Arbeiterbewegung und die indische nationale Befreiungsbewegung. Bd. II: Anfänge sozialistischen Denkens in Indien. Der Beginn der Rezeption sozialistischer Ideen in Indien vor 1914, Berlin 1985; G. Höpp, M. Robbe, Geistige Auseinandersetzungen in Asien und Afrika. Nichtproletarische Ideologie im Kampf für nationale und soziale Befreiung, Berlin 1983.

(27) G. W. F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. Mit Hegels eigenhändigen Notizen und den mündlichen Zusätzen (Werke, Bd. 7), Frankfurt a.M. 1970, S. 28.

Heinz-Dieter Winter (Berlin):

### Bemerkungen zum Verhältnis Politik und Entwicklungsländerwissenschaft in der DDR

---

Nachfolgende Bemerkungen zum Verhältnis zwischen Außenpolitik und Entwicklungsländerforschung der DDR stützen sich vor allem auf persönliche Erfahrungen und Eindrücke. Akten und andere Quellen zu diesem Thema bedürfen noch der Auswertung. Die Aussagen können auch deshalb nicht umfassend sein, weil sie aus der Sicht eines ehemaligen Diplomaten und leitenden Mitarbeiters des Außenministerium der DDR gemacht werden, der sich zwar sein gesamtes Berufsleben mit Entwicklungsländern beschäftigt, in das wissenschaftliche Getriebe aber nur wenig Einblick hatte.

Die Außenpolitik der DDR erhob den Anspruch, auf wissenschaftlichen Grundlagen zu beruhen. Das galt auch für den Bereich der Entwicklungsländer. Die wissenschaftliche Analyse von Entwicklungsprozessen in Ländern und Regionen nahm in der täglichen Arbeit der Mitarbeiter des Außenministeriums und der Auslandsvertretungen einen wichtigen Platz ein. Trotzdem wurde von Außenpolitikern selbst der Grad der Wissenschaftlichkeit der Arbeit als nicht ausreichend eingeschätzt. Die Ergebnisse der analytischen Arbeit waren oft nicht befriedigend.

Ein wichtiger Grund dafür war, daß die Zusammenarbeit des Außenministeriums mit wissenschaftlichen Institutionen - trotz aller Bemühungen von beiden Seiten - zu wünschen übrig ließ. Hemmnisse ergaben sich vor allem aus der zentralistischen, von oben diktierten Führung von politischen und wissenschaftlichen Prozessen in der DDR und der damit zusammenhängenden dogmatischen Einengung der Sicht auf das sich objektiv entwickelnde. Vorgefaßte Urteile erschwerten neue Sicht-

weisen in Politik und Wissenschaft. Das widersprach auch marxistischen Kriterien der Wissenschaftlichkeit.

Die Einschätzung der internationalen Lage, eingeschlossen die Situation im Entwicklungsländerbereich, wurde durch Beschlüsse der SED auf Parteitag, Plenartagungen des Zentralkomitees oder des Politbüros vorgenommen. In vielen Fällen wurden auch Einschätzungen der KPdSU übernommen. Wissenschaftlern und Politikern wurde dann die Aufgabe zugewiesen, die Richtigkeit solcher Beschlüsse im Nachhinein immer wieder zu begründen, zu bestätigen und übereinstimmend mit den Beschlüssen zu handeln. Dabei soll gar nicht gesagt werden, daß alle in solchen Beschlüssen formulierten Erkenntnisse über die Lage in den Entwicklungsländern zu ihrer Zeit falsch waren, es gab auch richtiges, zumal bei der Vorbereitung von Beschlüssen zuweilen Wissenschaftler und Experten hinzugezogen wurden. Aber insgesamt ergaben sich daraus wesentliche Einschränkungen des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses und darüber hinaus nicht ausreichender wissenschaftlicher Vorlauf für die Politik.

Hinzukam, daß die zentralistische Planung der wissenschaftlichen Forschung wenig Raum bot, schnell auf aktuelle internationale Entwicklungen zu reagieren. Wissenschaftliche Vorhaben wurden in mehrjährigen Perspektivplänen - in der Regel für jeweils 5 Jahre - festgelegt. Die Grundrichtung wurde von der Abteilung Wissenschaften des Zentralkomitees der SED, die dem Sekretär für Ideologie unterstand, bestimmt. Das geschah, was die Entwicklungsländerforschung betraf, in vieler Hinsicht losgelöst von den Bedürfnissen der Außenpolitik.

Und doch gab es für die Entwicklungsländerpolitik nutzbare wissenschaftliche Arbeiten. Dem gingen oft gute direkte Kontakte zwischen den entsprechenden Abteilungen des Außenministeriums und Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen voraus. Auf solche Weise war es auch möglich, Themen in die langfristigen Forschungspläne hineinzubringen, die für die Entwicklungsländerpolitik wichtig waren.

So gab es gute Arbeitskontakte zwischen der Abteilung Naher und Mittlerer Osten des Außenministeriums mit dem regionalwissenschaftlichen Fachbereich der Universität Leipzig, der sich mit Nordafrika, den arabischen Staaten und mit Iran befaßte. Ähnliches ist zu sagen für die Kontakte der beiden Afrikaabteilungen des MfAA und die Zusammenarbeit der Abteilung Süd- und Südostasien mit dem entsprechenden Regionalbereich der Humboldt-Universität. Was diese Regionalbereiche für die Entwicklungsländerpolitik so nützlich machte, war die komplexe Bearbeitung politischer, historischer, ökonomischer, rechtlicher und kultureller Fragen von Entwicklungsländern, verbunden mit der entsprechenden sprachlichen Ausbildung.

Zur internationalen Politik der Entwicklungsländer, besonders zu Fragen der Nichtpaktgebundenheit, gab es eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Außenministerium und dem Institut für internationale Beziehungen der Akademie für Staat und Recht in Babelsberg. Hier hatte das Außenministerium auch größere Möglichkeiten, eigene Forschungsinteressen geltend zu machen, weil dieses Institut in Doppelerstellung auch dem MfAA zugeordnet war. Trotzdem war auch hier die Flexibilität durch den langfristigen Forschungsplan eingeschränkt. Diese Zusammenarbeit wurde sowohl von den Länderabteilungen als auch Universitäten und wissenschaftlichen Instituten geschätzt. Es wurden sogar Arbeitsvereinbarungen für ein oder mehrere Jahre unterzeichnet. Auf dieser Grund-

lage fanden gemeinsame Arbeitsberatungen oder wissenschaftliche Tagungen statt. Wissenschaftler erhielten Einblick in interne Analysen des Ministeriums oder der Auslandsvertretungen.

In den regionalen Bereichen in Leipzig oder Berlin ausgebildete Studenten wurden in den diplomatischen Dienst übernommen. Wissenschaftler waren zeitweilig als Diplomaten in Entwicklungsländern tätig. Die sprachliche Ausbildung - so in arabisch an der Leipziger Universität - trug ebenfalls dazu bei, daß die DDR-Diplomatie über fachlich und sprachlich hervorragend ausgebildete Nahostexperten verfügte, die z.B. in arabischen Ländern ein hohes persönliches Ansehen genossen.

Zwischen den mit Entwicklungsländern befaßten Außenpolitikern und den auf diesem Gebiet arbeitenden Wissenschaftlern gab es in der Regel kein Gegeneinander, sondern es gab vielmehr auf beiden Seiten das Bemühen um ein Miteinander. Auf beiden Seiten gab es Bestrebungen, Hemmnisse und dogmatische Enge zu überwinden. Es gab auch gemeinsame Bemühungen, die sich gegen Ende der 80er Jahre verstärkten, um zu realistischen Einschätzungen und neuen Einsichten zu gelangen.

So wie jede gesellschaftliche Sphäre in der DDR der führenden Rolle der SED unterlag, gab es natürlich auch eine Abhängigkeit der Entwicklungsländerforschung von den Entscheidungen des Politbüros. Diese kam schon darin zum Ausdruck, daß die DDR sich ein wissenschaftliches Potential auf diesem Gebiet leistete, das vergleichsweise sehr groß und überdimensioniert war. Es entsprach wohl nicht den realen politischen und ökonomischen Möglichkeiten der DDR. Das hängt damit zusammen, daß die DDR im Kampf um die internationale Anerkennung im afro-asiatischen Raum zunächst die günstigsten Bedingungen hatte und mit asiatischen und afrikanischen Staaten 1969 (Kambodscha, Irak, Syrien u.a.) zuerst diplomatische Bezie-

hungen aufnahm. Diese Länder hatten als "antiimperialistische Verbündete" immer einen hohen Stellenwert in der DDR-Politik. Die umfangreichen Mittel für Forschung und Lehre im Entwicklungsländerbereich konnten nur über die staatliche Planung, die letztlich vom Politbüro bestimmt wurde, zur Verfügung gestellt werden. Die Abhängigkeit äußerte sich auch in der schon erwähnten langfristigen Forschungsplanung.

Ob es aber jemals eine direkte Einmischung von Politbüro oder Regierung in inhaltliche Fragen der Entwicklungsländerforschung gab, erscheint zweifelhaft und mußte genauer untersucht werden. Das war wohl auch deshalb nicht notwendig, weil durch die Praktizierung der führenden Rolle der SED in den wissenschaftlichen Institutionen selbst ein hohes Maß ideologischer Selbstdisziplinierung vorhanden war.

Die Entwicklung in einem bestimmten Entwicklungsland oder in einer Gruppe von solchen Ländern wurde im Politbüro durch Beschluß aber immer dann bewertet, wenn dort ein bestimmtes wichtiges politisches Ereignis behandelt werden mußte, in der Regel Höhepunkte in den bilateralen Beziehungen der DDR zu diesen Ländern. Dadurch war natürlich die negative subjektivistische Beeinflussung künftiger wissenschaftlicher Forschung durch von oben vorgegebene Wertung gegeben.

So hatten wohl die im Ergebnis der Reise Erich Honeckers 1979 nach Libyen, Angola, Zambia und Mosambik sowie nach Äthiopien getroffenen Einschätzungen über die "sozialistische Entwicklung" bzw. "sozialistische Orientierung" der besuchten Länder auch die wissenschaftliche Forschung in eine Richtung gedrängt, die den realen Bedingungen in diesen Ländern nicht gerecht werden konnte.

Hier bestand die eigentliche inhaltliche Abhängigkeit der Entwicklungsländerforschung - und nicht nur dieser - von den politikbestimmenden Gremien: in Partei-

dokumenten der SED getroffene Einschätzungen wurden aus Disziplin oder ideologischer Überzeugung a priori als richtig angesehen. Und es war nicht selten der Fall, daß solche Einschätzungen in Lehre und Forschung auch dann noch beibehalten wurden, wenn die reale Entwicklung schon ganz offensichtlich anders verlief, als die Beschlüsse es aussagten. Die außenpolitischen Experten vor Ort in den Entwicklungsländern wurden in der Regel mit den wirklich ablaufenden Entwicklungsprozessen und mit neuen Fragen als erste konfrontiert und haben das in ihren Analysen an die Zentrale auch niedergeschrieben. Aber aus den oben geschilderten Gründen heraus, konnte die Außenpolitik in der Regel keinen wissenschaftlichen Vorlauf von der Entwicklungsländerforschung erwarten. Ihre politikberatende Rolle konnte also nicht ausgeprägt sein. Im Außenministerium z.B. gab es unter Entwicklungsländerexperten bereits seit Ende der 70er Jahre Diskussionen darüber - diese verstärkten sich in den 80er Jahren -, ob der Begriff "sozialistische Orientierung" für arabische und afrikanische Staaten überhaupt zutreffend sein kann. Solche Diskussionen mag es unter Wissenschaftlern gegeben haben, aber die offizielle Lehrmeinung oder auch Publikationen propagierten weiterhin Begriffe, die nicht in Übereinstimmung mit realen Entwicklungen waren.

Die Außenpolitiker hätten es damals für sehr hilfreich gehalten, von Wissenschaftlern Forschungsergebnisse zu erhalten, die die wirkliche Entwicklung in Afrika und Asien zum Inhalt hatten. Aber das war zu einer Zeit, als in offiziellen Dokumenten noch davon gesprochen wurde, daß "der Sozialismus auf vier Kontinenten festen Fuß gefaßt hat", eben außerordentlich schwierig.

Andererseits wurde es von Außenpolitikern als sehr wichtig für ihre Arbeit empfunden, wenn sich Wissenschaftler Ländern zuwandten, die sich auf kapitalistischem Wege entwickelten oder sich nicht in vor-

gefaßte Schemata einordnen ließen. Dazu gehörten z.B. Arbeiten von Leipziger Wissenschaftlern zur Entwicklung im Iran. Ende der 80er Jahre verstärkten sich im Außenministerium Bestrebungen, die perspektivische Entwicklung von Beziehungen zu Entwicklungsländern auf neue Grundlagen zu stellen. Sie sollten unter dem Einfluß von "neuem Denken" aus der Konfrontations- und Klassenkampfsicht herausgenommen werden. Nicht mehr Einordnungen wie "progressiv", "antimperialistisch" oder "kapitalistisch orientiert" sollten als Kriterien für die mehr oder mindere Ausgestaltung von Beziehungen dienen, sondern die langfristige politische und ökonomische Bedeutung dieses oder jenen Landes in seiner Region, unabhängig von der sozialen Ausrichtung der inneren Entwicklung. Traditionelle Zusammenarbeit sollte ihren Wert behalten, aber angepaßt an die ökonomischen Möglichkeiten der DDR. Unerfährtes sollte beseitigt werden. Entwicklungshilfe sollte nicht mehr vorwiegend unter dem Gesichtspunkt "antiimperialistische Solidarität" vergeben werden. Allgemeinmenschliche und humanitäre Faktoren sollten größere Bedeutung erhalten. Ausgehend von solchen Überlegungen haben Ende 1988 und Anfang 1989 die Afrikaabteilung des MfAA zusammen mit Wissenschaftlern des Babelsberger Instituts für internationale Beziehungen eine Konzeption zur Bedeutung Afrikas in den internationalen Beziehungen bis zum Jahr 2000 und zur Gestaltung der Beziehungen der DDR erarbeitet. Dieses Dokument wurde vom Kollegium des Außenministeriums diskutiert und bestätigt. Es wurde vom Politbüromitglied Herrmann Axen zur Behandlung in der Außenpolitischen Kommission übermittelt. Dort wurde es nicht behandelt. So konnte die Konzeption für die Politikgestaltung keine gesamtstaatliche bindende Wirkung erhalten.

Sowohl Außenpolitiker als auch Wissenschaftler stehen heute gewiß in der Pflicht, ihr theoretisches und praktisches Wirken auf dem Gebiet der Entwicklungsländer

kritisch zu betrachten. Aber es darf dabei nicht übersehen werden, daß die Lage der Gesamtheit jener Länder, um die es hier geht, katastrophale Dimensionen erreicht hat, und eine Perspektive der Verbesserung der Lage nicht in Sicht ist. Intentionen und Ansprüche aus Ost und West, bei der Überwindung von Unterentwicklungen zu helfen, sind gleichermaßen gescheitert. Die Beendigung der Ost-West-Konfrontation hat zu keiner Veränderung der Lage geführt - im Gegenteil, der Nord-Süd-Gegensatz prägt sich weiter aus. In der Vergangenheit haben Politiker und Wissenschaftler aus Ost und West in gleicher Weise dazu beigetragen, daß die internationale Konfrontation der Blöcke auf Kosten der Völker der Dritten Welt ausgetragen wurde.

Politik und Entwicklungsländerwissenschaft hatten die Geschehnisse der Dritten Welt in das grob vereinfachende und in vieler Hinsicht falsche Schema vom "dritten revolutionären Hauptstrom" und des "antiimperialistischen Bündnisses" gezwängt.

Westliche politische und wissenschaftliche Konzeptionen - vor allem jene, die politisch wirksam waren - waren nicht weniger grobschlüchtig und falsch. Denken wir nur an die sog. "Dominotheorie" in Südostasien oder die Auffassung von der Unmoralität der Nichtpaktgebundenheit des John Foster Dullas.

Was das Verhalten von früher Ost und früher West gegenüber den Entwicklungsländern betrifft, so gibt es keine Sieger und Verlierer. Es gibt nur Verlierer. Das sollte ein wichtiger Ausgangspunkt für neue Überlegungen und neues Wirken sein.

*Heinz-Dieter Winter, Dr. phil., Botschafter a.D., war DDR-Botschafter in Kambodscha 1968-1979, in Tunesien 1973-1975, Syrien und Jordanien 1976-1981 sowie bis 1990 Leiter der Abteilung Naher und Mittlerer Osten des DDR-Außenministeriums und Stellvertreter des Außenministers, lebt in Berlin*

**Detlef Wahl (Rostock):**

### **Abwicklung und gegenwärtige Situation der Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock**

Bis zum Jahre 1990 befand sich an der Rostocker Universität die Sektion Lateinamerikawissenschaften, eine interdisziplinär strukturierte Lehr- und Forschungsstätte, die in dieser Form im gesamten norddeutschen und baltischen Raum ein Unikat darstellte und in Mecklenburg-Vorpommern die einzige Institution war, die sich mit Problemen der Dritten Welt beschäftigte. Zur damaligen Sektion gehörten (immer mit Bezug auf Lateinamerika) die Wissenschaftsbereiche Ökonomie, Soziologie, Geschichte, Literatur, Philosophie /Politik, Indianische Sprachen und Kulturen sowie Hispanistik und Lusitanistik. Mit der Einrichtung verbunden waren ferner eine Zweigstelle der Universitätsbibliothek mit ca. 43.000 bibliographischen Einheiten, eine Dokumentations- und Informationsstelle, ein umfangreiches zeitgeschichtliches Archiv sowie ein äußerst wertvolles Archiv lateinamerikanischer Musik, das eine der größten Privatsammlungen in Europa darstellte. Die Sektion gab eine eigene Zeitschrift "Lateinamerika" heraus, die die am längsten erscheinende Fachzeitschrift dieser Art in Deutschland war. Ferner existierten zahlreiche wissenschaftliche Kooperationsbeziehungen mit Universitäten, Institutionen und Wissenschaftlern in Lateinamerika, in West- und Osteuropa sowie im skandinavischen Raum. Davon zeugte nicht zuletzt die große internationale Beteiligung an der im Mai 1989 durchgeführten Konferenz zu Wegen des sozialen Fortschritts in Lateinamerika, an der auch zahlreiche Wissenschaftler aus der damaligen BRD teilnahmen.

Nach der Wende wurde ein Prozeß der Umstrukturierung von Lehre und Forschung eingeleitet und völlig neue Ausbildungsdokumente, an denen schon seit 1988 gearbeitet worden war, an den frei gewählten akademischen Senat der Universität eingereicht. Dieser bestätigte am 12.12.1990 sowohl die Ausbildungsdokumente als auch die Umstrukturierung der Sektion in den Fachbereich Lateinamerikawissenschaften.

Zur selben Zeit verdichteten sich die Hinweise darauf, daß seitens des Kultusministeriums in Schwerin die Absicht bestand, die philosophische, wirtschaftswissenschaftliche und agrarwissenschaftliche Fakultät abzuwickeln. Dieses Vorhaben konnte - nicht zuletzt aufgrund zahlreicher Protestaktionen - verhindert werden, nicht aber die Abwicklung einzelner Fachbereiche und Institutionen. Von der verfügbaren Abwicklung des Fachbereiches Lateinamerikawissenschaften erfuhren die Mitarbeiter und Studenten aus den Medien. Es handelte sich um einen rein administrativen Akt, dem keinerlei Diskussion oder Evaluierung vorausgegangen waren, realisiert auf der Grundlage politischer Vorurteile und Vorverurteilungen, deren Wahrheitsgehalt niemals überprüft worden war. Hinzukam, daß eine fachliche bzw. politisch-moralische Überprüfung der Mitarbeiter ohnehin noch ausstand.

Dieser Abwicklungsbeschluß entsprach nicht dem Geist des Einigungsvertrages, da es sich beim Fachbereich Lateinamerikawissenschaften nicht um eine Institution

handelte, die automatisch mit dem Erlöschen der DDR ihre Daseinsberechtigung verloren hatte, wie etwa Ministerien und andere Einrichtungen, deren Tätigkeit direkt oder indirekt an die staatliche Existenz der DDR gebunden war. Ungeachtet einer notwendigen (und auch realisierten) kritischen Wertung bisheriger Lehre und Forschung sowie des Auftretens einzelner Personen, rechtfertigte die wissenschaftliche Ausrichtung des Fachbereiches keineswegs dessen Schließung. Nach zahllosen Protesten auf nationaler und internationaler Ebene gegen diese Abwicklung sowie einem Hungerstreik unserer Studenten wurde im Januar 1991 auf der Grundlage eines Beschlusses von Kabinett und Landtag zur ordnungsgemäßen Weiterführung und Beendigung des Studiums der immatrikulierten Studenten (Vertrauensschutz) sowie zur Weiterführung laufender Forschungsvorhaben vom Rektor (in seiner Eigenschaft als Abwicklungsbeauftragter des Kultusministers) eine Arbeitsgruppe eingesetzt, deren Aufgabe in der Neustrukturierung der Lateinamerikawissenschaften bestand.

Diese Arbeitsgruppe legte auf der Grundlage realer Lehrbelastung fest, daß die Lateinamerikawissenschaften 13 unbefristete Stellen erhalten sollen. In zahlreichen Vollversammlungen wurde darüber beraten, welche Mitarbeiter und Hochschullehrer hinsichtlich ihrer fachlichen und menschlichen Eignung für diese Stellen in Frage kommen. Dabei legten die Studenten und der wissenschaftliche Mittelbau eigene Prioritätenlisten vor, die im Ergebnis offener und demokratischer Diskussion entstanden und von der Arbeitsgruppe sowie vom Rektor akzeptiert wurden.

Daraufhin erhielten alle für ein unbefristetes Arbeitsverhältnis vorgesehenen Mitarbeiter ein Schreiben vom Rektor, daß sie - unbeschadet der Abwicklung - in den

Dienst des Landes Mecklenburg-Vorpommern übernommen werden und am Lateinamerika-Institut (im Aufbau) der philosophischen Fakultät tätig sind. Alle anderen Kolleginnen und Kollegen erhielten auf neun (und nicht auf sechs!!!) Monate befristete Arbeitsverträge und volle Bezüge (also keine Bezüge nach der Warteschleifenregelung).

Von Jahresbeginn 1991 an sprachen sich Universitätsleitung, akademischer Senat, Strukturkommission und Fakultätsrat für die Weiterführung der Lateinamerikawissenschaften an einem personell stark reduzierten eigenständigen Institut aus, dessen Strukturen und Aufgaben auf der Grundlage einer Konzeption in einem zu bildenden Beirat beraten werden sollten.

Das Lateinamerika-Institut wurde beauftragt, eine Konzeption im Hinblick auf künftige Strukturen und Aufgaben in Lehre und Forschung zu erarbeiten, die bereits im Februar eingereicht und vom akademischen Senat bestätigt wurde. Gleichzeitig legten Senat und Fakultätsrat fest, daß das Lateinamerika-Institut ab Wintersemester 1991/92 eine völlig neu konzipierte Magisterstufenfachausbildung in Lateinamerikastudien/Entwicklungspolitik sowie ein fakultätsübergreifendes Zusatzstudium zum gleichen Thema anbieten kann. Obwohl seitens der Studienbewerber großes Interesse an einer solchen Ausbildung bestand und noch besteht, wurde sie ohne Begründung vom Kultusministerium untersagt.

Von dort kam im Juni 1991 eine Erklärung, die davon ausging, daß künftig ein Lateinamerika-Institut nicht mehr existieren soll, dafür aber ein inter fakultäres Zentrum für Lateinamerikastudien vorgesehen ist.

Daraufhin wurde vom akademischen Senat die Konstituierung eines Beirates beschlossen, dem vor allem international an-

erkannte Wissenschaftler aus den Altbundesländern und Mitarbeiter sowie Studenten des Lateinamerika-Instituts angehörten. Nach gründlicher Vorbereitung trat dieses Gremium im Mai 1992 zusammen und erarbeitete Empfehlungen, die sich nachdrücklich für den Erhalt der Lateinamerikawissenschaften und die volle Durchsetzung des Vertrauensschutzes für die immatrikulierten Studenten aussprachen. Die Empfehlungen sehen ferner vor, das Lateinamerika-Institut bis zum Auslaufen der Studiengänge zu erhalten und dann ein dem Rektor oder dem Senat unmittelbar unterstelltes Lateinamerika-Zentrum als Nachfolgeeinrichtung zu bilden. Diese Empfehlungen erhielten im akademischen Senat Zustimmung und wurden an das Kultusministerium weitergeleitet.

Für den Erhalt der Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock hatten sich per Beschluß im Oktober 1991 bereits die Arbeitsgemeinschaft Deutsche Lateinamerikaforschung (ADLAF) sowie der Europäische Rat für Sozialforschung zu Lateinamerika (CEISAL) mit Sitz in Wien ausgesprochen. Professor Dr. Kohlhepp, der damalige Vorsitzende der ADLAF, richtete in dieser Angelegenheit auch ein Schreiben an das Kultusministerium, ohne allerdings je eine Antwort zu erhalten.

Auch nach der Entlassung zahlreicher Mitarbeiter mit auf neun Monaten befristeten Arbeitsverträgen (am 1.10.1991) wurde von den verbliebenen Wissenschaftlern die Arbeit in Ausbildung, Forschung und internationaler Wissenschaftskooperation normal fortgesetzt. Das betrifft auch die Betreuung von Diplomarbeiten und Dissertationen sowie die Erarbeitung von Publikationen. Aus Anlaß des 500. Jahrestages der Entdeckung und Eroberung Amerikas führte das Lateinamerika-Institut im September 1992 ein internationales Kolloquium durch, dessen Materialien 1992 veröffentlicht wurden.

Bis August 1992 (also nach der eigentlichen Phase der endgültigen Übernahme des Universitätspersonals) wurden Universitätsleitung und Mitarbeiter des Instituts seitens des Kultusministeriums in dem Glauben gelassen, daß die letztlich zugesicherte Zahl von 9 Mitarbeitern im Rahmen eines temporär bestehenden Instituts, die die Ausbildung der immatrikulierten Studenten bis Oktober 1995 ordnungsgemäß weiterführen sollten, definitiv ist. In der Beratung im August 1992 wurden wir dann aber mit neuen Vorstellungen des Kultusministeriums konfrontiert, die faktisch auf eine sofortige Liquidierung des Lateinamerika-Instituts und die Weiterführung ausgewählter Lehrveranstaltungen auf der Grundlage von Honorarverträgen hinausliefen.

Eine dazu von Mitarbeitern und Studenten erarbeitete Stellungnahme, die zugleich einen entschiedenen Protest gegen die geplante totale Aushöhlung des zugesicherten Vertrauensschutzes darstellte, wurde von der Universitätsleitung, vom akademischen Senat und vom Fakultätsrat nachdrücklich unterstützt. Auf dieser Grundlage und angesichts einer drohenden Verwaltungsklage der Studenten des Lateinamerika-Instituts mußte das Kultusministerium einsehen, daß die von ihm entwickelten Vorstellungen zur Weiterführung unseres Studienganges unter den gegebenen Bedingungen nicht durchsetzbar sind. Schließlich wurde zugesichert, das Lateinamerika-Institut bis 30.9.95 zu erhalten und für die bis dahin noch auszubildenden Studenten 4 befristete Stellen zu bewilligen, von denen bereits zwei Wochen später nur noch drei übrig blieben. Ungeachtet dieser Zusagen wurden zunächst alle Mitarbeiter zum 1.10.92 gekündigt (mit Ausnahme eines Personalratsmitgliedes und einer Kollegin, die sich im Müttererschutz befindet). Bis zwei Tage vor Weihnachten blieben dann Mitarbeiter und Studenten im Ungewissen, ob es im neuen Jahr weiter-

gehen würde oder ob der Vertrauensschutz erst mittels Gerichtsbeschluss über einen langwierigen Instanzenweg durchgesetzt werden müßte. Mit der Übergabe von befristeten Arbeitsverträgen ist zwar zunächst einmal der Vertrauensschutz mit einer kaum vertretbar kleinen Besetzung gewährleistet, nicht aber die langfristige Fortexistenz der Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock.

Ab Januar 1993 sind folgende Mitarbeiter am Lateinamerika-Institut tätig:

1. Doz. Dr. habil. Detlev Wahl, Institutssprecher, Fachgebiet Soziologie
2. Dozent Dr. habil. Verena Schöne, Studienorganisation, Fachgebiet Ökonomie
3. Dozent Dr. habil. Wolfhard Strauch, Fachgebiet Geschichte
4. Dr. Gustavo Abarzúa, Staats- und Völkerrecht
5. Dr. Sybille Bachmann (bis 31.5.93), Religion und Kirche in Lateinamerika
6. Sigrid Reuter (bis 30.9.93), Lektorin für Spanisch
7. Dr. Britta Müller (beschäftigt über ABM bis 31.12.93), Migrations- und Asylproblematik.

Gegenwärtig sind am Lateinamerika-Institut 43 Direktstudenten, Forschungsstudenten und Aspiranten immatrikuliert. Alle anderen der noch im Sommer 1992 am Institut beschäftigten Wissenschaftler (mit zwei Ausnahmen, bei denen eine Übernahme in die Romanistik erfolgte) sind in der Zeit zwischen Oktober und Dezember 1992 entlassen worden und gegenwärtig arbeitslos. Die Zeitschrift "Lateinamerika" hat ihr Erscheinen einstellen müssen, die Dokumentations-/Informationsstelle sowie das zeitgeschichtliche Archiv sind geschlossen. Die Zweigstelle der Universitätsbibliothek arbeitet noch, Anschaffungen sind aber nur noch im Rahmen der auslaufenden Lehrverpflichtungen möglich. Das Archiv lateinamerikanischer Volksmusik, das

sich in privatem Besitz eines ehemaligen Mitarbeiters befindet und am Lateinamerika-Institut angebunden war, ist durch seine Entlassung weder für Mitarbeiter und Studenten noch für die Öffentlichkeit nutzbar.

Die jüngst getroffenen Festlegungen lassen für das Jahr 1995 das Ende der Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock vermuten. Damit würde eine Einrichtung endgültig ausgelöscht, die ob ihres wissenschaftlichen Profils, ihres unikaalen Charakters und des nachweisbar großen Interesses an einem entwicklungspolitisch orientierten Studium durchaus einen Platz im Fächerkanon der Universität haben könnte und für das Land Mecklenburg-Vorpommern einen nicht unerheblichen kulturpolitischen Wert besitzt. Ihre Zerstörung hat zu einem Zeitpunkt begonnen, wo der Nord-Süd-Konflikt eine vielleicht alles überragende Bedeutung erlangen wird und die Problematik internationaler Migration und weltweiter Kulturkontakte in den Altbundesländern sowie im europäischen und nichteuropäischen Ausland gerade zur Stärkung von sogenannten regionalwissenschaftlichen Studiengängen und Forschungsvorhaben führt.

Ob es nach dem September 1995 eine Nachfolgeeinrichtung geben wird, sei es in Gestalt des durch den Beirat empfohlenen Lateinamerika-Zentrums oder in der Form eines vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenen interdisziplinären Zentrums zur Erforschung der indigenen Kulturen Amerikas, wird im finanzschwachen Mecklenburg-Vorpommern auch vom vorhandenen Geld abhängen, aber nicht nur vom Geld.

*Detlev Wahl, Dozent Dr. habil., Entwicklungslandsoziologe, ist Sprecher des Lateinamerika-Instituts der Universität Rostock*

**Christian Pommerening (Leipzig):**

### Vertretenes Schweigen - Afrikanistik in Leipzig

"Es gehört zu den schmerzlichsten Erfahrungen, Entlassungsschreiben den Kolleginnen und Kollegen zu übergeben, deren persönliche und fachliche Eignung unbestritten ist. Einige Zeit wird es dauern, bis diese Erfahrungen verarbeitet sind." Prorektor Günther Wartenberg (1)

Vor nicht allzulanger Zeit erwähnte der Rektor der Universität Leipzig Cornelius Weiss in einem Interview (2) die Afrika- und Nahostwissenschaften auf die Frage, was die Studierenden in Leipzig halten könnte. Dieselbe Frage stellen sich Studierende, weil sie beispielsweise für Afrikanistik eingeschrieben sind. Das Sommersemester 1993 beginnt am 14. April und ich versuche seit Tagen, eine Frage an Radio Jerewan zu stellen: Gibt es ein Studium ohne Profs?

Es hat bisher keine Berufung stattgefunden. Lediglich eine C3 kann vertreten werden. Ansonsten gibt es auch keine Profs "alten Rechts" mehr. Von den noch vor einem Jahr (3) 23 Lehrenden sind 5 verblieben. Und das kam so:

In einem Sommer der Wunder 1992 sollten die Stellen laut Strukturplan ausgeschrieben und besetzt sowie die Nichtberücksichtigten entlassen werden. Das Wunder begann im Oktober beim Studieren des mit Streichungen versehenen Vorlesungsverzeichnisses, da vor allem entlassen wurde. Lehrveranstaltungen fielen aus oder wurden gekürzt. Weitere Entlassungen folgten während des Semesters. Der Berufungsvorschlag für Geschichte wurde vom Minister abgelehnt und die Professur neu ausgeschrieben, nun unter dem Titel Geschichte und Kulturgeschichte, was den

Strukturplan revidiert. Die zugehörige Mittelbaustelle wurde - aus welchen Gründen auch immer - nicht besetzt. Seitdem ist nichts passiert. Ihre Neuausschreibung sei, so Prorektor Wartenberg, noch nicht möglich. Aus den Streichungen im Lehrangebot wurden Löcher. Von vor einem Jahr elf können noch fünf afrikanische Sprachen angeboten werden.

Es gab bei der Afrikanistik drei politische Kündigungen. Einem Parteilosen wurde "Propagandatätigkeit für die DDR" vorgeworfen. Die Begründung eines anderen enthält widerlegbare Behauptungen. Nach erfolgreicher Klage eines der Betroffenen lehnt die Universitätsleitung eine Beschäftigung durch Lehrauftrag jedoch trotz der katastrophalen Situation ab. Ich kann zwar die Arbeit der Personalkommission hier nicht bewerten, doch feststellen, daß für die Beurteilung der AfrikanistInnen mehr Zeit als bei anderen Bereichen notwendig war, und die daraus erfolgten Kündigungen viele Fragen offen lassen.

Für das kommende Semester konnten zwei Gäste gewonnen werden, die Blockvorlesungen halten. Ich weiß aber nicht, welche Stelle sie damit vertreten sollen. Freude kann darüber ohnehin nicht aufkommen, denn während der soeben zu Ende gegangenen Semesterpause wurden zwei weitere Afrikanisten entlassen; der eine, weil er wohl bisher vergessen wurde; der andere, obwohl er eigentlich eine Stelle hatte. Eine Professur ist immer noch nicht ausgeschrieben. Gegenwärtig arbeiten zwei Berufungskommissionen. Doch erst wenn die C4 leibhaftig besetzt ist, kann mit

der baldigen Verwirklichung des Strukturplanes gerechnet werden, was nicht heißt, daß dies zu Beginn des Wintersemesters abgeschlossen ist. Zu konstatieren bleibt, daß folgende Gebiete der Afrikanistik nicht präsent sind: Sprachwissenschaft, Kulturwissenschaft, Literaturwissenschaft, Ökonomie, Soziologie, Staatsrecht, Philosophie/Religionen.

Es wurde propagiert, daß diejenigen, die keine der ausgeschriebenen Stellen erhalten haben, bedarfsgekündigt werden. Solange die Stellen nicht besetzt sind, sollten sie die Lehre aufrecht erhalten. Das ist mißlungen, da, losgelöst von der Besetzung der Stellen, nahezu alle entlassen wurden. Irgendwie wurde hier die Reihenfolge verwechselt. Der Prozeß der Umstrukturierung und Erneuerung ist ad absurdum geführt. Vielleicht muß es als Akt der sozialen Gerechtigkeit verstanden werden, wenn Studierende die Universität verlassen.

Es hat nichts genützt, daß der bis Februar 93 amtierende, kommissarische Fachbereichsdirektor (mittlerweile ebenfalls gekündigt) selbst Afrikanist ist. Es wurde (anders als bei der Orientalistik) keine Kündigung zurückgenommen, um wenigstens die laufenden Vorlesungen und Seminare zu Ende zu führen. Gespräche von Seiten der Studierenden waren ebenfalls ergebnislos. Die Universitätsleitung ist nicht gewillt, für die Situation an der Afrikanistik Verantwortung zu übernehmen. Da der Minister bekanntlich keine Fanpost liest, brachten auch Briefe von westdeutschen Afrikanisten nichts ein. Entgegen anderen Behauptungen waren sie keine von Leipzig aus organisierten Proteste. Als versucht wurde, für das Sommersemester Vertretungen zu organisieren, gab es aus Westdeutschland Absagen wegen der Kompetenz der in Leipzig Entlassenen.

Der Strukturplan sieht für die Afrikanistik vier Profs, fünf Stellen im Mittelbau und zwei Drittmittlersatzstellen (DME) vor. Das mag eine ausreichende Ausstattung für einen regionalwissenschaftlichen Studiengang sein, vorausgesetzt, die Stellen stehen nicht nur auf dem Papier. Drei Stellen firmieren unter dem Titel Wirtschaft und Gesellschaft, der offen läßt, ob eine Stelle eher soziologisch, ökonomisch, kulturwissenschaftlich, religionswissenschaftlich oder anderswie orientiert ist. Es kann vermutet werden, daß mit einer Stelle möglichst zwei Fachgebiete abgedeckt werden sollen. Dies spräche für die Universalität der Betreffenden. Der derzeit Beschäftigte vertritt die Richtungen ökon. Geographie/ Geoökologie.

Die Reibungen zwischen den Fachgebieten des Fachbereiches Orientalistik/Afrikanistik sind groß, wie auch innerhalb der Fachgebiete. Sie sind jeweils in sehr unterschiedlicher Weise vom planmäßig durchgeführten Personalabbau betroffen. Beispielsweise bekommen Sinologie und Indologie ihren alten Status von vor 1968 als Regionalwissenschaften wieder. Altorientalistik und Religionsgeschichte werden als Magister-Hauptfächer etabliert. Den klassischen Wissenschaften wie Sprach- und Kulturwissenschaften wird größerer Raum eingeräumt. In naher Zukunft soll die Japanologie neu aufgebaut werden. Ihre vier Stellen sind im Strukturplan des Fachbereiches verankert. Niemand weiß, wann sie ausgeschrieben werden. Sie könnten dem Fachbereich also zeitweise in anderer Weise zugute kommen. Dagegen sprechen offenbar höhere Gründe.

Ebenso groß sind Mißtrauen und Unsicherheit. Als ein Student in einer Versammlung fragte, warum denn solche Fächer wie Japanologie und Antarktiswissenschaften auf Kosten der bestehenden aufgebaut werden sollen, schaute die Mehrheit verunsichert und fragte sich betreten, warum

das neue Fach erst jetzt bekannt wird. Da gab es nichts zu lachen, auch nicht nach Erklärung der Satire.

Der Strukturplan steht trotz des ministeriellen Eingriffs sonst nie zur Debatte. Ich halte es für wichtig, daß er öffentlich diskutiert wird, obwohl die Zeit der Entscheidungen längst vorbei ist. Bemerkenswert ist, daß gerade für die Fachgebiete mit den am Fachbereich meisten Studierenden die Lehre durch Entlassungen und zögerliche Stellenbesetzungen besonders beeinträchtigt wurde. Die Auswirkungen sind nur in der Afrikanistik so dramatisch wie beschrieben.

Für Prorektor Wartenberg sind die Tatsachen aber kein Anlaß, das Studium als gefährdet zu betrachten. Er verschwendet weihrauchartig das 'Wir setzen uns dafür ein, daß schnell berufen wird'. Natürlich garantiert er allen den Studienabschluß, aber nicht schriftlich. Und auch die Art des Abschlusses ist strittig. Inhalt des Studiums Afrikanistik ist nämlich u.a. eine Vertiefungsrichtung. Im letzten Studienführer der Universität Leipzig (4) stehen Sprachwissenschaft, Geschichte, Ökonomie, Kulturwissenschaft und Soziologie zur Auswahl. So ist es auch in der Magisterordnung verankert. Die Vertiefungsrichtung nimmt den überwiegenden Teil des Hauptstudiums in Anspruch. Die Wahl der Spezialisierung sollte spätestens nach dem dritten Semester erfolgen. Frühere Studienjahrgänge wählten bereits zu Beginn ihres Studiums. Die Vertiefungsrichtung ist auf dem Studentenausweis vermerkt. Prorektor Wartenberg geht davon aus, daß nur Afrikanistik (ohne Vertiefungsrichtung) immatrikuliert wurde und somit nur ein allgemeiner Abschluß in Afrikanistik garantiert werden könne. Den gibt es aber nicht. Sicher soll er geschaffen werden. Doch zur Zeit sind alle Hände gebunden, die Studienordnung auf den Strukturplan abzustimmen, vielleicht Afrikanistik als Diplomstudiengang zu kon-

zipieren. Doch auch von einer allgemeinen Ausbildung kann heute nicht die Rede sein. Die Leipziger Afrikanistik ist derzeit ein Etikettenschwindel. Ich beklage nicht ein Mangelprogramm, sondern die Programmlosigkeit.

Ich beneide niemanden mit einer festen Anstellung. Diejenigen, die geblieben sind, mögen sich bestätigt fühlen, daß sie sich in der letzten Zeit richtig verhalten haben. Für die Studierenden trifft in besonderer Weise zu, daß gemeinsame Interessen selten artikuliert wurden.

Spätestens jetzt stellt sich die Frage, was aus der Leipziger Afrikanistik werden soll. Für mich ist es sehr fraglich, ob im kommenden Herbst überhaupt neu immatrikuliert werden kann. Wie das Studium aussieht, wenn irgendwann alle Stellen besetzt sind, weiß ich nicht. Bis jetzt muß ich mich auf den Studienführer verlassen: "Das Studium der Afrikanistik besteht in einer multidisziplinär und komplex gestalteten Beschäftigung mit Sprachen, sozial- und geisteswissenschaftlichen Problemen des subsaharischen Afrika - sowohl im historischen als auch aktuellen Kontext." (5) Darin einbezogen waren beim Entwurf der Studienordnung die verbliebenen MitarbeiterInnen des 1990/91 abgewickelten Bereiches "Grundfragen der nationalen Befreiungsbewegungen". (Die Sektion befürwortete die Abwicklung.) Sie wurden mit der Begründung weiterbeschäftigt, wichtige Lehrveranstaltungen in die laufenden Ausbildungsgänge einzubringen, aber trotzdem bald entlassen, z.T. ohne ihre Kurse zu Ende führen zu können.

Geplant war auf Vorschlag von Prorektor Wartenberg die Gründung eines Instituts für Entwicklungsstudien. Der Duisburger Politologe Franz Nuscheler erstellte dafür ein Strukturkonzept, daß die Kombination der Afrikanistik (u.a.) als Kultur- und Sprachwissenschaften mit den Entwicklungsstu-

dien vorsieht. Der Vorschlag wurde von der Universitätsleitung prinzipiell gebilligt und liegt dem Ministerium vor. Eine Reaktion liegt nicht vor. (6)

Ich halte es für wichtig, daß die AfrikanistInnen sich nicht auf einen Rückzug in die Sprach- und Kulturwissenschaft eingelassen haben. Verbal findet das auch die Unterstützung von Minister Hans Joachim Meyer, wie ein Brief vom 19.3.92 belegt: "So trete ich jedem Versuch entgegen, Asien- und Afrikaforschung lediglich als philologische Disziplinen zu betreiben. Ausdrücklich wird die Erforschung der Geschichte, Kultur und Wirtschaft asiatischer und afrikanischer Regionen gefördert, es werden Probleme der Entwicklungsländer einbezogen."

Das Ausbildungskonzept in seiner Verknüpfung von klassischen mit modernen Wissenschaften bei einer soliden Sprachausbildung ist einmalig in der Bundesrepublik Deutschland. Die Qualität der Ausbildung beweisen letztendlich die AbsolventInnen. Die Erfahrungen aus Leipzig finden beim Ausbau der Afrikanistik in Bayreuth Berücksichtigung.

Das Afrika-Institut wurde im Oktober 1960 gegründet, nachdem die Universitätsparteileitung ihre "Empfehlung für die weitere sozialistische Entwicklung der Asien- und Afrikawissenschaften an der Karl-Marx-Universität" gegeben hatte. (7) Damals hieß es: "Für den Auf- und Ausbau der Asien- und Afrikawissenschaften an der Karl-Marx-

#### Anmerkungen:

(1) Universität Leipzig, Januar 1993, S.1

(2) Kreuzer. Die Leipziger Illustrierte 10/92, S. 14

(3) Vorlesungsverzeichnis Universität Leipzig Sommersemester 1992, S. 340-346

(4) Studienführer der Universität Leipzig. Loseblattsammlung, Stand 30.10.91, Leipzig 1990ff.

(5) ebenda

(6) Arndt-Hopfmann, Amd Krause, Hartmut Schilling: Entwicklung und Abwicklung. In: *Utopie Kreativ*, Heft 21-22 (1992), S. 143-155

(7) gekürzt in: *Universitätszeitung* (Leipzig) 16.3.1960, S.3-4

Universität erachten wir es für notwendig, daß die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Neuen und Gegenwärtigen in der Sprache, Literatur, Geschichte, Wirtschaft, den Staats- und Rechtsverhältnissen sowie der Kultur der Länder Asiens und Afrikas im Mittelpunkt von Lehre und Forschung steht. Gleichzeitig halten wir aber die Pflege und Weiterentwicklung des Alten, sowohl für das Verständnis des Neuen als auch für die Weiterführung der Tradition für wichtig." Heute wird nach dem Motto 'Bewahrenswertes erhalten und zu Unrecht Zerschlagenes wiedererrichten!' verfahren. Damals wie heute geht es um eine gezielte, grundsätzliche Änderung im Betreiben und Vermitteln der Wissenschaften. Darin sind die Situationen miteinander vergleichbar. Das Bekenntnis zu der vorher geleisteten wissenschaftlichen Arbeit haben beide Vorstellungen gemein; damals während der Aufwertung der Afrikanistik, heute während ihrer Abwertung, die nicht im stillen Abschiednehmen enden soll. Doch wenn die Studierendenzahlen nicht steigen, kann es leicht passieren, daß auf die Afrikanistik eines Tages völlig verzichtet wird. Die vergangenen Monate haben bewiesen, daß die Afrika- und Nahostwissenschaften für die Universität Leipzig nicht wichtig sind.

*Christian Pommerening ist Student am FB Orientalistik/Afrikanistik der Universität Leipzig und vertritt die Fachschaft im Uni-StuRa*

## DOKUMENTATION

### Leipziger Überlegungen - Überlegungen zu Leipzig

#### Strukturmodell für den künftigen Fachbereich Orientalistik und Afrikanistik an der Universität Leipzig [Oktober 1990]

##### Vorbemerkungen

1. Der künftige Fachbereich Orientalistik und Afrikanistik ist die Nachfolgeinstitution der bisherigen Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften (ANW). Die Kommission, die das Modell seiner künftigen Struktur entworfen hat, bestand aus den Professoren *Dr. W. Reuschel* (Arabistik), *Dr. R. Moritz* (Sinologie), *Dr. D. Treide* (Ethnologie), *Dr. A. Krause* (Entwicklungsstudien), *Dr. E. Blumenthal* (Ägyptologie), *Doz. Dr. U. Schmidt* (Afrikanistik), d.h. aus den Vertretern aller Wissenschaftsbereiche der Sektion ANW, und dem bisherigen Sektionsdirektor *Prof. Dr. R. Arnold*, die Leitung hatte *E. Blumenthal*.

2. Ihrem Auftrag entsprechend hat die Kommission ein Konzept erarbeitet, das sich primär an sachlichen Erfordernissen orientiert. Dafür waren die älteren Traditionen der Universität Leipzig, vergleichbare westdeutsche und ausländische Einrichtungen, aber auch positive Erfahrungen der Sektion ANW maßgebend. Statt eine ideale Struktur zu konstruieren, wurde, soweit sich das rechtfertigen ließ, von den gewachsenen Beständen ausgegangen, um soziale Härten zu begrenzen.

3. Die Sektion ANW war durch ihren Gegenstand in nahezu allen Wissenschaftsbereichen eng mit der Politik der DDR gegenüber den Entwicklungsländern verflochten. Da auch der künftige Fachbereich zwangsläufig eine entwicklungspolitische Dimension haben wird, sind sich die Kommissionsmitglieder darin einig, daß in allen Fachrichtungen eine selbstkritische Rückbesinnung und ein Neuansatz nötig sind. Die Entscheidung über Eignung und Nichteignung der Mitarbeiter für einen Neuansatz überläßt sie einer künftigen Personalkommission. Mit den Zusätzen "vakant" und "läuft aus" zu den Positionen des Strukturmodells soll lediglich angedeutet werden, welche Kräfte derzeit nicht vorhanden sind und welche Stellen gestrichen werden sollen, wenn ihre Inhaber in absehbarer Zeit ausscheiden; der Zusatz "einrichten" bezeichnet eine neu zu schaffende Stelle.

4. Die Kommission geht davon aus, daß jede vorhandene oder anzustrebende Fachrichtung mit maximal einem Lehrstuhl besetzt sein sollte, dem durchschnittlich 2-3 Stellen für habilitierte und promovierte Mitarbeiter zugeordnet sind (z.B. Arabistik, Afrikanische Sprachen). Daneben bestehen Lehrgebiete mit 1-2 habilitierten oder promovierten Mitar-

beitem (z.B. Turkologie, Zentralasienkunde). Um die vorgesehenen Veränderungen zu verdeutlichen, ist dem Strukturmodell eine Aufstellung der bisherigen personellen Ausstattung der Sektion ANW hinzugefügt worden.

5. Da bisher kein sächsisches Hochschulgesetz vorliegt, das die unterschiedlichen Anstellungsverhältnisse regelt, hat sich die Kommission darauf beschränkt, die erforderlichen Stellen für die ordentlichen Professoren, die wissenschaftlichen Mitarbeiter im Angestellten- oder Beamtenverhältnis und die Gastlektoren mit befristetem Arbeitsvertrag zu benennen. Die anderen Mitarbeiter des akademischen Mittelbaus bzw. a.o. Professoren und Dozenten werden nach ihrer Qualifikation (Habilitierter/B-Promovierter, Promovierter/A-Promovierter) benannt, nach der sie sich in die jeweiligen Planstellen einstufen lassen.

6. Die Sektion ANW ist Ende der 60er Jahre durch den Zusammenschluß geisteswissenschaftlicher Institute entstanden (Orientalisches Institut, Afrika-Institut, Ostasiatisches Institut, Indisches Institut, Julius-Lips-Institut für Ethnologie und vergleichende Rechtssoziologie; das Ägyptologische Institut und der von dem Religionsgeschichtlichen Seminar gebliebene Lehrstuhl für Religionsgeschichte kam später hinzu). Bereits in den 60er Jahren waren dem Orientalischen Institut und dem Afrika-Institut Historiker, Ökonomen, Juristen und Soziologen hinzugefügt worden; 1975 wurde ein eigener Lehrstuhl und Forschungsbereich Grundfragen der nationalen Befreiungsbewegung gegründet. In der so entstandenen multidisziplinären Struktureinheit wurden Regionalwissenschaftler für die Forschung und für politische und gesellschaftliche Institutionen, später auch Sprachmittler ausgebildet. Da sich dieses Konzept in seiner bisherigen Praxis nicht bewährt, sondern ein einseitiges Weltbild und dessen außenpolitische Konsequenzen legitimiert und gefördert hat, wird folgende Umstrukturierung vorgeschlagen:

- Die traditionellen orientalistischen und afrikanistischen Disziplinen einschließlich der vorläufig auf die Schwerpunkte Asien und Afrika bezogenen allgemeinen Disziplinen Ethnologie und Religionsgeschichte sind in sechs Instituten zu re-etablieren:

- \* Orientalisches Institut
- \* Institut für Afrikanistik
- \* Ost- und Südasien-Institut
- \* Institut für Ethnologie
- \* Ägyptologisches Institut
- \* Religionsgeschichtliches Seminar.

Da Sinologie und Indologie in der 3. Hochschulreform der DDR unverantwortlich dezimiert wurden, soll das von ihnen gebildete gemeinsame Institut aus Gründen der Tradition und der Bedeutung ihrer Gegenstände personell weiter gestärkt werden.

- Bei der Ausbildung von Arabisten, Afrikanisten, Sinologen und Indologen soll nicht nur die Kenntnis mittelalterlicher bzw. antiker Sprachen, Kulturen und Geschichte, sondern auch der modernen Gesellschaften vermittelt und dabei besonderes Gewicht auf regionalspezifische Ökonomie und Recht gelegt werden. Entsprechende Lehrstühle bzw. Lehrgebiete sollen daher in den Instituten erhalten bleiben oder geschaffen werden.

- Die die Regionen übergreifenden, stark von den Mutterwissenschaften Ökonomie, Soziologie, Rechtswissenschaft bestimmten Lehrstühle und Lehrgebiete sollen aus den

Instituten herausgelöst und einer eigenen entwicklungspolitischen Struktureinheit zugeordnet werden.

7. Die Existenz eines solchen interdisziplinären Institutes für Entwicklungsstudien an der Universität ist angesichts der weltpolitischen Situation unabdingbar. Es sollte neu strukturiert und personell ausgestattet werden, wobei auf Wissenschaftler aus den bisherigen regionalwissenschaftlichen Lehr- und Forschungsbereichen und dem bisherigen Lehr- und Forschungsbereich Grundfragen nationaler Befreiungsbewegung der Sektion ANW und anderen entwicklungspolitisch orientierten Fachwissenschaftlern der Universität zurückgegriffen werden soll. Im Hinblick auf die oben (Punkt 3) angedeutete ideologische und politische Determinierung ist aber gerade hier die Berufung eines starken Anteils von Fachleuten aus Westdeutschland oder dem westlichen Ausland erforderlich. Das neue Institut soll dem Fachbereich Orientalistik und Afrikanistik oder einem künftigen politik- und sozialwissenschaftlichen oder wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereich zugeordnet werden oder eine selbständige Struktureinheit bilden.

8. Diesem Konzept, demzufolge

- Arabisten, Afrikanisten und künftig auch Sinologen neben der traditionellen Ausrichtung auf Sprache, Kultur und Geschichte von Vergangenheit und Gegenwart auch in Wirtschaft und Recht ihrer Regionen ausgebildet und die zugehörigen Lehrstühle bzw. Lehrgebiete *in den Instituten* verankert bleiben oder werden sollen, während

- die Vertreter der regionenübergreifenden Soziologie, Ökonomie, Politologie, Rechtswissenschaft und Entwicklungspolitik in dem Institut für Entwicklungsstudien zusammengeführt werden sollen,

stehen zwei Varianten der Punkte 6 (Ende) und 7 gegenüber, die jeweils von *einem* Mitglied der Kommission vertreten werden.

*Variante 1* beruht auf der Überzeugung, daß regionale Besonderheiten der Entwicklungsländer zwar beachtet werden müssen, daß sie aber untrennbar mit den überregionalen Fragen verbunden sind und als Teilaspekte des Nord-Süd-Verhältnisses nur in weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Zusammenhängen betrachtet werden können.

Sie sieht daher vor:

- Lehre und Forschung im Orientalischen Institut, im Institut für Afrikanistik und im Ost- und Südasien-Institut *organisatorisch* auf Sprache, Kultur und Geschichte, also die traditionellen Philologien, zu beschränken, ohne dabei die besondere Akzentuierung der Gegenwartsphänomene aufzugeben;

- die auf Ökonomie und Recht der jeweiligen Regionen spezialisierten Wissenschaftler aus den jetzigen regionalwissenschaftlichen Struktureinheiten zu lösen und an dem Institut für Entwicklungsstudien den Vertretern der jeweiligen allgemeinen Disziplinen zuzuordnen, wie es für die Soziologen auch in dem von der Mehrheit getragenen Strukturmodell vorgesehen ist. In der Ausbildung müßte dabei die Verbindung den Philologen sowohl mit den allgemeinen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Entwicklungsländer als auch der jeweils zugehörigen Region erhalten bleiben;

- das Institut für Entwicklungsstudien mit dieser komplexen Besetzung durch Fachwissen-

schaftler von überregionaler und regionaler Kompetenz darüber hinaus für allgemeine oder spezielle Nebenfach- oder Zusatzausbildung von nicht-orientalischen bzw. nicht-afrikanischen Soziologen, Wirtschaftswissenschaftlern, Politologen, Juristen und Interessenten aus Wirtschaft, Entwicklungshilfe usw. zu öffnen.

Dabei müßte allerdings gewährleistet sein,

- daß die durch Kombination von philologischer und sozial- bzw. wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung erreichte und weithin anerkannte Leipziger Spezifik erhalten bleibt;

- daß die zahlenmäßig große Konzentration von sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen an dem Institut für Entwicklungsstudien nicht dazu führt, daß bewährte Spezialisierungen zugunsten der allgemeinen Disziplinen gestrichen werden;

- daß in der wissenschaftlichen Orientierung dieses Instituts trotz seiner übergreifenden Aufgaben keine Metatheorien gepflegt werden und der Bezug zur konkreten und regionalspezifischen Situation der Entwicklungsländer nicht überlagert und verdrängt wird.

9. *Variante II:* Das neu zu schaffende Institut für Entwicklungsstudien soll sich auf sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Grundlage mit den komplexen Problemen der Entwicklungsländer und des globalen Nord-Süd-Gegensatzes in Lehre und Forschung beschäftigen. Die Einrichtung eines entwicklungssoziologischen bzw. entwicklungspolitischen Hauptfachstudiums sowie unterschiedlicher Nebenfachstudien erfordern eine personelle Ausstattung der Lehrstühle gemäß den in Punkt 4 genannten Prinzipien.

Als selbständige Struktureinheit kooperiert dieses Institut eng mit den übrigen Instituten des zukünftigen Fachbereichs Orientalistik und Afrikanistik. Aus sachlichen Gründen sowie unter Berücksichtigung der gewachsenen wissenschaftlichen Bindungen empfiehlt sich die organisatorische Verankerung des Instituts an diesem Fachbereich. Sollten sich im Rahmen einer strukturellen Neuordnung der Universität Leipzig andere Konstellationen ergeben, müßte das Potential dieses Instituts in jedem Falle der Universität erhalten bleiben.

Bezüglich Punkt 6 (Ende) wird die Auffassung vertreten, daß Fachgebiete wie die regional bezogene Soziologie und moderne Rechtswissenschaft (wie im Falle der Ökonomie und anderer Disziplinen) unverzichtbare Bestandteile einer modernen multidisziplinären orientalistischen und afrikanistischen Ausbildung sind und deshalb den entsprechenden Instituten zuzuordnen sind. Zuführungen aus den bisherigen Regionalbereichen, die sich strikt an den prognostizierbaren Lehranforderungen wie an der optimalen Struktur des zukünftigen Instituts für Entwicklungsstudien orientieren, werden begrüßt (z.B. die übergreifenden Fachrichtungen Angewandte Weltwirtschaftslehre/ Nord-Süd-Problematik und Staatsrecht der Entwicklungsländer).

## Die künftigen Institute

### Orientalistisches Institut

Als Nachfolgeeinrichtung des Lehr- und Forschungsbereiches Nordafrika und Nordost wird das Orientalische Institut an die wissenschaftlichen Traditionen, durch die es in den 30er Jahren seinen internationalen Ruf erlangt hat, anknüpfen, was insbesondere durch

Aufbau der seither vernachlässigten Altorientalistik deutlich gemacht werden soll. Darüber hinaus wird das Orientalische Institut an den Studienschwerpunkten festhalten, durch die es seinen gegenwärtigen Bekanntheitsgrad erreicht hat:

breitgefächert Sprachausbildung in Arabisch und multidisziplinär Lehre und Forschung zum modernen Vorderen Orient.

- Im Orientalischen Institut sind die philologischen Fachdisziplinen Arabistik und Altorientalistik vereinigt. Gegenstand der Arabistik sind die Sprache, Kultur, Literatur, Religionsgeschichte, Wirtschaft und Recht der Araber in den Ländern des islamischen Vorderen Orients und Nordafrikas in der Zeit von der vorislamischen Zeit (3. Jh. n. Chr.) bis zur Gegenwart. Gegenstand der Altorientalistik sind die Sprachen und Literaturen, die politische Geschichte, die Wirtschafts-, Sozial-, Rechts- und Religionsgeschichte des vorhellenistischen Vorderasiens vom Ende des 4. Jt. bis zum 4. Jh. v. Chr. sowie das Weiterleben der babylonischen Kultur im südlichen Irak bis ins 1. Jh. n. Chr.

- Im Orientalischen Institut werden in sinnvollen Kombinationen mit anderen Fachdisziplinen Hauptfachstudenten für unterschiedliche wissenschaftliche und praktische Tätigkeiten ausgebildet: Universitäten, Bibliotheken, Verlage, Museen, Medien, internationale Organisationen, Wirtschaftsunternehmen, Entwicklungsdienst. Ein Nebenfachstudium Arabistik und Altorientalistik wird für andere Fachdisziplinen der Geistes- und für solche der Sozialwissenschaften angeboten.

-Die Hauptfachausbildung für Diplom Übersetzer/ Diplom Dolmetscher mit Arabisch und für (Diplom-)Lehrer für Arabisch erfolgt am Lehrstuhl Arabistik. Eine Nebenfachausbildung in Islamwissenschaft ist in Zusammenarbeit mit dem Religionsgeschichtlichen Seminar des Fachbereiches Orientalistik und Afrikanistik geplant.

### Institut für Afrikanistik

Als Nachfolgeeinrichtung des Lehr- und Forschungsbereiches Afrika der Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften wird das Institut an die wissenschaftlichen Traditionen der Leipziger Universität anknüpfen. Die Afrikanistik ist eine multidisziplinär strukturierte Fachrichtung (Sprach-, Kultur-, Literatur-, Geschichts-, Wirtschaftswissenschaft), die sich auf die Untersuchung des subsaharischen Afrika konzentriert. Die abgeschlossene Ausbildung als Afrikanist ermöglicht eine Tätigkeit in unterschiedlichen Bereichen der Wissenschaft, des öffentlichen Lebens, im Auswärtigen sowie Entwicklungsdienst, in Museen und Bibliotheken, im Medienbereich, in internationalen Organisationen, in Wirtschaftsunternehmen, wozu eine sinnvolle Kombination mit einer (obligatorisch zu belegenden) weiteren ausgewählten Disziplin beitragen soll. Darüber hinaus ist Afrikanistik als Nebenfachstudium möglich.

### Ost- und Südasiens-Institut

Der Bereich Süd- und Ostasien der Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften wird durch ein Ost- und Südasiens-Institut abgelöst. Seine Aufgabe besteht in Lehre und Forschung auf den Gebieten der Sinologie, Indologie, Zentralasienkunde und Südostasienkunde, wobei Sinologie und Indologie als Schwerpunkte bestimmt werden. Gegenstand sind Sprachen, Kulturen, Religionen, Philosophien, Literaturen sowie Geschichte und Wirtschaft der Regionen Ost- und Südasiens. Die Spezifik des Ost- und Südasiens-Instituts im

Vergleich zu den anderen Instituten des Fachbereichs Orientalistik und Afrikanistik besteht darin, daß es die Arbeit zweier traditionsreicher Institute, des Ostasiatischen und des Indischen Instituts, fortsetzt.

Das Ost- und Südasiens-Institut soll folgende Ausbildungsleistungen realisieren:

- Sinologie: Hauptfachausbildung mit den beiden Spezialisierungsrichtungen Klassische Sinologie und Moderne Sinologie, Nebenfachausbildung; Sprachkurse für Hörer aller Fakultäten und Externe
- Indologie: Hauptfachausbildung, Nebenfachausbildung, Sprachkurse für Hörer aller Fakultäten und Externe
- Zentralasienkunde/ Tibetologie: Nebenfachstudium, Sprachkurse
- Südostasienkunde: Sprachkurse für Indonesisch für Hörer aller Fakultäten und Externe, Vorlesungen zur Geschichte Südasiens
- Japanisch: Sprachkurse für Hörer aller Fakultäten und Externe.

Es wird vorgeschlagen, perspektivisch die Wiedererrichtung des Lehrstuhls Japanologie an unserer Universität ins Auge zu fassen.

Das Ost- und Südasiens-Institut wird das eigene Profil in die deutsche Wissenschaftslandschaft einbringen, das in besonderer Weise auf den Gebieten der Kultur- und Geistesgeschichte und Sprachwissenschaft ausgebildet wurde.

### **Institut für Ethnologie**

Als erste selbständige völkerkundliche Universitätseinrichtung des deutschsprachigen Raumes wurde 1914 in Leipzig ein Ethnographisches Seminar gegründet, dessen heutiger Nachfolger, das Institut für Ethnologie, bewährte Forschungs- und Ausbildungsrichtungen insbesondere auf den Gebieten der Wirtschafts- und Sozialethnologie sowie der Geschichte der Ethnologie fortführt. Auch die Rechtsethnologie sollte künftig wieder vertreten sein. Die regionale ethnographische Lehre und Forschung richten sich derzeit vor allem auf die Völker Afrikas und des Nahen Ostens, doch ist eine regionale Ausweitung denkbar. Weitere Aufgaben ergeben sich aus der multiethnischen Struktur vieler Länder der Dritten Welt und aus Wanderbewegungen und Nationalitätenkonflikten in vielen Ländern der Erde.

Die Ausbildung im Hauptfach Ethnologie soll eine breitgefächerte berufsbezogene Spezialisierung ermöglichen. Weiterhin ergeben sich vielfältige Möglichkeiten für ein ethnologisches Nebenfachstudium, für Lehrveranstaltungen zur Ergänzung anderer Studiengänge, für Hörer aller Fakultäten und zur Weiterbildung.

### **Ägyptologisches Institut und Ägyptisches Museum**

Ägyptologie ist eine Altertumswissenschaft. Gegenstand von Lehre und Forschung sind Sprachen und Geschichte, Gesellschaft, Wirtschaft, Religion, Kunst, Literatur des pharaonischen Ägypten, teilweise auch seiner griechisch-römischen und christlichen Epochen bis zur arabischen Eroberung 641 n. Chr. Das Ägyptologische Institut bildet Hauptfachstudenten für wissenschaftliche und kulturelle Berufe aus (Universitäten, Museen, Bibliotheken, Verlage, Medien), dazu Nebenfachstudenten aus anderen altertumswissenschaftlichen, orientalistischen und geisteswissenschaftlichen Disziplinen (Abschluß: Magister bzw. Promotion). Außerdem bietet es spezielle Vorlesungen für andere Fachrichtungen

und allgemeine für die Universitätsöffentlichkeit und für Gasthörer an. Die Tradition der Leipziger Ägyptologie geht fast kontinuierlich in das frühe 19. Jh. zurück und ist mit bedeutenden Namen verbunden. Mit ihrer vorwiegend kulturgeschichtlichen Ausrichtung und dem Ägyptischen Museum, einer der bedeutendsten ägyptologischen Universitäts-sammlungen Europas, hat sie ihren unumstrittenen Platz in der internationalen Fachwissenschaft. Zugleich ist das Museum ein wichtiges Element im kulturellen Leben der Universität, der Stadt Leipzig und des sächsisch-thüringischen Raumes.

## **Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften, Lehrstuhl Soziologie:**

### **Stellungnahme zum Papier der "Strukturkommission" der Sektion ANW [14. November 1990]**

Das von der Kommission vorgelegte Papier findet unsere grundsätzliche Zustimmung in dem Bemühen, Lehre und Forschung an der Sektion ANW entsprechend den Erfordernissen der Zeit zu erneuern.

Wir teilen dabei insbesondere die Ausgangsannahme, daß eine inhaltliche und strukturelle Neuprofilierung der an unserer Sektion vertretenen Wissenschaften sich an sachlichen Erfordernissen zu orientieren hat und eine Überwindung der in der Vergangenheit durch die Wissenschaftspolitik der SED betriebenen Ideologisierung und Instrumentalisierung der wissenschaftlichen Arbeit ebenso einschließen muß wie den Abbau entstandener Disproportionen zwischen einzelnen Disziplinen.

Der in der Mehrheitsvariante des Papiers formulierte Vorschlag zur inhaltlichen und strukturellen Neuprofilierung der gegenwärtigen Sektion ANW stößt jedoch in zwei Punkten auf unser Bedenken:

Erstens halten wir es für bedenklich, wenn angesichts der großen Herausforderung an die Wissenschaften, die von den gewaltigen gesellschaftlichen Problemen in der Dritten Welt ausgeht, ausgerechnet an dem Ansatz einer komplexen, multidisziplinären wissenschaftlichen Beschäftigung (in Lehre und Forschung) mit den Völkern und Ländern der Dritten Welt und ihrer verschiedenen Regionen verachtet werden soll und der künftige Fachbereich philologisch definiert wird. Damit wird unseres Erachtens in dem verständlichen und richtigen Bestreben, die Vernachlässigung bestimmter philologischer Disziplinen im Prozeß eines notwendigen Abbaus von Disproportionen zu überwinden und stärker an philologische Traditionen der Leipziger Universität anzuknüpfen, das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, denn es ist nicht das Strukturprinzip komplexer Lehre und Forschung, das versagt hat. Dieses erscheint uns vielmehr in hohem Maße geeignet, die immer stärker werdende Vernetzung der einzelnen Elemente der sozialen Realität in den Ländern der Dritten Welt zu erfassen und den Erfordernissen einer modernen wissenschaftlichen Arbeit zu entsprechen.

Zweitens betreffen unsere Bedenken den Umstand, daß das der Mehrheitvariante zugrunde liegende Strukturprinzip, das den Fachbereich und seine Institute vornehmlich

philologisch definiert, im Hinblick auf den Verbleib oder Nichtverbleib nichtphilologischer Disziplinen an den jeweiligen Instituten nicht einheitlich gehandhabt wird. Es ist für uns kein aus sachlichen Erfordernissen abgeleiteter Grund ersichtlich, warum die einen einen Platz an dem philologischen Institut haben sollen und die anderen nicht.

Von dieser Problematik ist auch die an der Sektion als Ausbildungs- und Forschungsdisziplin existierende Soziologie unmittelbar betroffen. In der Mehrheitsvariante des Papiers wird davon ausgegangen, daß u.a. die Soziologie aus den Instituten für Afrikanistik und Orientalistik herausgelöst wird, wobei z.B. Afrikanistik als eine "multidisziplinär strukturierte Fachrichtung" von Sprach-, Kultur-, Literatur-, Geschichts- und Wirtschaftswissenschaft verstanden wird. Dieses selektive Verständnis von multidisziplinären Fachrichtungen können wir aus oben erwähnten Komplexitätserwägungen und aus dem Verständnis einer zeitgemäßen, die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes berücksichtigenden Ausbildung nicht teilen. Erforderlich sind eine moderne Gesellschaftsanalyse der arabischen Welt, Afrikas und gegebenenfalls auch anderer Regionen und ein entsprechendes Lehrangebot, wie das Konzept der Kommission auch einräumt. Es bleibt daher unverständlich, warum die Soziologie, deren Gegenstand die empirische Untersuchung und theoretische Bewertung tradierter und moderner sozialer Beziehungen, Verhaltensweisen und Aktionen in den heutigen Gesellschaften Asiens, Afrikas (und Lateinamerikas) bekanntermaßen ist, aus den vorgesehenen institutionellen Strukturen ausgeklammert werden soll. Ohne die Integration der Soziologie in die Afrikanistik im Rahmen einer gleichrangigen Anerkennung von philologischen und nichtphilologischen Disziplinen und unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Spezifik müssen Ausbildung und Forschung fragmentarisch bleiben.

Für das Verständnis des Zusammenhangs scheint es uns angebracht, die Position der Soziologie an der Sektion ANW zu berücksichtigen. Die Soziologie Afrikas und des Nahen Ostens konnte sich aufgrund bekannter ideologischer Beschränkungen erst spät durchsetzen. In den sogenannten Regionalwissenschaften entwickelte sie sich erst in den siebziger Jahren und zwar mit klar ausgewiesenem Schwerpunkt an der Sektion ANW in Leipzig. Sie war bei der Gründung der Sektion nicht als selbständige Disziplin im Strukturkonzept verankert, konnte sich aber in der Folgezeit als solche etablieren. Daher ist ihre Bindung an die Afrika- bzw. Orientwissenschaften eindeutig. Erst mit der Gründung des Lehr- und Forschungsbereiches "Grundfragen" wurde unter Hinweis auf die Bedeutung der sozialen Aspekte der Dritte-Welt- Problematik der Lehrstuhlinhaber aus dem LFB Afrika abgezogen und neben anderen Professoren in diesen Bereich zur Profilierung desselben integriert. Der empirische Bezug der Aktivitäten der Soziologen blieb die jeweilige Region.

Die Soziologie hat sich sowohl bei der Ausbildung von Afrikanisten und Arabisten ausgewiesen als auch hinsichtlich ihrer Forschungsergebnisse durchaus auch internationale Anerkennung gefunden. Deshalb kann es auch unter diesen Gesichtspunkten nur als Rückschritt betrachtet werden, wenn sie, wie es der Strukturvorschlag der Kommission vorsieht, aus der Afrikanistik bzw. Orientalistik ausgegliedert würde. Unserer Auffassung nach kann die Einbeziehung bestimmter nichtphilologischer Disziplinen wie die Ökonomie oder die Geschichtswissenschaft als strukturelle Bestandteile der Afrikanistik bzw. Arabistik nicht aber der Soziologie auch nicht mit dem Anspruch gerechtfertigt werden, mit den Entscheidungsvorschlägen der Kommission im internationalen Wissen-

schaftstrend zu liegen. Es gibt international afrikanistische und orientalistische Institutionen, die stark philologisch ausgerichtet sind, aber noch mehr, in denen starke soziologische, ethnologisch-anthropologische, politikwissenschaftliche, ökonomische und andere nichtphilologische Komponenten dominieren. Auf keinen Fall läßt sich eine internationale Tendenz ausmachen, in der moderne Ökonomie und Geschichte, darunter Zeitgeschichte, in philologische Institutionen organisch eingebunden wird. Auch unter diesen Aspekten sehen wir es als die vernünftigste Lösung an, die Erneuerung nicht auf Kosten, sondern unter Nutzung der vorhandenen Komplexität und des produktiven Potentials der Sektion ANW anzustreben.

Als problematisch erscheint uns auch die Art und Weise, in der mit dem Begriff der Tradition zur Befürwortung philologisch geprägter Strukturen umgegangen wird. Es bleibt unklar, welche Traditionen gemeint sind. Bezieht man sich auf Leipziger Traditionen, auf Traditionen einzelner Disziplinen im allgemeinen, auf bestimmte traditionelle Inhalte oder knüpft man an Auffassungen bedeutender Wissenschaftler an? Wie zweifelhaft ein selektives Vorgehen in diesem Zusammenhang ist, bezeugt eine in letzter Zeit häufig herbeigezogene Argumentation, die sich bei der Definition von Afrikanistik auf den deutschen Afrikanisten Diedrich Westermann beruft. Westermann hat relevante Afrikaforschung keineswegs auf Sprache, Geschichte und Kultur reduziert. Unter Bezugnahme auf keinen geringeren Anlaß als die Gründung des internationalen Afrika-Instituts in London führte er z.B. aus:

"Die Aufgabe des Instituts sollte zunächst darin bestehen, Vermittlungsstelle für alle Fragen der sprachlichen, völkerkundlichen und soziologischen Forschung in Afrika zu sein und so eine engere Verbindung zwischen wissenschaftlicher Arbeit und praktischen Aufgaben herzustellen." (Westermann, D., *Der Afrikaner heute und morgen*, Berlin u.a., 1937, S. 20)

Nicht das Anknüpfen an humanistische, demokratische und progressive Traditionen soll hier in Zweifel gezogen werden, sondern eine selektive Argumentation, zur Untermauerung einer sonst schwer sachlich zu begründenden Option.

Ebenso wenig einleuchtend ist auch eine in der Vorlage deutlich werdende Sichtweise, die bestimmte Disziplinen, darunter die Soziologie, als "die Regionen übergreifend" und "von den Mutterwissenschaften bestimmt" charakterisiert. Dies trifft im intendierten Sinne auf das Profil der Soziologie an der Sektion ANW nicht in größerem Maße zu als auf andere nichtphilologische Disziplinen, wie sich leicht an bisherigen Ausbildungs- und Forschungsleistungen ablesen läßt. Übergreifende, komparative Sichtweisen sind nicht spezifisch für bestimmte Disziplinen, es sei denn, das Profil von Lehrstühlen/ Lehrgebieten ist entsprechend geprägt, was aber - wie oben dargelegt - bei der Soziologie nicht in der unterstellten Einseitigkeit der Fall ist. Diesen Aspekt als Ausschließungskriterium im Falle der an den gegenwärtigen Lehr- und Forschungsbereichen Afrika und Nordafrikanahest betriebenen soziologischen Lehre und Forschung zu setzen, widerspricht im übrigen dem in diesen Bereichen mehrheitlich akzeptierten Verständnis von einer multidisziplinären Afrikanistik bzw. Orientalistik.

Die Auffassung, daß Soziologie und andere nichtphilologische Fachrichtungen konstitutive Bestandteile von Afrikanistik und Orientalistik bzw. von nach diesen Fachrichtungen benannten Instituten sind, schließt nicht aus, sondern im Gegenteil völlig logisch ein, daß

die Soziologie auch in einem Institut für Entwicklungsstudien ihren Platz hat. Dies näher zu begründen erübrigt sich jedoch hier, da es in diesem Punkt keine Differenzen zum Konzept der Kommission gibt. Ein Zusammenhang zu einer Definition von Afrikanistik, Orientalistik und anderen regional orientierten Disziplinen ohne Soziologie stellt sich dadurch jedoch nicht zwingend her.

Obwohl die Bemühungen der Kommission in dieser Hinsicht nicht bestritten werden sollen, fällt es doch insgesamt schwer, in dem vorgelegten Papier eine durchgängige, sachlich überzeugende Konzeption zu erkennen. In der Tendenz überschatten die vorgenommenen Fachrichtungskennzeichnungen und angestrebten Institutsgliederungen oder -hierarchien den Gedanken einer strukturell unterlegten komplexen Ausbildung und Forschung, die nur im Rahmen multidisziplinär zu definierender Hauptfachrichtungen und entsprechend zusammengesetzter Institute zu gewährleisten ist. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Kommission einen ernsthaften Versuch der Neuorientierung unternommen und in ihrer Mehrheit relativ einheitliche Absichten in diesem Sinne verfolgt hat. Was unserer Meinung nach jedoch nicht überzeugend ist, ist die angesichts der Bedeutung der ins Auge gefaßten Strukturveränderungen unabdingbare Zugrundelegung einheitlicher und analytisch stichhaltiger Rationalitätskriterien.

*Prof. Dr. sc. K. Ernst, Lehrstuhlleiter  
Doz. Dr. sc. J. Kunze, LFB Afrika  
Dr. phil. H. Müller, LFB Nordafrika/Nahost*

**Franz Nuscheler (Duisburg):**

**Integrierter Studiengang Regional- und Entwicklungsstudien an der Universität Leipzig (Diplom und Magister) [Juli 1991]**

**Erläuterungen** [zu nebenstehenden Übersichten]

1. Aufgrund der Größe des Studiengangs sollte er entweder als eigene Fakultät oder als Zentralinstitut organisiert werden. Die Organisations- und Leitungsstruktur richtet sich nach dem Hochschulgesetz des Freistaates Sachsen. Wichtig ist die Einrichtung eines mit Weisungsbefugnissen ausgestatteten Direktoriums, das die Integration des Studiengangs herstellen (u.a. die Verselbständigung von "Erbböfen" vermeiden) und das erforderliche Lehrangebot sicherstellen kann.

2. Die Besonderheit und Attraktivität eines neuen Studiengangs liegt in dem Versuch, ein Höchstmaß an Integration und Interdisziplinarität zu erreichen. Das Zusammenbasteln von Lehrangeboten aus verschiedenen Fakultäten funktioniert erfahrungsgemäß nicht, weil die Beständigkeit des Lehrangebots und vor allem das Interesse der Lehrenden für solche Serviceleistungen gering sind. Integration ist die Voraussetzung für den Aufbau von Graduiertenkollegs.

**I. Systematische Grundlagen (Entwicklungsstudien)**



**II. Regionalstudien (area studies)**

<b>1. Afrika</b> - Geographie/Ökologie - Ökonomie - Soziologie/Ethnologie - Politik - Geschichte	<b>2. Naher Osten</b> - Geographie/Ökologie - Ökonomie - Soziologie - Politik - Geschichte - Islam-Wissenschaft	<b>3. Lateinamerika</b> - Geographie/Ökologie - Ökonomie - Soziologie - Politik - Geschichte	<b>4. Südasien/Indien</b> <b>5. Südostasien</b> <b>6. Ostasien/ China</b> (mit entsprechender Fächerbeteiligung)
---	---	---	---

**III. Kulturwissenschaften (Literatur, Kunst, Religion) und Sprachen**

"Afrikanistik"	"Arabistik"	"Iberoamerikanistik"	entsprechend
----------------	-------------	----------------------	--------------

3. Die Integration des Studiengangs muß horizontal und vertikal organisiert werden: Die Studierenden sollen mindestens vier der Grundlagenfächer als Pflichtfächer und zwei weitere als Wahlpflichtfächer belegen, sich mit einer "Entwicklungsregion" intensiv beschäftigen, die Verkehrssprache(n) dieser Region erlernen. Unter den Grundlagenfächern sollten obligatorisch sein: Internationale Beziehungen (Nord-Süd-Beziehungen), Entwicklungsökonomie, Entwicklungspolitik und Entwicklungssoziologie.

4. Das umfassende Konzept der Integration geht davon aus, daß auch die Kulturwissenschaften und Sprachstudien (Arabistik, Afrikanistik usw.) in den Studiengang einbezogen werden. Liegt der Studienschwerpunkt auf diesem Bereich der Kultur- und Sprachwissenschaften, sind Regionalstudien (Ökonomie, Gesellschaft, Politik) als Nebenfach obligatorisch. Die Eingliederung der regional focussierten Kultur- und Sprachwissenschaften in den integrierten Studiengang wäre ungewöhnlich, aber sachlich geboten und für alle Beteiligten (Lehrende und Studierende) fruchtbar, weil die Region den übergreifenden Bezugsrahmen bildet.

5. Das Konzept geht davon aus, daß die Universität Leipzig den Großteil der erforderlichen Stellen aus eigenen Personalbeständen besetzen kann. Dies gilt sowohl für die Grundlagenfächer als auch für die beiden Regionen Afrika und Nahost. Eine Erweiterung der Regionalstudien, zumindest um Lateinamerika, wäre vorteilhaft. Außerdem sollte die Universität Leipzig das "abgewinkelte" Potential für die Region Indochina nutzen, für die im Westen eine Forschungslücke besteht. "Westimporte" sollten auf wenige "sensible" Bereiche begrenzt werden und auf das Forschungsmanagement konzentriert werden, um die internationale Kommunikations- und Wettbewerbsfähigkeit des Studiengangs zu verbessern.

6. Dieses Konzept unterscheidet sich von der von der Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften vorgelegten Studienordnung für einen Hauptstudiengang "Entwicklungsstudien" in einem wesentlichen Punkt: Es strebt nicht drei verschiedene Diplomabschlüsse (Entwicklungssoziologie, Entwicklungspolitik, Entwicklungsökonomie), sondern den Abschluß eines Diplomentwicklungswissenschaftlers im Sinne der interdisziplinär angelegten development sciences an. Ansonsten könnten wesentliche Teile der vorgeschlagenen Studienordnung übernommen werden. Allerdings müßten die "stammdisziplinären" Studienelemente zugunsten der interdisziplinären Studienelemente verringert werden. Ich warne vor einer allzugroßen Ausdifferenzierung der Abschlüsse, weil schon der Diplom-Entwicklungswissenschaftler ein Unicum wäre.

7. Praxisorientierte Zusatzstudien in Bereichen (z.B. Entwicklungsplanung, ländliche Entwicklung, gewerbliche Ausbildung), die auf dem "Expertenmarkt" nachgefragt werden, könnten die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Studiengangs verbessern. Allerdings muß vor allzu großen Hoffnungen gewarnt werden. Die Nachfrage dürfte vor allem von NGOs, Bildungseinrichtungen, Stiftungen und Universitäten kommen. Ein Praktikum in einem Land der Dritten Welt könnte auf jeden Fall die Berufschancen verbessern, ist allerdings nicht leicht zu organisieren und zu finanzieren (weil Programme wie ASA oder AISEC für eine größere Zahl von Studierenden nicht ausreichen).

8. Die Integration des Studiengangs bietet gute Voraussetzungen für den Aufbau von Graduierten-Kollegs, die von der DFG gefördert werden. Die Universität Leipzig könnte damit eine wichtige Funktion für die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses im

Bereich der Entwicklungswissenschaften übernehmen, die an anderen Institutionen abgewickelt werden; sie könnte also einen Schwerpunkt halten, den - wie es aussieht - die Universitäten in den neuen Bundesländern (wenn man von Berlin absieht) nicht mehr anbieten. Hochschulpolitisch wäre es sehr sinnvoll, im "Osten" einen solchen Schwerpunkt zu bilden.

*Franz Nuscheler, Prof. Dr., ist Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden an der Universität Gesamthochschule Duisburg*



SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM  
FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Der Minister

Aktion Toleranz

Dresden, den 19.03.92  
Bi/MI  
AZ: 3-7712.24-02/3

O - 7030 Leipzig

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem Schreiben vom 18. Februar 1992, das Sie an den Ministerpräsidenten, Prof. Dr. Biedenkopf, gerichtet hatten, bitten Sie darum, Leipzig als Standort einer drittweltbezogenen Wissenschaft zu erhalten.

Postanschrift Archivstraße 1  
0-8060 Dresden

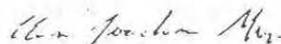
Fernsprecher (00 51) 59 82-0

Telefax (0051) 5 17 15  
(0051) 5 17 12

Wie Ihnen bekannt ist, vollzieht sich in diesem Jahr die Umgestaltung der sächsischen Hochschulstruktur auch mit der Absicht, innerhalb eines leistungsfähigen Wissenschaftssystems, das in der Zukunft vom Freistaat Sachsen finanzierbar sein muß, traditionsreiche Wissenschaftsdisziplinen zu erhalten und zu stärken. So trete ich jedem Versuch entgegen, Asien- und Afrikaforschung lediglich als philologische Disziplinen zu betreiben. Ausdrücklich wird die Erforschung von Geschichte, Kultur und Wirtschaft asiatischer und afrikanischer Regionen gefördert, es werden Probleme der Entwicklungsländer einbezogen. Auch im wirtschaftswissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Bereich wäre eine Orientierung einzelner Forschungsrichtungen auf afrikanische und asiatische Probleme denkbar, wobei während des Aufbauprozesses dieser Wissensschatzgebiete entsprechender Gestaltungsspielraum vorhanden sein wird.

Sie sprechen in Ihrem Brief auch die Zukunft des Instituts für tropische Landwirtschaft an. Zunächst möchte ich Ihnen zur Kenntnis geben, daß infolge des Rückgangs des Bedarfs an Agrarwissenschaftlern und nach Bewertung der agrarwissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig durch den Wissenschaftsrat empfohlen wurde, agrarwissenschaftliche Forschung und Lehre in Leipzig nicht fortzusetzen. Davon ist auch das Institut für tropische Landwirtschaft betroffen, dessen wissenschaftliche Basis für den vom Institut erhobenen Anspruch, Zentrum für die Agrarforschung für Entwicklungsländer zu werden, nach Binschätzung des Wissenschaftsrates nicht ausreichend ist.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Hans Joachim Meyer

## PUBLIKATIONEN seit 1989 zur ostdeutschen Entwicklungsländerforschung

*Der Rektor der Universität Rostock (Hrsg.):*

**Lateinamerika. Registerband zu den Jahrgängen 1 (1966) bis 24 (1989)**

[Lateinamerika war die Zeitschrift der Sektion Lateinamerikawissenschaften der (Wilhelm-Pieck-)Universität Rostock]. Zst. u. Bearb. Reiner Mnich/ Denise Kraetsch. Rostock 1990. 68 S.

*Marion Gebhardt (Hrsg.):*

**Institutionen der Asienforschung und -Information in der Bundesrepublik Deutschland (Stand 1990). Forschungsinstitute, Bibliotheken, Dokumentationsstellen und Archive** (Dokumentationsdienst Asien und Südpazifik, Reihe B, Band 2)

[mit einem 56seitigen Anhang von *Dietrich Reetz: Überblick über die wichtigsten Institutionen der Asien-Forschung und Asien-Information in der ehemaligen DDR und Berlin (Ost)*]. Hrsg. vom Deutschen Übersee-Institut, Übersee-Dokumentation, Referat Asien und Südpazifik. Hamburg 1991. 371 + X S.

*Hartmann, Angelika / Schliephake, Konrad (Hrsg.):*

**Angewandte interdisziplinäre Orientforschung. Stand und Perspektiven im westlichen und östlichen Deutschland. Ergebnisse eines Kolloquiums an der Universität Würzburg im Juni 1990** (Mitteilungen des Deutschen Orient-Instituts Bd. 41).

Hamburg 1991. 224 S.

*Reetz, Dietrich:*

**Die Entwicklungsländerforschung in der DDR nach der Wende: Veränderungen und Struktur** (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 7-1991). Köln 1991. 49 + III S.

*Hopfmann, Arndt/ Krause, Arnd/ Schilling, Hartmut:*

**Entwicklung und Abwicklung. Eine Dokumentation zu Entstehung, Werdegang und Beseitigung regionalübergreifender "Dritte-Welt"-Forschung und -Lehre an der (Karl-Marx-)Universität Leipzig.** In: UTOPIE kreativ, Heft 21/22, Juli/August 1992, S. 141-155.

## BERICHTIGUNG

In der Gegendarstellung von Frau Anne-Sophie Arnold, Kommissarische Gleichstellungsbeauftragte der Universität Leipzig (Heft 2/93, S. 38) ist beim Lay-out bedauerlicherweise ein Teil eines Satzes verlorengegangen. Punkt 2 der Gegendarstellung muß richtig lauten (der in Heft 2/93 fehlende Teil hier kursiv):

"Es entspricht **nicht** den Tatsachen, daß meine Stellung als Wissenschaftlerin an der Universität aufgrund der Mitgliedschaft in einer solchen Kommission [Strukturkommission - d.Red.] gesichert sei; ich bin lediglich seit 23.12.1992 mit der Wahrnehmung von Lehraufgaben bis zum 30.9.1993 beauftragt."

Günter Eiselt (Dresden):

**“Gewerkschaft Wissenschaft” - ein Modell für Deutschland?  
Die vertane Chance einer gebündelten Gewerkschaftsvertretung für den  
Bereich Wissenschaft, Hochschule und Forschung**

Als mich Ende 1992 die Bitte des verantwortlich zeichnenden Redakteurs von *hochschule ost* erreichte, in der Artikelserie “Wissenschaft Ost 1989/90” retrospektiv meine Erfahrungen als Vorsitzender der Gewerkschaft Wissenschaft zu schildern, kostete mich dies doch einige Entschlußkraft. Den Vorsitz hatte ich inne vom 27. Januar 1990 (außerordentliche zentrale Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft Wissenschaft, im folgenden Text “Erneuerungskonferenz”) bis zum 31. Oktober 1990, dem auf der zentralen Delegiertenkonferenz am 29. September 1990 (im folgenden Text “Auflösungskonferenz”) beschlossenen Auflösungsstermin. Die Einladung bemerkte, daß die Redaktion “bisher völlig den gewerkschaftlichen Aspekt der damaligen Entwicklungen und Auseinandersetzungen außer acht gelassen habe” und “dies gern noch reparieren möchte”. Ich fragte mich, ob das denn heute wirklich noch jemanden interessieren würde, von dokumentensichernden Historikern einmal abgesehen. Dann erinnerte ich mich aber der von einigen der damaligen Mitstreiter geäußerten Auffassung, man sollte doch jemanden finden, der das, was Mitglieder, Vorstände, Partner, Kritiker in den eigenen Reihen und von außen damals bewegen wollten, einmal aufschreibt. Diesem stattzugeben, aber auch, um heute bereits nachzulesenden Erfolgsberichten über die erfolgreiche und nunmehr so gut wie “abgeschlossene Erneuerung der Hochschulen in den ostdeutschen Bundesländern” einen angemessenen zeitlichen Abstand anzuempfehlen, habe ich mich dann doch zu diesem Beitrag entschlossen.

**Vorgeschichte**

Als die DDR-Bevölkerung massenhaft aufbrach, sich in Montagsdemonstrationen, Kundgebungen und Meetings friedlich das Recht auf Gründung neuer politischer Gruppierungen zu erzwingen, war dies von vielen, auch widerstreitenden Hoffnungen und Vorstellungen begleitet. Was heute schon als eine seltene historische Glückskonstellation für die Demokratisierung der

Gesellschaft und Revision der unglückseligen Teilung Deutschlands gewürdigt wird, war damals eine vage Hoffnung.

Ein Aspekt für das Individuum war, daß es sich darauf besann, daß es, falls im Arbeitsprozeß stehend, fast automatisch Mitglied im “Freien Deutschen Gewerkschaftsbund FDGB” war und sich nach Aufde-

kung der Privilegienpatronage in den verschiedenen Hierarchieebenen getäuscht, betrogen, belogen und mißachtet fühlte. Einerseits gedieh kollegiale Nähe, manchmal sogar wahre Mitmenschlichkeit am Arbeitsplatz trotz der von oben verordneten Wettbewerbspläne (für die man unter sich sowieso nur noch Spott und Camouflage bei der Berichterstattung hatte). Oder man verballhornte sprachlich einfalllose Begriffe, z.B. “Ökonomisch-Kultureller Leistungsvergleich” zu “Ökulei”.

Es stimmt: der Förderung durch Gelder des FDGB erfreuten sich Hochschulorchester, Amateurfilmstudios, Keramikzirkel, Laienkabarets, Folklore-Ensembles, Abonnementringe für Theater und Konzerte, vielfältige sportliche Gruppierungen - nun beschlich so manchen der Verdacht, daß das auch mit der Wahrung des gesellschaftlichen Friedens im Inneren, sprich der stillen Befriedung aufmüppiger kultureller und politischer Neugier in der falschen Richtung zusammenhing. Schließlich konnte sich kaum einer mit einer brauchbaren Ausrede der monatlichen “Marxistisch-Leninistischen Weiterbildung” entziehen (zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen waren alle Angehörigen des lehrenden Personals verpflichtet), und nur, wenn ein halbwegs moderater Kollege mit dieser unbeliebten Aufgabe betraut war, konnte man wenigstens etwas “Dampf ablassen”.

Richtig ist: dieser FDGB hatte einen umfangreichen Feriendienst, förderte Kinderferienlager und private Urlaubsaustauschprogramme mit ausländischen Partnerhochschulen und Forschungsinstituten, besaß sogar ein luxuriöses Kreuzfahrtschiff. Wie dessen Mitreisende ausgewählt wurden, war unter uns schon immer spöttische Kommentare wert, aber nun erfuhr man, daß sich die Spitze eben dieses FDGB in bestbewachten Häusern an exzellenten Standorten, ausgerüstet mit allen gesundheitsfördernden Apparaturen, erlesene

Speisen auf Meißener Porzellan servieren ließ, dazu frisch gepreßten Orangensaft und Krimsekt trank und dabei sicher keine Tischgespräche über eine bessere Interessenvertretung der Werktätigen = Mitglieder führte. Denn eines war dieser FDGB mit Sicherheit nicht: ein Gegengewicht gegenüber den Mächtigen.

Als sich im Herbst 1989 in den Arbeitskollektiven der Unmut in Protestschreiben Bahn brechen wollte und man dies nach ganz oben präzise zu adressieren versuchte, erinnerte man sich auch daran, daß man Mitglied einer Einzelgewerkschaft, z. B. der Gewerkschaft Wissenschaft, war. Ironischerweise mußte ich bei einer derartigen Initiative die Hilfe des Bezirksvorsitzenden in Anspruch nehmen, um den Namen des Vorsitzenden (ein Prof. Rinke) und die Adresse des Zentralvorstandes zu erfragen, denn die kannten keiner der vielleicht zwanzig am Tisch sitzenden Gewerkschaftsmitglieder.

So widerwärtig sich der damalige Vorsitzende des FDGB, Tisch, einer Auswechselung zu entziehen versuchte und jede Bewegung bremste - in den Einzelgewerkschaften hatte man begriffen, daß man wenigstens mit einem Auswechseln der ersten durch die zweite Reihe Bewegung vorzeigen mußte. Der Zentralvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft (im folgenden nur noch GW genannt) initiierte eine außerordentliche zentrale Delegiertenkonferenz für Ende Januar 1990. Die zweite Reihe der Funktionäre des Zentralvorstandes schwärmte ins Land aus, um den Wahlmodus für die Delegierten an Ort und Stelle zu erläutern, Anregungen für die zu erörternden Probleme aufzunehmen und nicht zuletzt gehörig Imagepflege für die eigene Person zu betreiben. In der Technischen Universität Dresden erlebte ich die Vorbereitung der außerordentlichen zentralen Delegiertenkonferenz so:

Am 9. Januar 1990 tagte eine turbulente

Delegiertenkonferenz in der Sektion Informationsverarbeitung: die alte FDGB-Sektionsgewerkschaftsleitung wurde zum Rücktritt gezwungen. Als kritische Geister innerhalb der Belegschaft bekannte Kolleginnen/Kollegen stellten sich einer geheimen Wahl, und geheim erfolgte auch die Wahl der Delegierten zur Delegiertenkonferenz

### Auibruch

Die Erneuerungskonferenz begann am 26. Januar 1990 im neuerbauten FDGB-Haus am Märkischen Ufer in Berlin. Die aufs Äußerste gespannte Atmosphäre endete sich das erste Mal an der Tagesordnung. Man wollte den Rechenschaftsbericht des bisherigen Vorsitzenden nicht hören. Die schriftlich vorliegende Fassung in den Kongreßpapieren "reichte" den Anwesenden. Allenfalls ein kurzes Statement wurde dem Vorsitzenden Rinke bewilligt. Dann liefen heftige Debatten über eine neue Satzung, gläserne Kassen, Aufdeckung von Machtmißbrauch und um ein Programm einer erneuerten GW, das diesen Namen auch verdiente.

Den Abend beschloß eine Zusammenkunft der jeweiligen Bezirksdelegationen mit der Kandidatensuche für den Hauptvorstand, den Vorsitzenden sowie zwei Stellvertreter.

Der zweite Konferenztag wurde offenkundig von Pressevertretern und Gästen aus den DGB-Gewerkschaften "Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft" (im folgenden GEW) und "Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr" (im folgenden ÖTV) besonders gespannt verfolgt. Ich wußte zu diesem Zeitpunkt nichts mit dem Interesse einer Lehrgewerkschaft GEW und ebensowenig mit dem Interesse einer als "Müllmännergewerkschaft" beleumundeten ÖTV an den Geschicken der Beschäftigten in den Universitäten, Hochschulen, Ingenieurhochschulen, Ingenieurschulen, Fachschulen, der Institute der Akademie der Wissenschaften, der

an der TU Dresden. Am 17. Januar 1990 stellten sich in der TU-Delegiertenkonferenz alle Kandidaten mit ihrer Biographie vor. Eine Anfrage nach früherer SED-Mitgliedschaft war ausdrücklich zugelassen, und schließlich wurde etwa die Hälfte der Kandidaten als Delegierte zur Erneuerungskonferenz in Berlin bestätigt.

wissenschaftlichen Bibliotheken und anderer wissenschaftlicher Einrichtungen (so der Organisationsbereich der GW) anzufangen. Ob die Gäste zu diesem Zeitpunkt bereits Auseinandersetzungen um ein altes Organisationsprinzip der Gewerkschaften: "Ein Betrieb, eine Einrichtung - eine Gewerkschaft!" im Zuge der acht Monate später zu bewältigenden Gewerkschaftervereinigung voraussahen, ist eine interessante Frage an die damaligen Augenzeugen. Der hier verwendete Begriff "Gewerkschaftervereinigung" scheint schwerfällig und wird zur Absetzung von einer "Vereinigung der Gewerkschaften" eingeführt. Zu letzterem ist es im Zuge des deutschen Einigungsprozesses de facto nur in einem Fall annähernd gekommen.

Soviel jedenfalls hatten die Delegierten schon gelernt; dieses Prinzip "eine Einrichtung - eine Gewerkschaft!" wollten sie hochhalten. Relativ ruhig erfolgte die geheime Wahl des Hauptvorstandes. (Besser: Sie war eine durch das Gremium in geheimer Abstimmung erfolgende Bestätigung der Kandidatenvorschläge aus den Bezirksdelegationen. Dieses Verfahren wurde als das derzeit bestmögliche akzeptiert, um den Hauptvorstand unter dem Aspekt einer gleichmäßigen regionalen Vertretung zu bilden.)

Spannend wurde es dann noch einmal bei der Wahl von Vorsitzendem/Stellvertretern. Die Zurückhaltung bei Kandidaturerklärungen brachte die Situation, die das "Szenario der Zweiten Reihe" bei "Erneuerungskongressen" in anderen DDR-Gewerk-

schaften nach meinen Beobachtungen häufig aufgehen ließ und auch hier probiert wurde. Wie es in diesen bewegten Zeiten nicht selten vorkam, wurden nun spontan aus dem Gremium weitere Kandidatenvorschläge gemacht. Diese würdigten zumeist eine lebhaftige Teilnahme an den vorausgehenden Debatten, waren aber nichtsdestoweniger auf absolute Newcomer gerichtet. So wurde im Falle der Kandidatur für den Vorsitzenden wenigstens die Auswahl aus einer Zweierliste möglich. Bei der Wahl von zwei Stellvertretern mußte allerdings eine Dreierliste ausreichen. Dabei schaffte es dann einer aus der "zweiten Reihe", was ich zuerst für vorteilhaft hielt, weil wenigstens dieser "den Laden von innen kannte" und sich an Ort und Stelle für loyal gegenüber dem neugewählten Vorsitzenden und der 1. Stellvertreterin erklärte. Ob der Nutzen schließlich den Schaden überwog, will ich hier nicht allein beurteilen.

Das neue Gespann war nun:  
Vorsitzender der GW: Dr.-Ing. Günter Ei-

### Lernen, was Gewerkschaftsaufgaben sind

Im Zusammenhang mit derzeit laufenden Beurteilungen der Selbständigkeit der DDR-Einzelgewerkschaften nach deren Erneuerungskongressen ist es delikat, daß sich die Gewerkschaft Wissenschaft noch vor dem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß des FDGB zu einer selbständigen, finanz- und tarifautonomen Gewerkschaft für den bereits oben beschriebenen Organisationsbereich erklärte.

Der einer Erneuerung des FDGB gewidmete außerordentliche Gewerkschaftskongreß vom 31. 1./1. 2. 1990 war von den Initiatoren offenbar recht mangelhaft vorbereitet worden. Weniger in der Organisation, der Unterbringung und Verpflegung. Die Klappen vorzüglich. Aber schon bei den Präliminarien drohte das Scheitern des Kongresses, da von einigen Delegierten die Fest-

stellung, Technische Universität Dresden, Sektion Informationsverarbeitung;

1. Stellvertretende Vorsitzende: Dr. phil. Larissa Klinzing, Humboldt-Universität Berlin, Sektion Marxismus-Leninismus;

2. Stellvertretender Vorsitzender: Dr. phil. Wolfgang Mallock, Referatsleiter im Zentralvorstand der GW in Berlin.

An das aus dem Stand von mir zu haltende Statement erinnere ich mich insofern, als ich Zustimmung zum Programm der Entwicklung der GW zu einer ernstzunehmenden Interessenvertreterin ihrer Mitglieder, zum Bekenntnis zu den Grundzügen einer von dieser Erneuerungskonferenz beschlossenen vorläufigen Satzung, zu einer neuen Beitrags- und Finanzordnung erhielt. Jedoch erntete ich merklichen Mißmut bei dem ausgedrückten Willen, auf eine Gewerkschaftseinheit in Deutschland hinzuwirken. Gern würde ich mir einige Passagen der Mitschnittbänder dieser zwei Tage noch einmal anhören, doch sie sind verschollen...

stellung der rechtmäßigen Mandatserlangung aller Delegierten gefordert wurde. Bei dieser war offensichtlich mit recht mäßiger Akkuratess vorgegangen worden. Da man den Schaden eines Abbruchs jedoch für größer hielt, wurde zähneknirschend fortgesetzt. Der Vortrag des Berichtes der Untersuchungskommission über die Machenschaften der FDGB-Oberen bis Oktober 1989 wurde mit lähmenden Entsetzen zur Kenntnis genommen. Entsprechend heftig forderten dann die Diskussionsredner die völlige Offenlegung des Vermögens des FDGB und dessen Übergabe an die durch neugewählte Vorstände legitimierte Einzelgewerkschaften. Der FDGB sei fürderhin nichts anderes als ein Dachverband nach dem Vorbild des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB. Das neue

Führungsgremium des Dachverbandes solle aus den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften, einem auf diesem Kongreß zu wählenden neuen Vorsitzenden und wenigen ebenso zu wählenden Ressortinhabern bestehen. Der riesige Apparat des FDGB sei umgehend drastisch zu verringern und der Feriendienst als selbständige Organisation abzutrennen. So wurde es beschlossen, und so konnte sich die Gewerkschaft Wissenschaft zum Dach des FDGB bekennen.

Die klugen Kritiker von heute halten uns vor, eine Selbständigkeit der Gewerkschaft Wissenschaft sei allenfalls durch ihren sofortigen Austritt aus dem FDGB deutlich zu machen gewesen. Damals hätte sich kein Mitglied zur damit verbundenen Aufgabe von Vermögensansprüchen an den FDGB bekannt. Dieses Vermögen wird heute "Altvermögen" genannt und ist auf Grund einer von der Unabhängigen Kommission zur Untersuchung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR behaupteten Zwangsmitgliedschaft der FDGB-Mitglieder zur Einziehung durch die Treuhandanstalt bestimmt. Zudem ist der Aufbau einer gewerkschaftlichen Infrastruktur ein Gewalttritt, der ohne massiven Einsatz von Finanzmitteln und bestens geschultem Personal gar nicht begonnen werden konnte und, wenn sofort begonnen, seine Zeit gedauert hätte. Die DGB-Gewerkschaften haben das dann exerziert.

Auf dem Kongreß erschien die Forderung nach einem Gewerkschaftsgesetz als eine tolle Errungenschaft. Wir konnten gar nicht verstehen, warum uns DGB-Gäste in Pausengesprächen beschworen, von dieser Forderung Abstand zu nehmen. Etwas später begriffen wir, daß die Wirksamkeit einer Gewerkschaft auf der Stärke der Willensbekundung und Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder und gesetzlich allenfalls auf der im Grundgesetz verbrieften Tarifautonomie besteht. Darüber hinaus bitte keine

Gesetzzessranken! Sollte sich damals jemand das Gewerkschaftsgesetz als goldenen Käfig eronnen haben? Bestens funktionierte das "Zweite-Reihe-Szenario" bei den Ressortinhabern. Sie versorgten wenig später ausgehebelte Funktionäre mit Stellen als Verwaltungsspezialisten. Wer also bei der Erneuerung einer Einzelgewerkschaft nicht zum Zuge gekommen war, offerierte ihr dann wenige Wochen später gepfefferte marktwirtschaftliche Preise für Mieten und Dienstleistungen namens der Vermögens- und Treuhandgesellschaft des FDGB.

Es klemmte bei einem Kandidaten für den Vorsitzenden. Wer dann über Nacht die bedauernswerte Helga Mausch als einzige Kandidatin aus dem Hut zauberte, ist auch heute noch eine Frage wert. Bedauernswert empfand ich sie, als sie mir Wochen nach ihrem Amtsantritt bei einem Spaziergang durch den Friedrichshain ihre Gewissensnöte bei dem schrecklich drastischen Personalabbau im FDGB schilderte. Ich hatte sie aus dem "Tischkasten" (Berliner Jargon für das noble FDGB-Haus am Märkischen Ufer), wie sie sagte, zum ersten Male wieder tagsüber an die frische Luft gebracht. Sie war die Gefangene im Zirkel derer, die ein genaues Konzept für das Überleben hatten.

In die letzte Phase des Kongresses war die Ankündigung des damaligen DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow wie eine Bombe geplatzt, daß sich die Regierung um eine Konföderation mit der BRD bemühen werde. Das war der letzte verzweifelte Versuch, die DDR als eigenständigen Staat noch eine Weile zu retten. Die Motive werden ziemlich von denen verschieden gewesen sein, die die Bürgerbewegungen für ebendiese Konföderation erwärmten. Das Erlernen der Demokratie an den verschiedenen Runden Tischen hatte etwas rührend Hoffnungsvolles an sich. Als ich Gerd Poppe am Abend seiner Ernennung zum Minister für besondere (gedacht aber

vielleicht für gar keine) Aufgaben spontan zu Hause gratulierte, empfand ich seinen Stolz, nun endlich zur Kenntnis genommen zu werden. Der war ihm zu gönnen. In Wahrheit war die Stimmung auf den Straßen schon vom "wir sind das Volk" in das "wir sind ein Volk" übergegangen. Das hatte ich als Augen- und Ohrenzeuge der Ansprache von Bundeskanzler Helmut Kohl am 21.12.89 vor der Ruine der Frauenkirche in Dresden deutlich mitbekommen. Doch wer konnte ahnen, daß der Weg zur staatlichen Einheit so schnell würde beschritten werden können? Und wer konnte ahnen, was uns die durch die weltpolitische Situation angeratene Eile an Unvollkommenheiten im Einigungsvertrag für Jahre danach an Fußangeln gelegt hatte.

Aber dies ist ein Vorgriff. Die erste Hauptvorstandssitzung der GW nach Erneuerungskonferenz und außerordentlichem FDGB-Gewerkschaftskongreß am 10.2.90 fixierte als dringendste Aufgaben: Neuwahlen in allen Gewerkschaftsgruppen und Einrichtungen, wo dies noch nicht geschehen war; Ausarbeitung der neuen Satzung; Umstellung der Beitragskassierung auf Listenkassierung mit sofortigem Verbleib von 60% des Beitrags in den Gewerkschaftsgliederungen der jeweiligen Einrichtung; Anlegen einer Mitgliederkartei; Ausgabe neuer Mitgliedskarten; Öffentlichkeitsarbeit; Schaffung von Bezirksgeschäftsstellen und damit Wegfall einer Funktionärebene. Dementsprechend waren die früheren Referatsleiter beim Zentralvorstand als Angestellte des Geschäftsführenden Vorstandes zur Sacharbeit verpflichtet worden. Innerhalb der ersten drei Wochen tat sich Phänomenales: Wen das Gewissen plagte, an der Malaise des FDGB mitschuldig zu sein, ging in seinen alten Beruf zurück oder wagte einen beruflichen Neuanfang. Das verdiente meine Achtung. Wer sich dazu nicht durchringen konnte, hatte dennoch verstanden, daß für ihn wohl die Tage im Keller anbrechen würden und such-

te die Geborgenheit bei seinen früheren Freunden, die es verstanden hatten, ihren Platz im Licht zu behaupten. Und dieses Licht strahlt für manche noch heute.

Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden gesucht und eingestellt. Sie begannen zum Teil mit großem Engagement ihre Posten auszufüllen. Eine ganze Weile dauerte es aber noch, bis der verdeckte Mitarbeiter der "Firma Horch und Guck" (DDR-Deutsch für Ministerium für Staatssicherheit) nach massiver Kritik an seinem Organisationstalent und der Liebe zum Alkohol aufgab. Ich wüßte gern, ob sich das kurzlebige Nachfolgeamt für Nationale Sicherheit, das Modrow zu errichten sich nicht verkriecht, wozu er aber möglicherweise auch massiv bedrängt wurde, jemals für mich interessiert hat. Gemessen an den Qualitäten dieses Spezialisten muß der frühere GW-Zentralvorstand ziemlich unverdächtig gewesen sein.

In den Februarwochen fanden in den Hochschulen, den Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften in Berlin Belegschaftsversammlungen statt, in denen der GW die Mithilfe bei der Kapung alter Seilschaften abgefordert wurde. Nicht überall hatte man so viel Courage, an den betriebsinternen Runden Tischen Rücktritte belasteter Leiter zu fordern und durchzusetzen. Ich empfand diese Wochen als eine Zeit unerhörter Freiheit. Die Demokraten der Tat und nicht des Palavers hätten sie wirklich revolutionär und dennoch unblutig nutzen können, wenn sie nicht so erschütternd wenige gewesen wären. Ich erinnere mich noch an meine stehende Redensart: "Ihr selbst seid die Gewerkschaft, nur was an der Basis durchgesetzt und durchgestanden wird, zählt! Habt Mut, probiert es, wer soll Euch jetzt daran hindern?". Ich erinnere mich an meine erste Mitarbeiterversammlung nach der Wahl in der heimatischen Sektion. Gegen solche Töne hatten einige Glücksritter

aus der Vergangenheit schnell das Lied von der akademischen Unantastbarkeit der Ordinarii auf den Lippen. Dabei waren sie selbst, und wußten es, mit Einervorschlag und richtigem Parteibuch nach SED-abgesegneten Kaderentwicklungsplänen berufen worden. Nun waren sie schnell parteilos geworden, gewissenlos waren sie eh schon gewesen. Aber auf ihre Ordination pochten sie und besetzten die entscheidenden Plätze in den neu gewählten Fakultätsräten, Senaten und Institutsleitungen. Sie nutzten ihre alten internationalen Verbindungen als Reisekader, um sich mehrwöchige, ja ganzjährige Studienaufenthalte im westlichen Ausland zu sichern. Die Kolleginnen und Kollegen fragten sich ohnmächtig, wer das vorbereitet, beschlossen und schließlich auch bezahlt hat. Ein Jammer, daß wir den Aufbruch des Herbstes 1989 so wenig verinnerlicht hatten und schon müde wurden, bevor wir so recht munter geworden waren.

Die GW nahm Verbindung zur Kammer der Technik, der Berufsorganisation der Ingenieure, auf. Thema: wer vertritt welche spezifischen Interessen der Mitglieder, und wie lassen sie sich benennen und abgrenzen. Einige Wochen später war ein ranghoher Vertreter des Vereins deutscher Ingenieure VDI in Düsseldorf sehr darüber überrascht, von mir nach vereinten Aktivitäten von VDI und DGB gefragt zu werden.

In der zweiten Hälfte des Monats Februar kamen die ersten Kontakte mit Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstands (im folgenden GV) der GEW zustande: Freundlichkeiten gepaart mit nützlichen kleinen Geschenken an Sekretariatstechnik. Nach dem "Erneuerungskongreß" der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung (GUE) am 24./25.2.1990, einem Musterbeispiel des "Zweite-Reihe-Szenarios", das ich als Gast ebenso wie Gäste der GEW beobachten konnte, wurde die Haltung der GEW-Spitze zur GW merklich anders als zur GUE. Diese sah sich bald den Attacken einer

Mitgliederabwerbung hin zu GEW-Gründungen OST ausgesetzt. Etwa zur gleichen Zeit hatte die ÖTV Mitglieder der GW in ihr Schulungsheim am Wannsee eingeladen, ohne vorher auch nur Kontakt zur GW-Führung zu suchen. So begann der Seitanz in die Vereinigung der Gewerkschafter, ob freundlich oder kühl.

Die nun schon dritte Hauptvorstandstagung der GW am 9./10. März 1990 einigte sich darauf, daß bis 1. April durch die neugewählten GW-Vorsitzenden in den Einrichtungen und die in der Region beheimateten GW-HV-Mitglieder die Personalauswahl für die Bezirksgeschäftsstellen getroffen würde. Die Entscheidungen fielen oft nur mit dünnster Mehrheit. Nach Hause geschickt wurde am Ende keiner. Nur an der Leipziger Universität wurden zwei alte Kameraden schlichtweg vergessen, da sie schon lange krank oder von der neuen GW-Leitung der Universität ignoriert worden waren. Die fällige Kündigung ihres Arbeitsverhältnisses wurde verabsäumt, ob bewußt oder unbewußt, war nie herauszubekommen. So fanden sich die beiden im Spätsommer als noch zu Kündigende auf der Liste wieder, zum Groll des Vorsitzenden und der Leipziger Mitstreiter in Sachen GW-Erneuerung.

Nach ihrer Bestätigung als Angestellte des GW-HV fiel es den ehemaligen Bezirksvorsitzenden teilweise sehr schwer, ihre neue Rolle in Bescheidenheit zu spielen. Leider gaben einige ihre Loyalität zum HV auf, um ihr persönliches Glück in der sofortigen Übernahme als Gewerkschaftssekretäre in eine DGB-Gewerkschaft zu suchen.

Die Wahlen zur (dann letzten) DDR-Volkammer am 18. März 1990 klärten, wohin die politische Entwicklung unter Führung der Block-CDU gehen würde, wenn auch nicht, wie schnell. Eine längere Wirkungsperiode der GW war nun zu bezweifeln. Dennoch übernahmen wir ein Schulungsheim in Feldberg/Mecklenburg, in dem bald die ersten neu gewählten Personalrä-

te staunend in ihre Rechte und Pflichten von erfahrenen Westkollegen der GEW eingeführt wurden. Nach einer Pressekonferenz des Vorsitzenden der GEW, Dieter Wunder, im Ostberlin kam es zur ersten Begegnung mit dem Vorsitzenden der GW. Kurze gegenseitige Statements zur Absicht, sich kennenlernen zu wollen, waren der Anfang eines Dialogs.

In der guten Absicht, den neuen Landesverbänden der GEW Ost im Hochschulbereich zu helfen, kamen die ersten persönlichen Ost-West-Treffen von GEW-GW-Mitgliedern zustande. Wir erfuhren nun, wie aus der 68er Studentenbewegung die Bundesassistentenkonferenz seinerzeit den Anschluß an die GEW, eine aus dem Deutschen Lehrerverein hervorgegangene Gewerkschaft, gefunden hatte und daß der Bereich Hochschule und Forschung sich bis heute schwertut mit dieser noch immer im feeling einer Standesvereinigung verhafteten Organisation. Jetzt wurden auf einmal Chancen sichtbar, als Bereich Hochschule und Forschung eine eigenständige gewerkschaftliche Vertretung zu schaffen.

Die ÖTV sah das ganz anders. Mit der GEW über einen in Berlin (West) abgebrochenen Streik der Beschäftigten in Kindertagesstätten im Hader, erklärte sie aus dem Mund ihrer Vorsitzenden, Monika Wulf-Mathies, im Ostberliner Büro: wir können das allein, wozu die GEW?

Schließlich besuchten mich honorige Herren der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft DAG. Warum nicht eine gewerkschaftliche Vertretung außerhalb des DGB anstreben? Der Vorsitzende der DDR-Gewerkschaft Gesundheits- und Sozialwesen,

Sigmar Treibmann, schlug dies seinem Hauptvorstand vor und scheiterte. Er trat zurück. Der Versuchsballon einer Befreiung aus etablierten Strukturen, auch aus dem FDGB, war geplatzt.

Die GW versuchte immer wieder, ihren Mitgliedern die Vorzüge einer Gewerkschaft für den Organisationsbereich Wissenschaft, Hochschule und Forschung zu vermitteln. Dazu nutzte sie die Schulung von Personalräten zu Fragen der Mitbestimmung, zur Frauenförderung und zur Tarifpolitik. Wir erkannten, daß wirksame Interessensvertretung in diesem für Gewerkschaftsarbeit eher untypischen Bereich sehr wohl dann möglich ist, wenn hochschul- und forschungspolitische Sachkompetenz vorhanden ist. Dann ist eine Gewerkschaft auch als Bündnispartner der akademischen Selbstverwaltungsgremien akzeptiert und hilft, die Kräfte im immerwährenden Kampf um effizientere Hochschulsatzungen, zeitgemäße Hochschulgesetze und vor allem um das liebe Geld zu bündeln. Je mehr wir Einblick in die Verhältnisse der überlaufenen westdeutschen Hochschulen erhielten, je deutlicher uns wurde, daß große Überschreitungen der Regelstudienzeiten und hohe Abbrecherquoten auch durch die Studienbedingungen zu erklären waren, um so besser verstanden wir, daß das westdeutsche Hochschulsystem von unseren westdeutschen Kollegen (und nicht nur Gewerkschaftern!) als dringend reformbedürftig angesehen wurde. Wir lernten engagierte Menschen kennen, die in höchste Hochschulämter gewählt oder bestellt worden waren und die gewerkschaftliche Aktivitäten durchaus z.B. mit ihrem Präsidentenamt an einer Universität zu vereinbaren wußten.

### Der Weg zur Gewerkschaftseinheit

Gewerkschaftseinheit wird hier als dritter Begriff für die Aufgabe der Vereinigungspolitik aus gewerkschaftlicher Sicht einge-

führt. Das zeigt indirekt, wie schwierig das Metier damals war und wie verschieden es angepackt wurde.

Auf Initiative der GW saßen Ende März die Vorsitzenden aller DDR-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zum ersten Male an einem Tisch, um ihre Verhandlungen mit der ÖTV zu koordinieren. Gegenstand von Beratungen im Ostberliner Büro der ÖTV oder beim HV in Stuttgart waren praktische Schritte zum mittelfristigen Hinüberwachsen der DDR-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in eine gesamtdeutsche ÖTV. Nach den mehr oder weniger gelungenen Erneuerungsprozessen hatten die Einzelgewerkschaften der DDR noch erstaunlich große Mitgliederzahlen. Verglichen mit den Mitgliederzahlen der Westgewerkschaften drohte eine Majorisierung durch Ostmitglieder, sollte es zu einer Vereinigung der Gewerkschaften durch Zusammenschluß kommen. Ob wir verlässliche Verhandlungspartner aus Sicht der ÖTV seien, darüber wird man wohl im GV der ÖTV in Stuttgart oft gestritten haben. Denn man fuhr eine Doppelstrategie: in den Bezirksstädten der DDR wurden Büros der ÖTV eröffnet, die die Gewerkschafter aufnehmen sollten, die von den, wenn auch erneuerten, DDR-Gewerkschaften nichts mehr hielten. Diesem verständlichen Ziel und der wünschenswerten Verbreitung dessen, was eine DGB-Gewerkschaft kann und will, näher zu kommen wurden aber zum Teil auch Mitgliederabwerbeaktionen mit zweifelhaften Methoden gestartet. Die Parallelstrategie des Hinüberziehens der Mitglieder in die ÖTV sollte nach hinreichender Zeit die DDR-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes von selbst verschwinden lassen. Dann hatte man die Mitglieder und brauchte keinerlei Zugeständnisse an die Übernahme von Funktionen zu machen. Mir machte bei den Verhandlungen vor allem Sorge, daß der Organisationsbereich Hochschule und Forschung innerhalb der riesigen ÖTV einen recht niedrigen Stellenwert hatte und sich das durch Beitritt von Mitgliedern der GW nicht entscheidend ändern würde. Selbstverständlich gibt es auch in der ÖTV

kompetente Persönlichkeiten aus diesem Bereich. Doch für das Maß an Aufwand gilt die Zahl an Mitgliedern innerhalb der Gesamt-ÖTV. Ein solcher Proporz wird diesem so sensiblen Bereich nicht gerecht.

Die Parallelstrategie wurde dann durch die Schnelligkeit der Entscheidungsfolge zur Herstellung der Einheit Deutschlands ineffizient, ja ironischerweise drängten schließlich einige Vorsitzende von DDR-Öffentlicher Dienst-Gewerkschaften in einer kritischen Pressekonferenz den GV der ÖTV zur Eile beim Aufbau der Strukturen im Osten. In der Situation des August 1990 die gewerkschaftliche sommerliche Arbeitsruhe wie in anderen Jahren zu pflegen, das konnten wir nicht verstehen. In Stuttgart galt die Aufforderung als das Äußerste an Aufmüpfigkeit der "Partner" im Osten.

Tatsächlich ist es später nur in Ausnahmefällen den Erneuerungsträgern in den DDR-Gewerkschaften gelungen, höhere Positionen in den dann gesamtdeutschen DGB-Gewerkschaften zu erringen. Der Weg einer Gewerkschaftsvereinigung wurden nur von der IG Chemie versucht, und zwar im Sommer 1991 (!) unter dem im DGB als rechts stehend geltenden Hermann Rappé.

Die Zusammenarbeit mit der GEW im Bereich Hochschule und Forschung gestaltete sich nach vielen Einzelbegegnungen auf der Ebene der Partnerländer wie auch des GEW-Fachgruppenausschusses Hochschule und Forschung bald vertrauensvoll-partnerschaftlich, ja freundschaftlich. Man "konnte miteinander", mochte sich, lernte zuhörnd und im Streit. Hier beflügelte Optimismus unsere Schritte in die Zukunft. Ein gemeinsamer Arbeitsauschuß GEW/GW zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit beriet den Weg zu Organisationsformen der gesamtdeutschen gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Hochschul- und Forschungsbereich. Unermüdlich in seiner Antriebskraft und mit immer neuen Ideen hat Gerd Köhler,

Referatsleiter Hochschule und Forschung und Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW, in Frankfurt/Main die gemeinsame Sache vorangebracht. Unser Vertrauensbonus bei der GEW war vor allem groß genug, daß wir aus den Quereilen der GEW-Landesverbandsgründungen Ost mit der DDR-Lehrergewerkschaft Unterricht und Erziehung herausgehalten wurden.

Zur gewerkschaftlichen Vereinigungspolitik auf der Ebene FDGB - DGB sei hier nur wenig vermerkt. Den Ergebnissen des FDGB-Erneuerungskongresses mißtraute man in Düsseldorf zutiefst. Da ein Wechsel des DGB-Vorsitzenden bevorstand, der reguläre nächste DGB-Kongreß für Mai 1990 lange vor dem Herbst 89 einberufen worden war, und intensive Vorbereitungen bis hin zu einer Diskussion der Organisationsstruktur des DGB liefen, verwunderte die abwartende Haltung des DGB zunächst nicht. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit traf sich mehr aus Höflichkeit mit der neuen FDGB-Spitze. Fahrt kam erst dann in die Sache, als der auf dem Erneuerungskongreß ausgebliebene Umsturz nachgeholt wurde, indem sich die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften der Bevormundung durch die Ressortinhaber im Dachverband und der von diesen kaltgestellten Vorsitzenden Helga Mausch politisch entledigten und einem "Sprecherrat der Gewerkschaften" die Leitung des Dachverbandes übergaben. Alle Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften wurden danach von Ernst Breit zum DGB-Gewerkschaftstag nach Hamburg eingeladen und endlich kamen auch Gespräche über die Grenzen der Partnergewerkschaften hinaus zustande. Der Kongreß hatte jedoch nicht die Kraft, neue Organisationsstrukturen und den Vereinigungsprozeß im Zusammenhang anzupacken. Das Erste wurde von der Tagesordnung genommen und verschoben, es stellt sich heute als immer dringender werdende Aufgabe dar. Das

Zweite wurde mit der damals allgegenwärtigen Unsicherheit in der Beurteilung der zeitlichen und inhaltlichen Konsequenzen aus der Situation der sich Bahn brechenden deutschen Einigung "andiskutiert".

Hätten aber nicht wenigstens die Vorsitzenden von ÖTV und GEW ein Zeichen setzen können und den Organisationsbereich Hochschule und Forschung nach jahrelangen fruchtlosen Ansätzen in der Zuordnung regeln können? Eine solche Vision schwebte den inzwischen leidenschaftlich für eine starke gewerkschaftliche Organisation eintretenden aktiven Kräfte der erneuerten GW vor. Die Verantwortlichen von ÖTV und GEW konnten nicht über ihren Schatten springen. Natürlich: es mußte schnell gehen, der 3. Oktober 1990 markierte das bevorstehende Ende der DDR und danach standen gewaltige soziale Probleme an. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften standen bei den DDR-Bürgern unter einem gewaltigen und sicher auch schon unerfüllbaren Erwartungsdruck. Dieser wurde von ÖTV und GEW bereits durch die Unfähigkeit enttäuscht, ein Fundamentalprinzip der Gewerkschaftsarbeit, eben jenes "eine Einrichtung - eine Gewerkschaft !" zu achten. Strukturen nach diesem Prinzip in dieser einmaligen Situation in allen Bundesländern endlich herzustellen, war die historische Chance für GEW und ÖTV für den Organisationsbereich Wissenschaft, Hochschule und Forschung. Sie ungenutzt verstreichen zu sehen, war eine bittere Erfahrung für die Mitglieder der GW.

Zur Hauptvorstandstagung der GW am 15./16. Juni in Feldberg folgten Dieter Wunder, Vorsitzender der GEW, und Wolfgang Warburg, stellvertretender ÖTV-Vorsitzender und zuständig für den Wissenschaftsbereich, der Einladung der GW, gemeinsam über die Gewerkschaftseinheit zu beraten. Herauskam, daß jeder die traditionellen Vorzüge seiner Gewerkschaft darstellte. Mit dem Werben um Mitglieder war damit

das Schlachtfest der GW eröffnet. Die stellvertretende GEW-Vorsitzende Britta Naumann, eine anerkannte Praktikerin der Gewerkschaftsarbeit, sagte danach, es sei schon gar nicht mehr interessant, in welche der beiden Gewerkschaften die GW-Mitglieder gingen, wenn sie nur überhaupt Gewerkschafter blieben. Die heutigen Mitgliederzahlen bestätigen ihre unterschwelligen Befürchtungen. Mehr noch: Gewerkschafter der GW, die in Hochschulen und Forschungsinstituten die ersten Personal- bzw. Betriebsratswahlen souverän gegen DAG und freie Listen aufgrund ihres hervorragenden Kandidatenangebots auf einer mehr formal so benannten GEW-ÖTV-

### Praktische Gewerkschaftsarbeit in den letzten Monaten der DDR

Die unmittelbaren Ansprechpartner der de Maizière-Regierung für die GW waren Bildungs- und Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer, zuständig sowohl für die Schulen wie für die Hochschulen, und Forschungsminister Frank Terpe, zuständig insbesondere für die in der Akademie der Wissenschaften konzentrierte Forschung.

Gegenüber Minister Meyer entwickelte die GW bald Gedanken zu einem Sozialtarifvertrag, der die zu erwartenden Folgen eines drastischen Personalabbaus in Hochschulen und Forschungsinstituten für die Betroffenen mildern sollte, selbstverständlich für die aus der Vergangenheit Unbescholtenen. Die Regierung beschloß zuerst die Abwicklung der Sektionen für Marxismus-Leninismus. Deren Angehörige hatten flächendeckend in alle Wissenschaftsbereiche die "einzig wissenschaftliche Weltanschauung" und den gesellschaftspolitischen Optimismus der "Sieger der Geschichte" hineinzutragen. Kein Promotionsverfahren lief ohne Nachweis des Studiums von tausenden Seiten der "Klassiker" und Prüfungen darüber. Ein Nichtbestehen riskierte keiner der Aspiranten, er wäre dann selbst mit der besten

Gemeinschaftsliste gewonnen, sehen sich heute einer zumeist von Stuttgart aus unterschiedenen Konkurrenzsituation mit allen damit verbundenen hämischen Anwürfen ausgesetzt, die selbst alte Freundschaften zerberechen läßt. Eine gemeinsame Liste dagegen würde eine Personenwahl bringen. Ein so gewähltes Personalratsmitglied darf sich sicher sein, daß es seinen Sitz ausschließlich durch das Vertrauen der Kollegen errungen hat. Getrennte Listen entstehen in ihrer Reihung unter Berücksichtigung ganz anderer Aspekte. Treue zur Gewerkschaftsliste und Belohnung mit einer zeitweiligen Unkündbarkeit sind nicht die letzten...

Dissertation etwa in Quantenphysik nicht zum Zuge gekommen.

Die "Fachkräfte" aus der ML-Sektion verabreichten auch die monatliche Rotlichtbestrahlung des Lehrkörpers, genannt ML-Weiterbildung. Kurz: sie waren als Institution gründlich verhaßt. Aus westdeutschen linken GEW-Kreisen wurde die Abwicklung damals vollmundig als Neuauflage der Berufsverbotspraxis gegen Kommunisten im Öffentlichen Dienst an den Pranger gestellt. Dem konnte der größte Teil der GW-Mitglieder nicht folgen und sah mit Entsetzen, daß sich dann beim Übertritt in eine der beiden Gewerkschaften GEW oder ÖTV eine politische Spaltung an dieser Argumentation festmachte. Ich hoffe, daß es heute an den ostdeutschen Universitäten noch immer möglich ist, einen Philosophen anzutreffen, der die Marx'sche politische Ökonomie und Lenins Revolutionstheorie lehrt. Für international renommierte philosophische Koryphäen war ja wohl die Abwicklung der ML-Sektionen nicht gedacht. Wie sich aber viele von deren Mitgliedern flugs noch vor Beginn der Abwicklung in andere Sektionen flüchteten, das demonstrierte den Überlebenswillen der Betroffenen.

Die GW saß mit am Ministertisch, als von akademischen Berufsverbänden die generelle Abberufung aller DDR-Professoren gefordert wurde. Eine solche blinde Radikalität lehnten wir, wie der Minister, ab. Daß es sehr schwierig werden würde, objektive Kriterien für schuldhaftes Verhalten in der Vergangenheit zu entwickeln, war allen am Thema Beteiligten klar. Uns schwebten Ehrengerichte akademischer Gremien vor, auch Regelüberprüfungen auf Staatssicherheitsdienst-Zu- und-Mitarbeit. Heute sind die Hauptpersonalräte, und damit Gewerkschaftsvertreter, auch an Kündigungsverfahren in Fällen, die eine weitere Beschäftigung im Öffentlichen Dienst nicht mehr zumutbar erscheinen lassen, beteiligt. Heute müssen sie eine übereifrige Ministerialbürokratie bremsen, die nicht verstehen will, daß ein Arbeitsrichter im Kündigungsprozeß beweiskräftige Fakten fordert. Dieselbe Ministerialbürokratie plant aber Millionen für Gerichtskosten ein und ist bereit, Vergleichen mit hohen Geldbeträgen zuzustimmen. Was dabei herauskommt, spricht jedem Bemühen Hohn, Recht und Gerechtigkeit unter einen Hut zu bekommen.

Der neugewählte Präsident der Akademie der Wissenschaften, der Mediziner Horst Klinkmann, bedankte sich bei der GW, die anlässlich einer internationalen Tagung die Öffentlichkeit durch ein Protestmeeting auf die Lage der Akademieinstitute aufmerksam machte. Das mag dazu beigetragen haben, daß sich nach anfänglicher Rede von der "Wissenschaftswüste DDR" die Kaltschnäuzigkeit einiger einflußreicher westlicher Evaluatoren bremsen ließ.

Die leiseren Stimmen der um Objektivität bemühten Fachleute äußerten sich nach ihren Evaluationen z.T. erstaunt über das Niveau von Methodik, Handwerkszeug und Improvisationskunst. Das Moratorium zur behutsamen Umstrukturierung und teilweisen Abwicklung der Akademie der Wissenschaften war ein greifbarer kleiner Er-

folg. Das Eingliederungsprogramm von AdW-Mitarbeitern in die Hochschulen war ohne die Rechnung der künftigen Wirte, der Landesfinanzminister, gemacht worden. Bis heute ist kein Rektor aus freien Stücken bereit, eigene Kräfte zu entlassen, um ehemaligen AdW-Mitarbeitern Versprechungen der letzten DDR-Regierung zu erfüllen.

Die GEW war auch geladen, als Anfang Juli (!) 1990 die DDR-Rektorenkonferenz zum ersten Male nach der Wende und zum letzten Male während ihres Bestehens an "traditionsreicher Stätte" in Gosen bei Berlin (in der ehemaligen zentralen Schule der Stasi) zusammentrat. Es war eine Konferenz, die in ihrer Zusammensetzung und ihrem Gestus so konservativ war, daß von ihren Köpfen wahrlich keine Hochschulerneuerung erwartet werden konnte. Das kann nicht nur am "genius loci" gelegen haben: in diesem Gremium war bis dahin wirklich so gut wie nichts passiert. In Erinnerung geblieben ist mir die Ansprache des Vorsitzenden der westdeutschen Rektorenkonferenz, Hans-Uwe Erichsen, der eine großzügige Geste der Aufnahme ostdeutscher Rektoren noch vor der Einheit offerierte. Und ich erinnere mich an geistvoll-ironische Redebeiträge des neugewählten Rektors der Ingenieurhochschule Mittweida, Reinhard Schmidt. In Mittweida hatte ein beherzter Lehrkörper und eine aufgeweckte Studentenschaft gehandelt, noch ehe sie von oben dazu aufgefordert waren. Im besten Sinne erwarben sie sich damit das Vertrauen, mit dem sie bereits im Sommer 1991 den Aufbau der ersten Fachhochschule auf ehemaligen DDR-Böden beginnen konnten.

Die etablierten Wissenschaftsvertreter waren damals so gut wie alle aus dem Holz kalt berechnender Karrieristen geschnitten, wie sie natürlich auch im Westen zu finden sind. Bei schnell heruntergespielter politischer Verantwortlichkeit für den Zustand von Hochschulen und Wissenschaft ver-

standen sich diese Herren schnell, vollständig und gründlich. Sie waren Webmeister für das Netz der ost-westdeutschen Seilschaften, das es offenbar vielen Kompromittierten auch in Zukunft noch möglich machen wird, ihre Karrieren ohne Knick fortzusetzen. Von persönlicher Integrität, von Einsichtsfähigkeit in ihre Verstrickungen in das vergangene System, gar von stiller Scham und einem Bemühen um Gesten der Wiedergutmachung will ich gar nicht reden angesichts einer politisch führenden Klasse, die von Börgerende bis Oberammergau sehr großzügige Ansichten von Vorteilsnahme und Verantwortung vor den Bürgern äußern.

Wir wußten: es wird zu massiven Entlassungen auch unbescholtener Fachleute aus Gründen von Stellenstreichungen kommen. (Die sprachliche Fassung "aus Mangel an Bedarf" ist so widerwärtig und heuchlerisch angesichts von Überlast und Anonymität des Massenbetriebs an den deutschen Universitäten, daß ich hier den genialen Deuter sprachlicher Vernebelung, Victor Klemperer, zitiere. Sein Motto war: "Sprache, die für dich dichtet und denkt...", Goethe.) Die GW handelte mit den Tariffachleuten der zuständigen Ministerien einen Sozialtarifvertrag unterschrittsreif aus. Die Unterzeichnung wurde am letztmöglichen Tag, den 30. Juni 1990, vom DDR-Innenminister Reichenbach untersagt. Einen Tag später galt infolge des Inkrafttretens der Währungsunion bereits BRD-Tarifrecht. Es dauerte dann bis Sommer 1992, daß Komponenten unseres damaligen Vorschlages in einen Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst Ost einfließen, z.B. Abfindungen.

Auch Koalitionen wurden gesucht. Die GW

### Das Ende und doch noch kein Ende

Am 29. September 1990 tagte die Zentrale Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft Wissenschaft als Auflösungskonferenz. Die

brachte im Mai 1990 das erste Treffen von Vertretern der DDR-Volkskammerfraktion der SPD mit Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften in der DDR zustande.

Die Reserviertheit der Ost-SPD gegenüber den erneuerten DDR-Gewerkschaften war massiv. Es lockerte sich erst gegen Ende ihrer Existenz anlässlich des Vereinigungsparteitags der SPD im September 1992 in Berlin.

Ich erinnere mich auch gern an einen Abend in Königswinter, wo ich mit Ulf Fink, dem Vorsitzenden der Christlichen Sozialausschüsse und dann schon stellvertretendem DGB-Vorsitzenden, im Kreise von Gründungsmitgliedern solcher Ausschüsse aus der DDR aktuelle Gewerkschaftsarbeit diskutierte.

Mit dem damaligen Gastprofessor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Leipzig, Kurt Biedenkopf, tauschte ich Gedanken zur Mitbestimmung in einer reformierten Hochschullandschaft aus. Zur verabredeten Fortsetzung des Dialogs kam es nicht mehr, da war er bereits aussichtsreicher Kandidat für das Amt des sächsischen Ministerpräsidenten.

Und die GW machte auch noch erste Erfahrungen in Tarifverhandlungen. Die Gesprächsführung oblag bereits der ÖTV, die das böse Spiel getrennter Tarifverhandlungen für Ost / West hinnahm. Auch hier liegt eine Zeitbombe für den sozialen Unfrieden, die von den Gewerkschaften schleunigst entschärft werden sollte, und sei es um den Preis einer schlimmen Prozentrelation in der unterschiedlichen Bezahlung Ost/West. Aber gemeinsam verhandelt und sofort für jedermann vergleichbar!

Gäste von GEW, Dieter Wunder, und ÖTV, Wolfgang Warburg, fanden freundliche Worte für das Erreichte. Die Vergabe unse-

res bescheidenen Neuvermögens fiel leicht: Sachwerte an die neuen GEW-Landesverbände Ost, Geldspenden für Kinder aus Tschernobyl, alles andere in Geldwerten an die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung zur Förderung arbeitsloser DDR-Wissenschaftler, Rückforderung des der GW zustehenden Vermögensanteils des FDGB.

Heutiger Stand: die GW in Liquidation ist von der Unabhängigen Kommission zur Untersuchung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR unter Sequester gestellt. Die Treuhandan-

### Rückblick und Ausblick

Die große Chance, 1990 eine einheitliche Gewerkschaftsstruktur für den Wissenschaftsbereich zu schaffen, wurde vertan.

Die gewerkschaftliche Interessenvertretung im Wissenschaftsbereich wurde entscheidend geschwächt.

Kommt es zur Organisationsreform der DGB, so plädiere ich für *eine einzige Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes*, deren Säulen dann relativ selbständige Sektoren wie kommunale und bundesstaatliche Ämter, Bahn, Post, Schulen, Forschungsinstitute, Universitäten, kommunale Dienstleistungen u.ä. sind (Vorbild: Österreich). Auf dem Weg dahin wünschte ich mir eine GEW, die sich vom Hickhack ums procedere, von lächerlichen Kleinkriegen

stalt muß jeden finanziellen Geschäftsvorgang genehmigen. Beide sind der Ansicht, daß der GW kein Altvermögen des FDGB zusteht und das restliche Geldvermögen erst freigegeben wird, wenn die Verrechnung mit Zahlungen, die die Vermögens- und Treuhandgesellschaft des Dachverbandes FDGB an die GW 1990 geleistet hat, stattgefunden hat. Dieses Geschäft verläuft langsam, was hauptamtliche Liquidatoren verständnisvoll hinnehmen, die ehrenamtlichen Liquidatoren der GW aber immer mehr verärgert, schwindet doch dadurch die Substanz dahin.

zwischen den Angehörigen der vier Säulen der GEW (Lehrer, Wissenschaftler, Sozialpädagogen, Weiterbildungsmitarbeiter) trennt und ihre tonnenschwere Berichtsflut eindämmt. Und ich wünschte mir eine bedeutend weniger zentralistische ÖTV, die nicht mehr in Stuttgart darüber entscheidet, ob an der TU Dresden DGB-Schwestergewerkschaften bei Personalratswahlen zusammenarbeiten sollen.

*Günter Eiselt, Dr.-Ing., Automatisierungstechniker und Prozeßinformatiker, war 1990 Vorsitzender der Gewerkschaft Wissenschaft in der DDR, bis Dezember 1992 an der Fakultät Informatik der TU Dresden, ist Hauptausschußmitglied der GEW*

Ilko-Sascha Kowalczyk (Berlin):

### Der Unabhängige Historiker-Verband (UHV)

#### 1. Entstehung und Zielsetzung

"Auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften herrscht eine erschreckende Situation. Jahrzehntlang erstickte ein ungenießbarer Brei aus Lüge und Halbwahrheit jede freie geistige Regung. Scholastische Albernheiten und abgestandene Gemeinplätze wurden als 'einzige wissenschaftliche Weltanschauung' ausgegeben. Pseudowissenschaftler schwangen sich auf den Richterstuhl marxistischer Allwissenheit und diffamierten in dümmlicher Arroganz ganze Epochen der modernen Geistesgeschichte. Während man sich über die Bücherverbrennungen der Nazis moralisch entrüstete, fand in der DDR vierzig Jahre lang unter der Diktatur der SED eine 'kalte Bücherverbrennung' viel größeren Ausmaßes statt." So begann der "Aufruf zur Bildung einer Arbeitsgruppe Unabhängiger Historiker in der DDR" [1], der am 10. Januar 1990 von Armin Mitter und Stefan Wolle der Öffentlichkeit übergeben wurde. Der Aufruf liest sich noch heute wie ein befreiender Aufschrei: Endlich konnte angeprangert werden, was schon längst gebrandmarkt gehörte.

Neben der knappen, aber kraftvollen Kritik an der DDR-Geschichtswissenschaft wurden in diesem Aufruf die Hauptaufgaben des Unabhängigen Historiker-Verbandes (UHV) formuliert: "Wir stellen uns der demokratischen Oppositionsbewegung in der

DDR zur Verfügung und wollen mit anderen unabhängigen Gruppen zusammenarbeiten. ... Wir wollen uns an der sachkundigen Sicherstellung und baldigen Auswertung der Akten von Staatssicherheit und SED beteiligen. ... Es geht um die Brechung auch des geistigen Machtmonopols der SED. Es geht um die Wiederherstellung der Würde eines Berufsstandes." Dieses Dokument setzte eine bis heute anhaltende Debatte innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft in Gang.[2]

Die DDR-Geschichtswissenschaft war innerhalb der Geistes- und Sozialwissenschaften der DDR nach der Herbstrevolution ein Sonderfall, weil eigentlich nur hier eine Diskussion über ihre Funktion in der SED-Diktatur erfolgte, weil nur hier die Auseinandersetzungen vorrangig zwischen ehemaligen DDR-Bürgern und -Bürgerinnen stattfanden und weil nur hier die Debatte vor einer großen Öffentlichkeit geführt wurde. Der UHV kann sich zugute halten, diese Diskussion eröffnet zu haben. Aber nicht nur das: Aus seinen Reihen kam auch die schärfste Kritik an der DDR-Geschichtswissenschaft. Armin Mitter und Stefan Wolle hatten bereits im Januar 1990 in ihrem Gründungsauftrag eindeutig und pointiert die Zustände auf dem Gebiet der historischen Forschung in der DDR so charakterisiert, daß auch heute, bei aller

Liebäugelei mit einer "Differenzierung der DDR-Geschichte"[3], an dieser Einschätzung vom UHV nichts zurückgenommen werden muß: "Die Legitimation, die ihr das Volk vom ersten Tag ihrer Machtergreifung an verweigerte, versucht die SED durch eine neue Geschichtsideologie zu ersetzen.

Die Grundlage hierfür bietet die moralische und intellektuelle Degeneration vieler Historiker. Natürlich haben die meisten Produzenten von historischen Entstellungen und leicht durchschaubaren Lügen nicht wirklich an deren Wahrheitsgehalt geglaubt. Aber sie sind an ihrer eigenen Verlogenheit moralisch und geistig zerbrochen. Wer sich jahrelang in die eigene Tasche lügt, verliert die Fähigkeit, einfach und klar zu denken... Wer ständig in scholastischen Kapriolen die historische Wahrheit verdreht, verliert die Fähigkeit, wissenschaftlich zu arbeiten. ... Wieder berufen sich viele auf einen angeblichen Befehlsnotstand."

Bevor der UHV offiziell gegründet wurde, hatten sich die Historiker-Gesellschaft der DDR und einige führende SED-Historiker zur Situation in der DDR-Geschichtswissenschaft geäußert.[4] In diesen Stellungnahmen war nur sehr vorsichtig Kritik geübt worden. Für die Mißstände wurden "Anderere" verantwortlich gemacht. Zwar hätte man selbst auch einiges mehr sagen können, als es geschah, aber letztendlich hätte man - so der Tenor - die engen Grenzen ausgeschöpft. Viele SED-Historiker dachten Ende 1989/ Anfang 1990 noch, daß die bevormundene SED-Macht lediglich durch eine reformkommunistische ersetzt werden würde, und einige der sogenannten "weißen Flecken" ausgetilgt werden könnten. Und wer, wenn nicht diejenigen, die diese bisher gehütet hatten, sollten sie verschwinden lassen.[5] Viele SED-Historiker waren zu ihren Posten gekommen, weil sie genau diese "weißen Flecken" entsprechend der SED-Doktrin hüteten. Jetzt, da ihr Brötchengeber verschwunden war,

wollten ausgerechnet sie es sein, die diese Flecken beseitigen, um damit abermals ihre Brötchen zu verdienen. Ja, es gab ferner Stimmen, wie die des Historikers für BRD-Geschichte, Michael Lemke, der sogar nur denjenigen das Recht einräumte, sich mit der DDR-Geschichte zu beschäftigen, die dies auch schon vor der Wende in der DDR taten![6] Zu solch einem Ansinnen gehörte (und gehört) schon eine bemerkenswerte moralische Unverfrorenheit.[7]

Doch die Rechnung der 'Blinden', die bis 1989 die sogenannten "weißen Flecken" nicht sehen wollten, ging nicht auf.[8]

Am 10. Februar 1990 fand in der SED-Parteihochschule "Karl Marx" die außerordentliche Mitgliederversammlung der Historiker-Gesellschaft statt. An diesem Ort, der nochmals die symbiotische Verknüpfung von SED und Geschichtswissenschaft symbolisierte, trafen sich knapp 600 Mitglieder, also etwa ein Viertel der Mitglieder der Historiker-Gesellschaft, um ihren Verband den gesellschaftlichen Ereignissen anzupassen. Dieser Versuch mißlang kräftig. Die während dieser Versammlung eingebrachten Anträge enthielten kaum etwas Neues. Brisante Themen wie die Rehabilitierung verfolgter Historiker wurden vertagt [9], die Frage nach politischer Unterdrückung und Verfolgung von Studierenden und Historikern innerhalb der Geschichtswissenschaft wurde überhaupt nicht aufgeworfen. Das neugewählte Präsidium gab ein gutes Spiegelbild der DDR-Geschichtswissenschaft ab. Der wissenschaftlich ausgewiesene Präsident (G. Vogler) setzte seine Unterschrift unter offizielle Schreiben, die politisch-motivierte Exmatrikulationen zur Folge hatten, einige Mitglieder gehörten zu den Mächtigen ihrer Disziplin im "Ancien Regimes" (W. Schmidt, J. Herrmann), andere waren als Scharfmacher bekannt (K. Pätzold), und noch andere haben nichts weiter getan, als artig, aus innerer Überzeugung und ohne wahrgenommene Einschränkung Ge-

schichte im Sinne ihrer Partei zu "produzieren". Und weil irgendetwas anders sein sollte als früher, wurden einige jüngere Kader hinzugezogen, die als Feigenblatt der neuen demokratischen Verhältnisse dienen sollten.[10]

Schon damals sind diese restaurativen Bemühungen scharf kritisiert worden. In der Diskussion meinte Stefan Wolle: "Die Versammlung erscheint mir wie eine Zusammenkunft von Damen vom Strich, die unter Leitung ihrer Zuhälter einen Sittlichkeitsverband gründen wollen." Der darauf einsetzende Tumult wurde von der demokratischen Forderung nach einer Abstimmung beendet. Die Anwesenden wurden befragt, ob für Wolle nicht ein Redeverbot angemessen sei. Doch die Zeit für Redeverbote war endgültig vorbei: Stefan Wolle durfte weitersprechen.

Als dann am 21. April 1990 der Unabhängige Historiker-Verband in Berlin gegründet wurde, waren die oppositionellen Kräfte unter sich. Der Präsident der Historikergesellschaft der DDR, Günter Vogler, war zwar erschienen, hörte sich die Verhandlungen aber lediglich bis zur Pause grimmig-schweigend an, um dann lautlos zu verschwinden.[11] Der Bruch innerhalb der Historikerschaft der DDR war spätestens hier endgültig, irreversibel und sichtbar.[12]

Auf der Gründungsversammlung waren sich die Anwesenden einig über die Ziele des neuen Verbands. Bewußt als Gegen gründung zum Verband der etablierten SED-Historiker, der Historiker-Gesellschaft der DDR, die sich zum 31. Dezember 1990 kläglich auflöste, initiiert, machte es sich der UHV zur Aufgabe, "die Freiheit der

## 2. Die Struktur und die Mitglieder

Der UHV wird von einem siebenköpfigen Vorstand geleitet, der alle zwei Jahre auf der Jahreshauptversammlung gewählt wird. Gegenwärtig gehören dem Vorstand

Geschichtsforschung und -lehre in Inhalt und Methoden zu fördern. Er setzt sich ein für die Befreiung der historischen Wissenschaft von jeder ideologischen Bevormundung, für den Theorie- und Methodenpluralismus, die Förderung bislang vernachlässigter Forschungsthemen." [13] Außerdem fördert der Verein insbesondere die Aufarbeitung der Geschichte der SBZ/DDR, setzt sich für einen demokratischen Zugang zu den Archiven der DDR ein und widmet sich der Geschichte der DDR-Geschichtswissenschaft, ihrer Institutionen und politischen Einbindung. Ein wichtiges Betätigungsfeld von vielen Mitgliedern des UHV war und ist die Tätigkeit in politischen und wissenschaftspolitischen Gremien zur Erneuerung und zum Wiederaufbau der historischen Lehre und Forschung in den neuen Bundesländern.

Immer wieder ist beklagt worden, daß die Historiker aus der DDR zur Umwälzung nichts beigetragen hätten.[14] Dies ist nur bedingt richtig: Denn einige Mitglieder des UHV waren aktiv an neuralgischen Punkten der Herbstrevolution tätig, andere gehörten zur Oppositionsbewegung der DDR. Nur, und insofern ist diese Aussage richtig, keiner gehörte zu den etablierten Historikern aus der DDR. Und doch haben gerade die zwei Begründer des UHV, Stefan Wolle und Armin Mitter, nicht nur aktiv Politik betrieben. Mit der Herausgabe wichtiger Dokumente des MfS aus dem Jahre 1989 haben sie sowohl auf innerwissenschaftliche Bedürfnisse wie auf massenhaftes Verlangen reagiert.[15] Allein diese 'schnelle' Publikation zeigte, daß es Historiker in der DDR gab, die nicht von der "stalinistischen Syphilis" (W. Biermann) befallen waren.

neben vier Historikern und einer Historikerin (Rainer Eckert, Andreas Graf, Armin Mitter, Isolde Stark und Stefan Wolle), ein Archivar (Ulrich Geyer) und ein Student

(Ilko-Sascha Kowalczyk) an. Der Verband begreift sich heute zwar nicht als Alternative zum "Verband der Historiker Deutschlands" (VHD), aber als eine notwendige Ergänzung. Beide Verbände kooperieren miteinander, was beispielsweise daran deutlich wird, daß Isolde Stark auch Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des VHD ist.[16] Ein wichtiger Unterschied zum VHD besteht darin, daß Studierende, Lehrer, historisch Interessierte und Archivare dem UHV beitreten können.

Mit vielen weiteren Verbänden und Initiativgruppen arbeitet der UHV zusammen. Dazu zählen zum Beispiel das "Bürgerkomitee 15. Januar", das "Antistalinistische Aktionskomitee" (Astak), die Umweltbibliothek oder die Ostberliner Geschichtswerkstatt.[17]

## 3. Die Diskussion um die DDR-Geschichtswissenschaft

Im September 1990 nahm erstmals eine größere Öffentlichkeit - auch innerhalb der Historikerkunft - vom UHV Notiz.[19] Bei der Podiumsdiskussion "Zur Lage der Geschichtswissenschaft in der DDR" [20] auf dem 38. Historikertag in Bochum kam es zu erregten Diskussionen, als Armin Mitter die DDR-Geschichtswissenschaft zum wiederholten Male einer harschen Kritik unterzog. Er sagte über die Historiker aus der DDR: "... sie haben nicht unter einer SED-Herrschaft gelitten, ... sie haben die SED-Herrschaft nicht nur ausgeübt, sondern sie haben sie auch intellektuell ausformuliert, sie haben einer ganzen Generation ein total falsches Geschichtsbild beigebracht, sie haben eine ganze Generation, wenn man so will, daran behindert, ein mündiger Bürger zu werden..."[21] Die Diskussion um die DDR-Geschichtswissenschaft wurde mit dieser Podiumsveranstaltung stärker ins öffentliche Licht gerückt. Dazu trugen nicht zuletzt die pointierten und zugespitzten Ausführungen Mitters bei.

Bei vielen weiteren Veranstaltungen wa-

Dem UHV gehören gegenwärtig rund 100 Mitglieder an. Die meisten stammen aus Berlin und zählen zu den Nachwuchshistorikern. Von Beginn an ist auch Westdeutschen und Ausländern der Eintritt möglich. Seit 1992 gibt der Vorstand für alle UHV-Mitglieder ein unregelmäßig erscheinendes Mitteilungsblatt heraus.

Das Dilemma des UHV ist unverkennbar [18]: Vielen Mitgliedern war vor der Wende aus politisch-ideologischen Gründen eine wissenschaftliche Karriere verwehrt geblieben. Nun, da die Gründe entfallen sind, fehlt ihnen die nötige wissenschaftliche Reputation. Die Marginalisierung vor 1989 ist die direkte Ursache dafür, daß viele auch seit 1989 am Rande stehen. Vielen ist der Sprung in die Profession noch nicht geglückt.

ren Vertreter des UHV anwesend. Hervorzuheben wäre noch ein deutsch-amerikanischer Historikerdisput im Dezember 1990 in Berlin. Damit diente erstmals nach dem Sturz der SED eine internationale Tagung allein der Auseinandersetzung um die DDR-Geschichtswissenschaft. [22] Weiter traten zum Beispiel auch auf dem Historikertag 1992 in Hannover, auf den Jahrestagungen der German Studies Association in Buffalo und Los Angeles, auf Tagungen der Evangelischen Akademie Loccum, auf Veranstaltungen des Ostkollegs, der Bundeszentrale für politische Bildung, der Historischen Kommission der SPD, auf der internationalen Konferenz der Historiker der Arbeiterbewegung in Linz und bei vielen Fernseh- und Radioveranstaltungen Vertreter des UHV auf.

Der UHV initiierte und förderte aber auch selbst Veranstaltungen, auf denen über die politische Funktion der DDR-Geschichtswissenschaft und über politische Verfolgungen und Repressionen an der Sektion Geschichte der Humboldt-Univer-

sität zu Berlin (HUB) diskutiert wurde. Am 10. November 1990 kam es im Senatssaal der HUB zu einer ersten Auseinandersetzung mit der Geschichte politischer Verfolgungen an der Berliner Universität überhaupt.[23] Die Veranstaltung wurde von einem Bericht des Direktors über die Verfolgungen eingeleitet.[24] Nach mehreren Stunden kontroverser Diskussionen zeigte sich, daß die meisten SED-Historiker, die Ende der sechziger/ Anfang der siebziger Jahre an politischen Repressionen (Gefängnis, Exmatrikulationen, befristete Relegationen) beteiligt waren, sich nur zu halbherzigen Entschuldigungen durchringen konnten. Die meisten der gestellten Fragen blieben unbeantwortet. Oftmals wurde sich mit einer Art Befehlsnotstand herausgeredet.

Aus diesem Grunde wurde vom Rektor eine Kommission eingesetzt, die diese Vorfälle untersuchen sollte. Die Ergebnisse konnten nur bedingt befriedigen, da viele Akten noch nicht aufgefunden waren, und sich die Beteiligten von damals auch in den individuellen Gesprächen sehr bedeckt verhielten.[25] An die Arbeit dieser Kommission knüpfte ein über mehrere Semester laufendes Forschungsseminar von Rainer Eckert und Stefan Wolle an.[26]

Im Wintersemester 1991/92 unterstützte der UHV die vom Studentenrat des Instituts für Geschichtswissenschaften der HUB organisierte Ringvorlesung "Geschichtswissenschaft - Heute". Die Reihe der Vorträge (Jürgen Kocka, Winfried Schulze, Otto Gerhard Oexle, Jochen Martin, Lutz Niethammer, Hans Georg Hockerts, Hermann Weber, Karin Hausen, Hartmut Zwahr, Wolfgang Küttler, Hans Mommsen) wurde von einer Podiumsdiskussion abgeschlossen, bei der neben Hans Ulrich Wehler, Winfried Schulze, Wolfgang Küttler und Hartmut Zwahr die UHV-Mitglieder Rainer Eckert und der Verfasser, der die Veranstaltung moderierte, teilnahmen.[27] Die

Veranstaltung war geprägt durch Spannungen, die sich zwischen den neuberufenen Professoren aus den alten Bundesländern und den einst repressierten Studierenden einerseits und den Historikern der alten Sektion Geschichte andererseits entwickelt hatten. Diesem Spannungsverhältnis ging dann auch eine öffentliche Diskussion am 8. Februar 1992 nach, die ebenfalls vom UHV und vom Studentenrat des Instituts organisiert worden war.[28]

Die ausgewählten Beispiele sollen zeigen, daß der UHV die Auseinandersetzung um die DDR-Geschichtswissenschaft zu seiner ureigensten Angelegenheit gemacht hat. Auch gegenwärtig wird diese Diskussion von seinen Mitgliedern weiter befördert, was sich in vielen Artikeln und Vorträgen manifestiert. Dies ist um so mehr erforderlich, als zunehmend im Westen wie im Osten versucht wird, dieser notwendigen Diskussion aus dem Weg zu gehen.

Dem kritischen Engagement des UHV ist es zuzuschreiben, daß die meisten etablierten Historiker der DDR in der Regel vermeiden, seine Existenz überhaupt nur zu erwähnen. Und wenn sie ihn schon erwähnen, dann in der Pose von Großinquisitoren, die ihre einstige Aufgabe verloren haben und nun alles ins Gegenteil drehen. Werner Röhr meint zum Beispiel mit Blick auf den UHV, daß er lediglich denunziativ Gesinnungsverfolgung und Abrechnung betreibt.[29] Außerdem wird dem UHV von Röhr und Genossen [30] immer wieder die rhetorische Frage gestellt, ob er seine Unabhängigkeit überhaupt hinreichend glaubhaft zu machen vermochte. Damit wird seine Entstehungsgeschichte völlig ignoriert, als sich der UHV von der etablierten Historikerkunft der DDR und dem SED-Staat abheben wollte. Dies soll vielmehr ein Hinweis darauf sein, daß der UHV Erfüllungsgehilfe und Abwicklungskumpen der westdeutschen "Großhistoriker" [31] und des dahinter stehenden Großkapitals sei.

#### 4. Das wissenschaftliche Engagement

Der zweite Arbeitsschwerpunkt des UHV besteht in der Förderung wissenschaftlicher Unternehmen, Konferenzen und Kolloquien vor allem zur Geschichte der SBZ/DDR. Die erste wissenschaftliche Konferenz des UHV "Archivwesen der früheren DDR - Bilanz und Perspektiven" fand am 15. Juni 1991 im Kongreßsaal der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße statt.[32] Die Problematik der Archive in der ehemaligen DDR war von Beginn an für den UHV eine der wichtigsten Themenkomplexe, mit denen er sich beschäftigte[33]. Dabei orientierte er seit seiner Existenz vorrangig auf zwei Punkte. Zum einen engagierte er sich für die Sicherung der Akten des MfS, der SED, der Blockparteien, der gesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Einrichtungen. Zum anderen wurde in der öffentlichen Diskussion immer wieder betont, daß für die kritische und wissenschaftliche Aufarbeitung der SBZ/DDR-Geschichte alle Archive gleichermaßen bedeutungsvoll sind. Insbesondere warnte der UHV davor, die Akten des MfS als alleinige Quelle für die DDR-Geschichte zu betrachten. Und auf noch ein Problem war - hier von Armin Mitter - hingewiesen worden: "Jede Verzögerung bei der Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit erschwert ... die tatsächliche Integration der ehemaligen offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter in die Gesellschaft." [34]

Die zweite wissenschaftliche Konferenz fand am 11./12. Januar 1992 zum Thema "Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft" statt.[35] Einige Beiträge dieser internationalen, äußerst

gut besuchten Tagung liegen mittlerweile in einem Sammelband vor. [36] Der Höhepunkt dieser Konferenz war eine Podiumsdiskussion "Nachrichtendienste im demokratischen Rechtsstaat?". Erstmals diskutierten Vertreter des Bundesnachrichtendienstes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit Kritikern von Geheimdiensten über die Legitimität dieser Einrichtungen in einem demokratischen deutschen Staat nach dem Fall der Mauer.[37]

Neben diesen großen Tagungen veranstaltete der UHV eine Reihe von kleineren Arbeitskonferenzen. Von diesen soll die gemeinsam mit der Historischen Kommission Berlin am 18. September 1992 zum Thema "DDR-Akten und Quellenkritik" erwähnt werden.[38] Bei diesem Workshop wurde versucht zu zeigen, was die verschiedensten Archive tatsächlich für die konkrete Forschung hergeben können.

Auch in Zukunft wird der UHV wissenschaftliche Konferenzen organisieren. Für 1993 plant er gemeinsam mit dem Land Brandenburg eine Tagung über sowjetische Speziallager in der SBZ/DDR. Außerdem wird gegenwärtig eine Konferenz zum 17. Juni 1953 vorbereitet, die im Juni stattfinden wird. Ebenfalls im Juni wird der UHV eine Tagung mitzubereiten und unterstützen, die der Treuhand gewidmet sein wird. Im nächsten Jahr will der UHV eine Konferenz zur Theorie und Praxis des Sozialismus durchführen, die der Frage nachgehen soll: "Ist der Sozialismus durch den real existierenden Sozialismus zur Kenntlichkeit gekommen oder bis zur Unkenntlichkeit entstellt worden?"

#### 5. Das wissenschaftspolitische Engagement

Neben den bereits geschilderten Aktivitäten kommt noch ein drittes Betätigungsfeld hinzu, welches sich zwar mehr über einzelne Mitglieder vollzieht, aber dennoch eng mit dem Namen und den Ideen des

UHV verbunden ist: das wissenschaftspolitische Engagement. Die von Mitgliedern des UHV ausgeübten wissenschaftspolitischen Funktionen können hier nicht alle aufgezählt werden. Aber um wenigstens

etwas von den Aktivitäten zu verdeutlichen, seien einige stellvertretend genannt.

Die Begründer des Verbands, Stefan Wolle und Armin Mitter, arbeiteten seit dem Sturm auf die Stasi-Zentrale in Berlin in verschiedenen Funktionen als Historiker bei der Auflösung der Staatssicherheit mit. [39] Sie waren Berater am großen Runden Tisch, zeitweilig Mitarbeiter des Ministeriums des Innern und zuletzt angestellt in der Gauck-Behörde. Aus dieser wurden sie im März 1991 fristlos entlassen, weil sie der veröffentlichten Meinung widersprachen, wonach Lothar de Maizière nicht inoffizieller Mitarbeiter des MfS gewesen sein sollte. [40] Weitere Mitglieder des UHV waren maßgeblich an der Auflösung des MfS beteiligt (z. B. Mathias Wagner als eingesetzter Chef des Stasi-Archivs).

Die Demokratiebewegung in der DDR brachte weitere Mitglieder des UHV in verantwortliche Positionen. So wurden zum

## 6. Ausblick

Anlässlich des Historikertags von Bochum 1990 erklärte Guntolf Herzberg für den Verband: "Einen UHV zu bilden, war nicht so schwer. Doch ein UHV zu sein, als solcher in der Wissenschaft und in der Öffentlichkeit präsent zu sein, übersteigt offensichtlich die Kräfte dieser kleinen Gruppe." [43] Nun, da mehr als zwei Jahre vergangen sind, kann diese Einschätzung kräftig relativiert werden. Die aufgezeigten Aktivitäten sollten als Beweis genügen. Aber die Feststellung von Herzberg besitzt insofern noch Aktualität, als daß die aktive Gruppe des UHV noch immer sehr klein ist. Es sieht gegenwärtig auch nicht danach aus, als sollte sich diese Gruppe in absehbarer Zeit erheblich vergrößern. Weder ist zu erwarten, daß Historiker aus den neuen Bundesländern den UHV unterstützen, noch zeichnet sich eine solche Tendenz durch Historiker aus den alten Bundesländern ab. Dabei gehören auch im vierten Jahr

Beispiel Rainer Eckert zum stellvertretenden Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte der AdW und Isolde Stark zum Mitglied des Runden Tisches der AdW gewählt. In die Expertenkommission zur Neukonzeption der brandenburgischen Gedenkstätten wurde Andreas Graf berufen [41], vorher war er Geschäftsführer des Medienkontrollrates. An der Umgestaltung und Neustrukturierung des Historischen Institutes der HUB beteiligte sich der Vf. als Mitglied der "Personal- und Strukturkommission des Instituts" und als Vertreter in der "Struktur- und Berufungskommission Geschichte", die gemeinsam von der Universität und dem Berliner Senat eingesetzt wurde. [42] Schließlich gehört Armin Mitter der Bundestags-Enquête Kommission "Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur" als Experte der Gruppe "Bündnis 90/ Grüne" an. An der Arbeit dieser Enquete-Kommission beteiligen sich weitere Mitglieder des UHV (z. B. mit Expertisen).

nach der Wende noch eine Reihe von ursprünglichen Aufgaben zu den aktuellen Problemen.

Die Diskussion um die DDR-Geschichtswissenschaft ist im wissenschaftlichen Sinne erst zaghaft begonnen worden. Bisher überwiegen gegenseitige Schuldzuweisungen. Die Debatte wurde bislang moralisch und politisch geführt. Die ehemals etablierten Historiker sind genaugenommen gar keine wissenschaftlichen Gesprächspartner in diesem notwendigen Diskurs. Sie können eigentlich nur als zu Befragende nützen, wenn sich der Geschichte der DDR-Geschichtswissenschaft methodisch auch mit der Oral History genähert wird. Die Archive werden für die Beurteilung der DDR-Geschichtswissenschaft bis jetzt kaum benutzt. [44] Hier sieht der UHV nach wie vor für sich eine wichtige Aufgabe. [45] Nachdem er es war, der 1990 die Debatte um die DDR-Geschichts-

wissenschaft eröffnete, und nachdem er es war, der sie durch die wohl provokantesten Beiträge am Leben hielt, will er es jetzt auch sein, der sie davor bewahrt, daß sie gänzlich versiegt.

Eine derartige Gefahr besteht aus mehreren Gründen. Der wichtigste ist wohl der, daß "es" keiner mehr hören will, daß "es" keiner mehr sagen will, ja, daß "es" zunehmend keinen mehr interessiert. Das ominöse "Es" waren die real herrschenden Zustände und Machtverhältnisse in der DDR, die absolute Gewaltherrschaft der SED, der Unterdrückungsapparat des MfS, des Mdl und anderer Organe sowie das millionenfache Mitmachen. Gegenwärtig besteht durchaus die Möglichkeit, daß Personen, die schon einmal zur DDR-Geschichte "forschten", abermals die DDR-Geschichte (um-) schreiben, in der das "Es" fehlt oder als lebenswert frisiert wird. Stefan Wolle brachte dies auf eine kurze Formel: "Diejenigen, die ständig auf Weisung der Partei die Geschichte umgeschrieben haben, schreiben nun ihre eigene Geschichte um." [46]

Mittlerweile schieben sich die seltsamsten Allianzen zusammen. Sie nennen sich nicht mehr "Allianz für Deutschland", ihre Ziele sind bescheidener. Die einen wollen Pfründe retten, die anderen wollen sie ergattern, und sie kämpfen doch Seite an Seite: Besitzstanddenken hier und die Jagd nach dem Beamtenstatus dort. Schon längst hat es sich eingebürgert, die Frage nach der politischen Vergangenheit als obsolet zu betrachten. "Nestbeschmutzer" ist der dafür gebrauchte Begriff. Nicht die Verursacher des Drecks im Nest werden verächtlich gemacht, sondern noch immer oder schon wieder die Wenigen, die sich um eine Reinigung bemühen.

Es gehört eben durchaus zu den heutigen Eigentümlichkeiten, daß sich ein Siegfried Prokop als "anerkannter Zeithistoriker" rühmen kann, ja, daß er auch als ein solcher gerühmt wird. Prokop ist dabei bei

weitem nicht der einzige, der seine moralische Integrität verloren hat, um Studierenden an einer Hochschule zu unterrichten, der aber dennoch mit allen Mitteln seinen alten Platz behaupten will. [47] Der UHV, der sich für die Rehabilitierung derjenigen einsetzt, denen in der DDR eine Ausbildung verweigert wurde, deren Karrieren abgebrochen wurden und die Berufsjahre verloren haben, ja, der für diejenigen einen erleichterten Zugang an Universitäten einklagt, die nicht das Abitur ablegen durften, wird es nicht hinnehmen können, wenn sich die Prokops an die erneuerten Universitäten zurückklagen. Es ist eine der Forderungen des Herbstes, denen sich der UHV noch immer verpflichtet fühlt: die, "die reine Lehre" vertraten, die, die Wissenschaft verrieten, die, die nur durch die SED zu Amt und Würden kamen, und die, die sich an politischen Repressionen und Verfolgungen beteiligten, haben an einer Ausbildungseinrichtung nichts mehr zu suchen.

Der spezifische Beitrag des Unabhängigen Historiker-Verbandes liegt also noch immer in der Beseitigung von Überresten des SED-Staates. Diese finden sich an Universitäten und Hochschulen ebenso wie in einigen dubiosen Neugründungen, bei denen nur schwer ersichtlich ist, woher die finanziellen Mittel für diese stammen. [48] Aber es geht ebenso um Rehabilitierungen, die in einigen Fällen leichter möglich wären, wenn nicht solche Einrichtungen wie zum Beispiel die Abteilung Bildung und Forschung der "Gauck-Behörde" hauptsächlich mit Westdeutschen und das Zentrum für zeithistorische Studien in Potsdam überwiegend mit stromlinienförmigen Ostdeutschen bestückt worden wären. Immerhin gab es schon frühzeitig Initiativen des UHV zur Bildung einer Forschungsstätte zur Geschichte der DDR. [49] Hätte dieser Anspruch verwirklicht werden können, wäre also für eine aus oppositionellen Kreisen stammende Idee Geld zur Verfügung gestellt worden, hätten hier auch einige einen Forschungsplatz erhalten, die

nach westdeutschem Muster jetzt lediglich Objekt der Forschung sind.

Der UHV wird sich auch weiterhin in der Diskussion zur SBZ/DDR-Geschichte, zur Geschichte von Diktaturen, ja, von jeglichen Unterdrückungs- und Ausbeutungssystemen engagieren. Es geht dabei um die Offenlegung von Mechanismen, die massenhaftes Fehlverhalten verursachten.

Die Auseinandersetzung, die Diskussion um die SBZ/DDR-Geschichte ist erst eröffnet worden. Noch lange sind nicht alle Fragen gestellt. Antworten sind bisher kaum auf die schon gestellten Fragen gegeben worden. Der Sturm auf die Archive hat gerade erst begonnen. Und noch immer gibt es eine Chance, die Armin Mitter schon im September 1990 anmahnte: "Es gibt die wohl einmalige Möglichkeit, durch radikale Aufarbeitung von 40 Jahren SED-Herrschaft wesentlich zur Weiterentwicklung des de-

mokratischen Bewußtseins in ganz Deutschland beizutragen." [50]

Rainer Eckert hat auf der Vollversammlung des UHV im April 1992 im Anschluß an Vaclav Havel eine Maxime an den Schluß seiner Ausführungen gestellt, die eine des UHV ist, aber längst nicht nur auf diesen gemünzt sein sollte: "Das Ziel muß es sein, 'in der Wahrheit zu leben', auch wenn diejenigen, die sich dafür einsetzen, immer wieder eigennützige Ziele unterstellt werden, um sie damit wieder in die Welt der allgemeinen Demoralisierung zu integrieren." [51]

*Ilko-Sascha Kowalczyk, Student der Geschichte, Ethnographie und Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin, ist Vorstandsmitglied des UHV*

Kontaktadresse: Unabhängiger-Historiker-Verband e. V., c/o Dr. Andreas Graf, Rheinsberger Str. 20, O-1058 Berlin

#### Anmerkungen:

[1] Erstmals abgedruckt in: Initial 1991/2, S. 190 - 191; auch in: Krise-Umbruch-Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90. Hrsg. R. Eckert, W. Küttler, G. Seeber. Stuttgart 1992, S. 160 - 161.

[2] Vgl. u. a. folgende Sammelbände: Krise-Umbruch-Neubeginn (neben den Dokumenten des UHV die Beiträge der UHV-Mitglieder B. Florath, A. Mitter, A. Graf, W. Brandes, S. Wolle, G. Herzberg, R. Eckert, I. Stark); Initial 1991/2 (neben den Dokumenten die Beiträge von B. Florath, S. Wolle, R. Eckert); Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR. Hrsg. K. H. Jarausch, Berlin 1991 (Beiträge von A. Graf, S. Wolle)

[3] Eine Formel die eigenartigerweise vor allem von denjenigen immer wieder ins Feld geführt wird, die in das frühere System der DDR involviert waren. Außerdem läßt sich oft nachweisen, daß diese Formel von vielen in der Diskussion um die SBZ/DDR-Geschichte vorgebracht wird, die den mühevolleren Weg durch die Archive scheuen, weil sie ohnehin immer wissen, wie alles gewesen ist.

[4] Vgl. z. B.: Wiss. Mitt. d. Hist.-Gesell. 1990/1 (Tagung des Präsidiums der Hist.-Gesell. vom 29. 11. 1989; Mitgliederversammlung vom 10. 2. 1990); Krise-Umbruch-Neubeginn: Für Offenheit in der Geschichtsforschung. Historiker-Gesellschaft der DDR gab Erklärung ab, in: Neues Deutschland (ND) vom 14. 11. 1989; G. Brendler: Besonnenheit zum Mut, in: Sonntag vom 19. 11. 1989 (Nr. 47); S. 2; Leserbrief von F. Klein an ND vom 6. 5. 1989, in: ebenda, S. 6; Historisches Erbe muß offen, ehrlich aufgearbeitet werden, in: ND vom 23. 11. 1989; Interview mit W. Schmidt und W. Küttler, in: Berliner Zeitung vom 21./22. 10. 1989; A. Laschitzka: Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden, in: ND vom 11./12. 11. 1989; Interview mit S. Prokop, in: ND vom 18./19. 11. 1989; Interview mit W. Wimmer, in: ND vom 25./26. 11. 1989; Auszug aus einer Erklärung des Zentralinstituts für Geschichte der AdW, in: Der Morgen vom 9./10. 12. 1989 und Sonntag vom 10. 12. 1989 (Nr. 50), S. 6; O. Badstübner: Klarer Durchblick, in: Junge Welt vom 15. 12. 1989; H. Bock: Die Erblast Stalins, in: Wochenpost 51/1989, S. 16 - 17; Interview mit H. Schützler und D. Nakath, in: Junge Welt vom 12. 1. 1990, 19. 1. 1990; Interview mit R. Badstübner und G. Benser, in: Berliner Zeitung vom 13./14. 1. 1990; J. John, W. Küttler, W. Schmidt: Für eine Erneuerung des Geschichtsverständnisses in der DDR, in: Einheit 44 (1989) 12, S. 1146 - 1151.

[5] Vgl. über die bisher aufgeführte Literatur hinaus die ersten beiden Stellungnahmen in den beiden wichtigsten Zeitschriften der DDR: R. Badstübner: Die Geschichtsschreibung über die DDR zwischen Krise und Erneuerung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG) 32 (1990) 4, S. 481 - 491; H. Heitzer: Für eine radikale Erneuerung der Geschichtsschreibung über die DDR, in: Ztschr. für Geschichtswissenschaft 38 (1990) 6, S. 498 - 509.

[6] M. Lemke: Flecken auf Klios Weste. Deutsche Zeitgeschichtsschreibung der DDR nach der Wende, in: Evangelische Kommentare 1990/10, S. 596.

[7] Der hier beklagte Zustand ist deutsche Realität. Da ja keinem verboten werden kann und soll, sich mit dem Thema seiner Wahl zu beschäftigen und sich auch dazu zu äußern, nehme ich mir aber ebenso das Recht heraus, dies wenigstens moralisch anzuprangern. Wenn Offiziere im besonderen Einsatz (Oibe) über den "Stalinismus", Inoffizielle Mitarbeiter des MfS die Geschichte der Denunziationen in der Nachbarschaft, SED-Funktionäre über das SED-Gewaltregime und Personen, die an politischen Verfolgungen beteiligt waren, über Dissidenz und Opposition in der DDR anfangen zu forschen, halte ich dies für eine moralische Verkommenheit und für eine abermalige Verhöhnung ihrer einstigen Opfer.

[8] Übrigens sind bis zu dieser Niederschrift (Februar 1993) kaum größere Arbeiten von Historikern aus der ehemaligen DDR erschienen, die tatsächlich auf fundierter Quellenbasis neue Erkenntnisse zur SBZ/DDR-Geschichte oder zur Geschichte des Kommunismus bringen und "weiße Flecken" tilgen. In dem neuen Buch von S. Prokop z. Bsp. (Unternehmen Chinese Wall, Frankfurt/Main 1992) werden seine Thesen aus früheren Arbeiten lediglich ins Gegenteil verkehrt; von neuem, aufregenden Material ist bei ihm keine Spur, so als gäbe es dies nicht.

[9] Vgl. dazu: Professor Dr. phil. habil. Günter Mühlhölzer rehabilitieren! (14. 3. 1990), in: Wiss. Mitt. d. Hist.-Gesell. 1990/1, S. 137 - 138.

[10] Vgl. die Mitgliederin: Informationen für die Mitglieder der Gesellschaft 1990/2.

[11] Es waren noch einige andere "Prominente" anwesend, die aber entweder schnell verschwanden oder schwiegen. Aus Westdeutschland waren neben dem Vorsitzenden des Verbandes der Historiker Deutschlands (VHD) auch einige Vorstandsmitglieder des VHD erschienen. Das Verhältnis zum UHV schilderte G. Vogler in einem Interview mit der Berliner Zeitung vom 28./29. 7. 1990.

[12] Vgl. G. Herzberg: Sollen linientreue Genossen DDR-Geschichte neu schreiben. Unabhängiger Historikerverband im Kampf gegen alten Wissenschaftsbetrieb, in: Berliner Zeitung vom 14. 11. 1990.

[13] § 2 der Satzung des Vereins vom 26. Januar 1991; ähnlich in der veröffentlichten Variante, in: Krise-Umbruch-Neubeginn, S. 170.

[14] Vgl. solche politisch-gegensätzlichen Autoren wie z. B.: R. Eckert: Zwischen den Scherben einer zerbrochenen Welt. Hoffnung auf einen Neubeginn: Die Probleme der Historiker in den neuen Bundesländern, in: Frankfurter Rundschau vom 2. 5. 1991; K. Pätzold: What New Start? The Ende of Historical Study in den GDR, in: German History 10 (1992) 3, S. 393.

[15] A. Mitter, S. Wolle (Hrsg.): Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS. Januar - November 1989. Berlin 1990, vgl. dazu: A. Mitter: Angst und Hilflosigkeit in den Köpfen. Die DDR-Vergangenheit wird zum Problem der Zukunft, in: Krise-Umbruch-Neubeginn, S. 108. Neben einer Vielzahl von Zeitschriften- und Buchartikeln zur Geschichte der DDR sei noch hingewiesen: E. Jesse, A. Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte - Politik - Gesellschaft. Bonn, Berlin 1992 (Beiträge von A. Mitter, S. Wolle, B.-R. Fischer); A. Mitter, S. Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993; vgl. dazu das Porträt von D. Sell: Dr. Stefan Wolle: "Bei uns im Osten ist doch mehr los." Bald neues Buch: "Untergang auf Raten" zur DDR-Geschichte, in: Märkische Oderzeitung vom 5. 2. 1993.

[16] Zu der Althistorikerin I. Stark vgl.: G. Herzberg, K. Meier: Karrieremuster. Wissenschaftlerporträts. Berlin 1992, S. 74 - 107.

[17] Vgl. die erste Publikation: Ostberliner Geschichtswerkstatt (Hrsg.): Alltäglicher Stalinismus. (Werkstatt Geschichte, Heft 1), Hamburg 1992 (Beiträge von R. Eckert, I.-S. Kowalczyk).

[18] Darauf hatte schon Guntolf Herzberg hingewiesen, vgl.: G. Herzberg: Der Unabhängige Historikerverband stellt sich vor, in: Initial 1991/2, S. 189 (Aktueller Nachtrag).

[19] Vorher gab es zwar auch schon Veranstaltungen, auf denen der UHV auftrat, aber die Wirkung war in der Regel regional begrenzt. Für Aufsehen sorgte im Mai 1990 eine Veranstaltung der TU Berlin, als sich Walter Schmidt auf dem Podium spreizen durfte und Mitglieder des UHV unter Protest den Saal verließen. Der Tagesspiegel schrieb danach: "Wieder ergriffen die das Wort, die es schon

lange hatte." Tagesspiegel vom 5. 5. 1990; vgl. auch: W. Sträter: In der Zunft der Historiker bewegt sich noch nichts, in: taz vom 11. 5. 1990.

[20] Vgl.: Bericht über die 38. Versammlung deutscher Historiker in Bochum, 26. bis 29. September 1990. Stuttgart 1991, S. 38 - 53; B. Seewald: Wie der Knöterich auf der Lauer, in: Die Welt vom 29. 9. 1990; G. Seibt: Schwert der Erkenntnis, in: F. A. Z. vom 1. 10. 1990; K.-H. Janßen: Die Abrechnung. DDR-Professoren auf der Anklagebank, in: Die Zeit vom 5. 10. 1990 (Nr. 41).

[21] Zit. in: Historische Orientierung und Geschichtskultur im Einigungsprozeß. (Loccum Protokolle 8/91), Loccum 1991, S. 334.

[22] Vgl. dazu Sammelband: Zwischen Parteilichkeit und Professionalität (Beiträge von A. Graf, S. Wolle); O. Harbauer: Intellektuelles Abenteuer mit einem passablen Ausgang, in: Berliner Zeitung vom 21. 12. 1990.

[23] Vgl.: G. Aly: Deutschstunde: Opfer so weit das Auge reicht, in: taz vom 17. 10. 1990; Offener Brief von Beatrix Herlemann: Ihre Entschuldigung nehme ich nicht an, Herr Pätzold!, in: taz vom 7. 11. 1990; G. Aly: "Als Mensch bleibst du einfach draußen", in: taz vom 14. 11. 1990; Leserbrief von R. Eckert und J. Judersleben, in: taz vom 26. 11. 1990; J. v. Flocken: Die reine Wahrheit oder nichts als lahme Ausreden?, in: Der Morgen vom 17./18. 11. 1990; M. Küpper: Die Zeit der reinen Appelle ist vorbei, in: Der Tagesspiegel vom 13. 11. 1990; M. Oehme: Der Fürsorge beim Fürsten der Geschichte, in: F. A. Z. vom 12. 11. 1990; J. Judersleben: Alles verloren?, in: Unaufgefordert (Die Studentenzeitung der HUB) Nr. 18/1990, S. 5; I.-S. Kowalczuk, S. Vollrath: Lange Schatten aus der Vergangenheit. Noch ein Beitrag zur Geschichte der Geschichte, in: ebenda, S. 6; Interview mit Rainer Eckert, in: die andere 2/1991, S. 15.

[24] A. Rüger: Kreuz zeigen. Das Institut für Geschichtswissenschaften arbeitet seine Vergangenheit auf, in: Humboldt-Universität, (1990/91) 10, 11, 12/13.

[25] Vgl. den Bericht von W. Wiese, I. Mannigel, I.-S. Kowalczuk, Th. Belz an den Rektor v. 5. 2. 1991; Ringsumher schweigen, in: die andere 5/1991, S. 14; Geschichte der Historiker, in: Berliner Zeitung vom 18. 2. 1991.

[26] Eine erste Dokumentation wird im Band 1 des Jahrbuches für historische Kommunismusforschung veröffentlicht. Vgl. weiter: R. Ekkert: Entwicklungschancen und -barrieren für den geschichtswissenschaftlichen Nachwuchs in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 17-18/1992, S. 28 - 34.

[27] Eine Publikation der Ringvorlesung einschließlich der Podiumsdiskussion ist für 1993 vorgesehen.

[28] Vgl. z. B. M. Claus: Die Alten und die Neuen. Wer soll an der Humboldt-Universität Geschichte lehren?, in: Wochenpost vom 13. 2. 1992, S. 6; M. Küpper: So sachlich wie langweilig. Nach einem Jahr: Neuer Gesprächsversuch der Humboldt-Historiker, in: Tagesspiegel vom 12. 2. 1992; I.-S. Kowalczuk: Historiker auf der Suche nach ihrer Vergangenheit, in: Zeitung der Humboldt-Universität (1991/92), S. 11.

[29] W. Röhr: Entwicklung oder Abwicklung der Geschichtswissenschaft, in: Initial 1991/4, S. 429; vgl. z. B. auch: ders.: Rezension, in: BzG 34(1992) 4, S. 117 - 119; K. Pätzold: Sich totstellen oder wehren? - Das ist die entscheidende Frage, in: ND vom 29./30. 12. 1990, S. 13 (bezeichnenderweise wurden die Reaktionen von B. Florath und dem Vf. weder beantwortet noch abgedruckt).

[30] Vgl. z. B. auch: G. Benser: Wenn es gestattet ist... Einwürfe zu Rainer Eckerts Ausführungen im Unabhängigen Historikerverband (UHV), in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK) 28(1992) 3, S. 474 - 476.

[31] So wurde der dem UHV seit kurzem angehörende Professor der HUB, H. A. Winkler, in einer Rundfunksendung des WDR Köln am 17. 12. 1992 bezeichnet. In dieser Reportage wurden u. a. neben den beleidigenden, falschen und verdrehenden Aussagen über H. A. Winkler die politischen Opfer des Historikers K. Pätzold verhöhnt, und dem "DDR-Experten" S. Prokop wurde fachliche Reputation angedichtet. Vgl. O. Köhler: Die Relegation der Geschichtswissenschaftler. Fallbeispiele von der Ostberliner Humboldt-Universität (Sendemanuskript).

[32] Vgl. den Bericht von U. Geyer, in: Der Archivar 45(1992) 1, Sp. 152 - 160; B. Seewald: Zwischen Kalkül und Schulgefühlen, in: Die Welt vom 19. 6. 1991; S. Haselberger: Datenschutz in den Archiven, in: Berliner Zeitung vom 19. 6. 1991.

[33] Vgl. z. B.: M. G. Ash, U. Geyer: The current situation in the archives of the new German states. In: Arbeitskreis Nachkriegsgeschichte, Winter 1991: 2 - 5; A. Mitter: Dossiers allein spiegeln nicht die

Vergangenheit, in: Das Parlament vom 3. 4. 1992, S. 13; S. Wolle: Die Akten der DDR-Archive - Giftmülldeponie oder Fundgrube für den Historiker, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 42(1991) 7, S. 428 - 435; ders.: Die vergiftete Gesellschaft. Das Stasi-Akten-Syndrom in der ehemaligen DDR, in: Transit. Europäische Revue 1991/2, S. 180 - 186 (auch in: History Workshop Journal 1992/33)

[34] A. Mitter: Angst und Hilflosigkeit in den Köpfen, S. 109.

[35] Vgl. u. a. die Berichte in: Deutschland-Archiv 25(1992) 4, S. 413 - 415; IWK 28(1992) 1, S. 97 - 103; G. Seibt: Die Stasi und ihr Volk, in: F. A. Z. vom 19. 1. 1992; E. H. M. Lange: Geheimdienste im Visier, in: Parlament vom 24. 1. 1992.

[36] B. Florath, A. Mitter, S. Wolle (Hrsg.): Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft. Berlin 1992.

[37] Vgl. z. B.: Klaus-Detlef Haas: Die geheimen, aber kontrollierten Dienste. Weltpremiere: BND-Chef-Auswerter tritt öffentlich auf - mit alten Hüten, Berliner Zeitung vom 14. 1. 1992.

[38] Vgl. den Bericht in: Deutschland-Archiv 25(1992) 11, S. 1202 - 1203.

[39] Vgl. dazu die Reflexionen von S. Wolle: Unendliche Geschichte, in: Die Weltbühne vom 13. 8. 1991 (Nr. 34), S. 1035 - 1037.

[40] Vgl. z. B. das Interview mit S. Wolle in: taz vom 6. 3. 1991; F. A. Z. vom 1. 3. 1991.

[41] Vgl.: Brandenburgische Gedenkstätten für die Verfolgten des NS-Regimes. Perspektiven, Kontroversen und internationale Vergleiche. Beiträge des internationalen Gedenkstätten-Colloquiums in Potsdam am 8. und 9. März 1992 und Empfehlungen der Expertenkommission zur Neukonzeption der brandenburgischen Gedenkstätten vom Januar 1992. Berlin 1992 (Beiträge A. Graf, R. Eckert)

[42] Vgl.: Erklärung des UHV zur Umgestaltung des Instituts für Geschichtswissenschaft der HUB, 21. 12. 1990; Erklärung zur Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Berlin zur Abwicklung von Fachbereichen der HUB, 18. 6. 1991; vgl. darüberhinaus zum Institut der HUB: I.-S. Kowalczuk: "Keiner hat heute das Recht, sich abzuwenden." Gedanken zum Institut für Geschichtswissenschaften am Ende des Semesters, in: Unaufgefordert (Die Studentenzeitung der HUB) Nr. 28/1991, S. 7.

[43] G. Herzberg: Zur Tätigkeit des Unabhängigen Historiker-Verbandes, in: Krise-Umbruch-Neubeginn, S. 243.

[44] Vgl. z. B. folgende Ausnahmen: P. Schäfer: Karl Griewank und die Jenaer Geschichtswissenschaft nach 1945. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 43(1992): 199 - 208; V. Didczuneit: "Für eine wirkliche deutsche Geschichte" - mit oder ohne Leipziger Geschichtswissenschaft? Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Instituts für Geschichte des deutschen Volkes an der Alma mater Lipsiensis, in: hochschule ost 7/1992, S. 5 - 15.

[45] Vgl. den Hauptbeitrag der Vollversammlung des UHV vom 11. April 1992 von R. Eckert: Vergangenheitsbewältigung oder überwältigt uns die Vergangenheit? Oder: Auf einem Sumpf ist schlecht bauen, in: IWK 28(1992) 2, S. 228 - 232.

[46] S. Wolle: Das Versagen der Historiker, in: Krise-Umbruch-Neubeginn, S. 232.

[47] Prokop war bis 1991 Professor für DDR-Geschichte an der HUB. Er wurde wegen mangelnden Bedarfs, fachlicher Nichteignung und der fehlenden persönlich-moralischen Integrität nach den Vorgaben des Einigungsvertrages gekündigt. Seine Kündigung war eine derjenigen, die völlig unumstritten erfolgten. Die Arbeitsrichter sahen dies anders, nicht zuletzt aufgrund seiner Selbstdarstellung, so daß er sich in erster Instanz und später auch in zweiter Instanz wieder einklagen konnte (vgl. Neues Deutschland vom 31. 3. 1993, S. 4). Zu Prokop vgl. auch: H. Weber: Die Wandlung der SED und ihre Rolle im Parteiensystem 1945 bis 1950, in: Deutschland-Archiv 26(1993) 2, S. 256 - 257. Zur Zeit der Niederschrift dieses Textes wurde gerade der Prozeß in der zweiten Instanz vorbereitet.

[48] In den letzten zwei Jahren wurde immer wieder in der Öffentlichkeit beklagt, daß die Geschichtswissenschaften der DDR plattgemacht und der überwiegende Teil ihrer Vertreter aus ihren Fächern gedrängt wurde. Aus diesem Grunde versucht der UHV eine Studie zu initiieren, um einmal anhand der Historiker genau festzustellen, wie der Arbeitsmarkt tatsächlich beschaffen ist. Nach unserer Beobachtung sind nämlich die wenigsten Historiker tatsächlich von der Arbeitslosigkeit betroffen.

[49] Vgl. z. Bsp.: Aufruf zur Bildung einer Forschungsstätte zur Geschichte der DDR und ihrer Repressivorgane, in: Krise-Umbruch-Neubeginn, S. 105 - 106.

[50] A. Mitter: Angst und Hilflosigkeit in den Köpfen, S. 110.

[51] R. Eckert: Vergangenheitsbewältigung oder überwältigt uns die Vergangenheit, S. 232.

Michael Daxner (Oldenburg):

### Präsident, Rektor, Chef, oder was?

1.

Ich bin Präsident einer Universität. Wenn mich Kollegen, vomehmlich aus dem neuen Osten ansprechen, verirrt sich häufig die Anrede "Magnifizenz" in ihre Sprache, was ich leise und höflich zurückweise, mit einem Lächeln. Der reale Sozialismus hatte seine Vorstellung vom Erbe wohl etwas daneben plaziert.

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat die Hochschulgesetzgebung Ost schnell der gesetzlichen Realität West anzugleichen versucht, unnötig schnell, wie ich meine, aber das gehört nicht hierher (vgl. Schramm 1993). Ein Problem, von dem man meinen sollte, es sei kein vordringliches, beschäftigt offenbar die Gemüter: sollen die Universitäten und Hochschulen von Rektoren und Präsidenten geleitet werden? Was ist das Problem dabei, und warum gehen wir darauf ein, wo doch die Reform und vielleicht gar die Neukonstruktion des Hochschulwesens an der Tagesordnung ist?

Schnelle Antworten: Es stehen Tradition gegen Modernisierung, Ehrenamtlichkeit gegen Professionalisierung, Innenwelt der Lebenswelt Hochschule gegen Außen-

wahrnehmung der Anstalt, Unsicherheiten im Begriff der Leitung usw.

Es ist auch mein Problem, aber ganz anders, als es die aktuelle Politik will. Wenn mein Alltag als Präsident es zuläßt, so um die 12 - 14 Stunden am Tag, dann schreibe ich seit längerem an einer Theorie der Institution Universität. Und dabei spielt die "Leitung" plötzlich historisch und systematisch eine Rolle, die ihr in der Aktualität der Auseinandersetzung jedenfalls auf der Oberfläche des Diskurses nicht zukommt. Mit allen schnellen Antworten, siehe oben, korrelieren meine Gedanken, und auch mit Assoziationen von Autonomie, Selbstverwaltung, Entstaatlichung, Öffentlichkeit - und Verantwortung. Dann wieder der Alltag als Präsident. Ich bin "gerne" Präsident in dem Sinn, als ich mich um das Amt beworben habe, einmal nach 6 Jahren wiedergewählt wurde, und als ich den Übergang von der Rektoratsverfassung zur Präsidialverfassung an meinem höchst personalen menschlichen Vorbild Manfred Horstmann in Osnabrück mitverfolgen konnte, als Freund, hochschulpolitischer Aktivist und sozialwissenschaftlicher Analytiker. Also erwarte man in diesem kleinen Essay auch einiges an subjektiver Wertung und Erfahrung.

2.

Zunächst einige juristische Hinweise. §62 HGR spricht von der Leitung der Hochschule, nicht von Rektor oder Präsident. Die Landesgesetzgebung füllt diesen Rahmen aus und läßt sowohl Präsidial- als auch Rektoratsverfassungen zu. Im (nicht nur für mich) maßgeblichen Kommentar (Denninger 1984) stellt Lüthje fest, daß der Regelfall des HGR die Präsidialverfassung ist und die Rektoratsverfassung eine Ausnahme darstellt, während die kollegialen Leitungen beider Spielarten demokratische Erweiterungen darstellen (Rz. 5). Die Präsidialverfassung wird aus der Hauptberuflichkeit abgeleitet.

In der Ausgestaltung der Ländergesetze gibt es eine solche Vielfalt von Mischformen, daß es sich nicht anbietet, sie hier aufzuzählen. Aber das Prinzip ist zugleich ideologiekritisch und pragmatisch zu untersuchen, bevor funktionalistische Urteile angebracht sind.

Hauptberuflichkeit war lange Zeit nicht das wichtigste Attribut des Hochschulleiters. Wohlgermerkt, wir reden von der DEUTSCHEN UNIVERSITÄT, in anderen nationalen Systemen hat sich die Leitungsfrage erheblich anders gestellt und entfaltet. Nun ist Hauptberuflichkeit anscheinend dann nicht wichtig, wenn a) die Kollegialorgane per Mandat das Wichtigste im Ablauf des geregelten Wissenschaftsprozesses durch Entscheidungen beschließen, und b) der Staat den Rahmen und die Abläufe dieses Prozesses vorformulieren und bestimmen kann. Soweit das Berufsrecht für Professoren, die finanzielle Zweckbindung, die Genehmigung von Prüfungsordnungen, die Einheitlichkeit des nationalen Hochschulwesens und die Verbeamtung des hauptberuflichen Lehrkörpers im Lauf der Geschichte immer stärker verwaltungsstaatlich geregelt werden, ist das logisch. Der Rektor wurde vom primus inter pares

des Kollegiums zum Sachwalter der autonomen Sphäre (der "akademischen Angelegenheiten" im Sinne der Selbstverwaltung), abgegrenzt von den staatlichen Aufgaben (vgl. § 58 HRG, Denninger 767 ff.). Die entscheidende Neuerung des HRG findet sich in §58 Abs. (3): "Die Hochschule erfüllt ihre Aufgaben, auch soweit es sich um staatliche Angelegenheiten handelt, durch eine Einheitsverwaltung." (Herv. von M.D.) Dahinter verbirgt sich der reformatorische Versuch, die getrennten Sphären Wissenschaft - Staat zusammenzuführen, und sei es durch die Leitungsspitze: Der Leiter der Hochschule ist nun auch hauptberuflicher Leiter der Verwaltung, was im traditionellen Rektor/ Kanzler-Dualismus nicht der Fall ist. Damit wird implizit "zugegeben", daß die Institution Hochschule ambivalent konstruiert war bzw. ist, mit einer nicht abgrenzbaren, aber legal abgegrenzten Sphäre des "Staatlichen" gegenüber dem "Akademischen", auf welches letzteres der Art. 5 Abs. 3 GG besonders gemünzt scheint. Diese Ambivalenz ist aber tiefgreifend: Der § 58 Abs. 1 definiert Hochschulen als Körperschaften des öffentlichen Rechts und zugleich staatliche Einrichtungen. Dieser unscharfe Rechtsbegriff der staatlichen Einrichtung (vgl. Lüthje a.a.O. Rz. 24-26 zu §58) ist jedoch juristisch weniger bedeutsam als in der realen staatlichen Machtpolitik gegenüber der Wissenschaft, insbesondere gegenüber den Hochschulen - in Deutschland praktisch vollständig in staatlicher Trägerschaft. Der Staat agiert wie ein Privatbesitzer, obwohl er nach der Verfassung einer demokratischen Republik eigentlich nur als Sachverwalter der Eigentümer (d.h. im weitesten Sinn der Bevölkerung) agieren dürfte (vgl. Daxner 1991). Ich belasse es bei diesen Hinweisen rechtlicher Natur, sie sind für eine gesetzliche Ausgestaltung von großer Bedeutung, nicht aber für die Entscheidung über die Leitungsverfassung einer Hochschule.

### 3.

In stark vergrößerter Weise können die beiden Leitungsfiguren wie folgt beschrieben werden:

Der Rektor ist der akademische Repräsentant der Hochschule. Er verkörpert die "herrschende Wissenschaftsauffassung" der von ihm geleiteten kollegialen Organe (Mandate) mit dem Anspruch der Repräsentanz der Mehrheit in der Institution. Er agiert politisch in den Forderungen und Erwartungen an Staat und Öffentlichkeit (nach außen) und koordiniert die akademische Willensbildung nach innen (Profil). Dadurch, daß er gar keine Personalhoheit ausübt, ist seine fiktive Jurisdiktion ebenfalls rein akademisch, man könnte sagen, er repräsentiert die guten Sitten an der Hochschule. Das ist kein geringer Status, setzt aber eine doppelte Dichotomie gegenüber dem Staat UND dem leitenden Verwaltungsbeamten, i.d.R. einem Kanzler. Dieser repräsentiert nämlich nicht nur die staatliche Anstalt, er agiert auch in diesem Amt "selbständig" in allen Angelegenheiten, die nicht in den Bereich der Selbstverwaltung gehören, und hat hier de facto erhebliche Eingriffs- und Regelungsrechte.

Der Präsident repräsentiert die akademische Kooperation gegenüber dem Staat und den Staat gegenüber dieser in einer Person. Die Hauptberuflichkeit symbolisiert nicht nur Distanz gegenüber der Kooperation, sondern - scheinbar paradox - auch gegenüber dem Staat, weil der Präsident als Behördenleiter die Befugnisse des klassischen Kanzlers übernimmt und diesen nur als ihm weisungsgebundenen Verwaltungschef für die "laufende Verwaltung" neben sich hat (bis auf das haushaltrechtliche Privileg des Kanzlers als "Landesbeauftragten für den Haushalt" - sozusagen die Sicherung des Haushaltgesetzgebers gegen willkürliche Ausgabengestaltung).

Weil der Präsident beides in sich vereint, muß er nicht aus der Kooperation, der er vorsteht, durch Wahl hervorgehen, sondern sie, die Hochschule, wählt ihn als den "Ihren" und schlägt ihn dem Staat als den "Seinen" vor. Die Tücken dieser Doppelung finden sich dort, wo der Staat entweder ein Vorauswahlrecht hat (Versagen der Kandidatur mangels Eignung) ODER ein Bestätigungsrecht ausübt (Versagen der Investitur nach erfolgter Wahl aus politischen Gründen). Die letzten Rechte sind übrigens bei der staatlichen Verwaltung und nicht beim Parlament angesiedelt, was verfassungsrechtlich bedeutsam ist.

### 4.

Soweit die Beschreibung. Nun zur Ideologiekritik. Nur wenn Hochschulautonomie (d.i. die inhaltliche Bestimmung der Freiheit in Forschung und Lehre, d.h. im Wissenschaftsprozess) und Selbstverwaltung (d.i. die Formgebung und Codifizierung dieses Prozesses und die Regelung der Auftragsannahme) WIRKLICH in wesentlichen Teilen bei der Hochschule liegen, kann aus dem Rektorsamt eine materielle Repräsentanz gefolgert werden, in der die Körperschaft souverän dem Staat gegenübertritt und ihm die Mittel zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben abnötigt. Aber hier liegt ein Widerspruch: Denn die "Aufgaben" leiten sich nicht nur aus den Erwartungen des treuhänderischen Trägers Staat ab, sondern genauso gut aus den Problemen, die an die Wissenschaft herangetragen werden (gesellschaftliche Relevanz, Verwandlung von theoretischer Praxis in praktische Theorie - vor allem durch Studium, und weitgehende Geschäftsfähigkeit in der Akquisition von Mitteln für Forschung, sowie, besonders wichtig, Konstitution von Aufgaben aus der Kritik und aus dem jeweiligen ausdifferenzierten Status der einzelnen Disziplin - scientific community). Wäre ein Rektor Repräsentant einer solchen Autonomie, dann spielte

er die Rolle der wissenschaftlichen "Macht", der leitende Verwaltungsbeamte hingegen spielte die Rolle des Sachverwalters der pragmatischen Akzeptanz dieser Macht durch die staatliche zweite Gewalt, erwürde sozusagen "Organisationschef". Nur ist dem nicht so. Verwaltungsrecht, Beamtenrecht, Haushaltsrecht, Baurecht usw. sind explizit hochschulunabhängig gesetzt, der Rektor kann, neben ein paar Ausnahmen, die im HRG geregelt sind (z.B. Professorendienstrecht), nur implizite Modifikationen dieser Regelungen hochschulpolitisch, aber nicht administrativ durchkämpfen. Innerhalb der gleichen Einschränkungen handelt der Präsident zwar nicht autonomer, aber souveräner, weil er die staatliche Seite zugleich repräsentiert, und also Macht und Gegenmacht in bescheidenen Grenzen in seiner Person vereint. Die Kernfrage ist: Will man das eine oder das andere?

Natürlich ist es für den ehrenamtlichen Rektor leichter, die Fiktion der Autonomie durch Überbetonung des normativen Kooperationsrechts aufrechtzuerhalten und gerade dort Staatsferne zu demonstrieren, wo sie nichts kostet, nämlich im Bereich der Forderungen zur Verbesserung wissenschaftlicher Qualität (Geld, Räume, Ordnungen für Studien etc.), die Handhabung und Rechenschaftslegung liegt aber nicht so sehr in seiner Interpretation, sondern auf der Verwaltungs- und staatlichen Seite, einmal beim Kanzler, zum anderen aber, und wichtiger, beim Ministerium selbst. Die Einheitsverwaltung durch den Präsidenten setzt hingegen idealtypisch das gleichberechtigte Gegeneinander zweier Institutionen: Hochschule UND Ministerium. Dabei kommt es zu einem mühsamen Kampf innerhalb der staatlichen Interessen. Denn die Wissenschaftsverwaltung der Ministerien ist sogleich Sachverwalter der akademischen Freiheiten und hat doch alle kontroversen gesellschaftlichen Interessen in

der jeweiligen Macht- und Kräftekonstellation zu berücksichtigen und handelt ergo "voluntaristisch". (Der Vorwurf des "Opportunismus" bzw. der Unterwerfung unter die jeweils stärksten, z.B. wirtschaftlichen Interessen, ist gegenüber den Ministerien nicht mehr berechtigt als gegenüber den Individuen oder Gruppen in den Hochschulen).

Der Präsident ist also nichts als die realistischere Spielart der deutschen Hochschulverfassung, die Modernisierung durch das HRG ist nur ein Nachvollzug. Wenn wir uns dieser korporationistischen Anpassung nicht beugen wollen, z.B. wegen der Ablehnung einer unkritischen Indienstnahme unter wirtschaftliche Interessen und ungegerechtfertigte Eingriffe in die Forschungsstruktur und Objektwahl für Forschung und Entwicklung, dann bedeutet die Rektoratsverfassung KEINEN alternativen Ausweg, weil sie an DIESEN Verhältnissen nichts ändert. Wichtig wäre es, zwei Bereiche - nennen wir sie Innen und Außen - weiterzuentwickeln und zu koordinieren.

Ich gehe also vom Präsidenten aus, und wenn es die Magnifizenzen und anderen Rektoren tröstet: Wollen sie sich weiter so nennen, dann empfinde ich dafür die gleiche ungekünstelte Ironie, mit der ich die österreichische Dienstklasse der wirklichen Hofräte (etwa Ministerialdirigent oder Präsident einer hohen Behörde) betrachte. Natürlich ist "Rektor" freundlicher, traditionsbewußter - "wir sind doch kein Amt!", richtig... als "Präsident", aber am Amerikanismus der Berufsbezeichnung soll es doch nicht liegen.

### 5.

Wir haben drei Dimensionen zu berücksichtigen und miteinander in Beziehung zu setzen: a) Die Definition der Leitung - Professionalisierung b) Die gesellschaftliche Repräsentanz gegenüber der Hochschule - Accountability c) Die Repräsentanz der

## Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft - Verantwortung

Die Anforderungen an die Professionalität der Leitung sind eine Funktion des jeweiligen Unternehmens- und Betriebssystems, das die Hochschule kennzeichnet. (Wem das zu betriebswirtschaftlich oder herzlich ist, der möge bedenken, was Hochschulen benötigen, damit ein Student ausgebildet werden kann, damit eine Forschungsarbeit gedeihen kann - und wie diese Mittel angeordnet werden müssen, mit "Unternehmen" bezeichne ich zunächst ganz neutral die Differenz etwa zu einem Verein oder einer gelehrten Gesellschaft). Die Leitung rezipiert stärker noch als die hauptamtlichen Individuen der Hochschule und die Studierenden die gesellschaftlichen Erwartungen: Sie muß die "Zurechnungsfähigkeit" der von ihr geleiteten Institution unter Beweis stellen, verhandlungsfähig machen, sich dem - ja existierenden, nicht künstlich erzeugten - Wettbewerb zwischen den Hochschulen stellen bzw. diesen "zivilisieren". Sie macht Politik, und zwar nicht nur Hochschulpolitik, sondern Wirtschafts-, Sozial-, Regional-, Kultur-Politik. Und diese Politik muß nach "innen" vermittelt werden.

Dabei bleibt die alte Funktion der Leitung natürlich erhalten, muß ausgebaut werden: die Verantwortung der Hochschule für die Gesellschaft durch Definition des Standards für den Wissenschaftsprozess (Aufgaben) nach "außen", in die Gesellschaft zu vermitteln, nachdem sie innen hergestellt wurden. Auch das ist Politik: im Grunde vermittelt die Leitung der Hochschule nach außen, was jedes Hochschulmitglied individuell tun sollte: den unkorrupten und unabhängigen Vermittlungsprozess von Wissenschaft in die theoretisch fundierte Praxis zu tätigen und auszuweisen, warum die Wertentscheidung für die Wissenschaft durch die Öffentlichkeit sich mit den Regeln der systematischen und

kritischen Arbeit der Disziplin verbinden läßt. Leitung heißt hier: a) die Voraussetzungen für den Wissenschaftsprozess inhaltlich und organisatorisch zu sichern b) die internen Unternehmens- und Betriebsstrukturen so zu regeln, daß sie nach außen vermittelbar sind: Vertrags- und Geschäftsfähigkeit, Handlungsfähigkeit als Behörde c) Akquisition und Unterstützung der einzelnen wissenschaftlich Tätigen bzw. interventionsbedürftiger Projekte d) Außenvertretung im weitesten Sinn des Wortes.

Aus meinem eigenen Programm, das auf etlichen Jahren Erfahrung als Präsident basiert, einige zusätzliche Beobachtungen:

Die Rolle des Präsidenten als eines Lobbyisten, Geldbeschaffers und Interventionspolitikers ist an deutschen Universitäten sicherlich ohne professionelle Tradition. Diese Rolle war auch nicht angelegt, als neben der traditionellen Rektoratsverfassung das Präsidentenamt eingeführt wurde. Sie wurde fast zwangsläufig immer stärker entwickelt, als sich zeigte, daß es eine Lobby aus Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft für die Hochschulen nach der Rahmengesetzgebung (HRG) nicht mehr geben würde. Es würde lohnen, die Schwankungen in der tatsächlichen Bedeutung von Wissenschaftsorganisationen wie der WRK (HRK) oder Interessenvertretungen wie dem Hochschulverband genauer zu analysieren. Fest steht, daß ihr Einfluß im Vergleich zu den großen Wissenschaftsorganisationen, etwa DFG oder Wissenschaftsrat, insgesamt ständig im Sinken ist. Auch über die tatsächliche Beeinflussung von Entscheidungen durch wissenschaftliche Hochschul-Politikberatung und Hochschulforschung mache man sich keine Illusionen. Das Fehlen von wirkungsvollen Zwischeninstanzen macht eine immer stärker werdende Konfrontation zwischen den Hochschulen und dem Staat unvermeidlich. In Zeiten restriktiver Gesetzgebung

und/oder knapper werdender Finanzen entwickelt sich in diesem Verhältnis eine Beziehung fast ohnmächtiger und oft aggressiver Abhängigkeit, die aber aus verständlichen Gründen niemals konfliktfähig und selten austragbar wird. Das Mißverhältnis zwischen den Forderungen der Hochschulen, den hochschulpolitischen Entscheidungsdiskursen und den tatsächlichen Spielräumen ist zu eklatant. In solchen Situationen muß der Präsident permanent die systematische Aggressivität in erfolgreichen Lobbyismus und Interventionen ummünzen, d.h., er muß für "seine Hochschule" das herausholen, was in den seltensten Fällen in politischen Entscheidungen Priorität hat oder, etwa auf Landesebene, "gewollt wird", die regionalen Einflüsse sollen nicht überschätzt werden, weil sie sich ja innerhalb eines Landes sehr oft neutralisieren und aufheben. In dieser Rolle erfährt der Präsident eine mehrfache Funktionsspaltung: einerseits muß er gegenüber dem Ministerium Entscheidungen, Strukturen, Wünsche und Einzelereignisse aus den Hochschulen so plausibel machen, daß die Bürokratie nicht in Versuchung gerät, durch dauernde Eingriffe die Beweglichkeit in der Hochschule noch stärker zu "normalisieren", in ausgewählten Einzelfällen muß der Präsident aber gerade die Bürokratie "zu Hilfe rufen", um in Form einer "paradoxen Intervention" Dinge zu regulieren, die ansonsten der Beliebigkeit und Privatisierung durch einzelne Hochschulmitglieder unterliegen. Ein ganz anderer Aspekt wird bei der Intervention bei den Abgeordneten und im parlamentarischen Rahmen sichtbar: mit oder ohne lokale Unterstützung wendet sich hier der Präsident an eine stellvertretende Öffentlichkeit, weil der Souverän, als Eigentümer der öffentlichen Wissenschaft, in den seltensten Fällen bereit ist, seinen Repräsentanten Druck für die Hochschulen zu machen. Die Begründung für Forderungen aus den Hochschulen gegenüber dem

Parlament kann niemals wissenschaftlich allein sein, sie muß immer den mittelbaren Nutzen für bestimmte Teilöffentlichkeiten benennen. Die subtile Verwandlung der universitären Prioritäten in parlamentarische ist hierbei Bestandteil eines wachsenden politischen "Bargaining". Ich habe diesen Abschnitt zunächst allgemein über einen Typus "Präsident" abgehandelt. Um es für unsere Universität zu verdeutlichen, erwähne ich die Geschichte der Nichteinrichtung von Jura, des Aushandelns von Kompensation (Informatik) und die verdeckten Verhandlungsangebote für den Fall, daß die Ingenieurwissenschaften im letzten Moment noch gefährdet sein sollten. Hier handelt ein Präsident regelmäßig nur mit einem allgemeinen Mandat, aber in den seltensten Fällen im Auftrage konkret beschlossener und innerhalb der Hochschule detailliert legitimierter Planung. Das hat oft etwas von einer fatalen Spielmentalität für mich und die Beteiligten an sich, weil niemals alle Betroffenen gleichzeitig an den Entscheidungsprozessen gleichberechtigt teilnehmen können, und wenn eine Sache nicht erfolgreich durchgeführt wird, dann werden einem die nicht realisierten kleineren, billigeren, realistischen Alternativen entgegengehalten. Umgekehrt kann man sich kaum leisten, mit Forderungen aus den Hochschulen positiv eingestellte Parlamentarier zu häufig in (partielle) Niederlagen zu führen, weil sie durch jeweils erfolglose Interventionen für "ihre Hochschulen" gemeinsam mit diesen stigmatisiert werden. Komplizierend kommt hinzu, daß etwa im Wissenschaftsausschuß nicht die Grundlage einer gesamtstaatlichen förderativen Wissenschafts- und Hochschulpolitik das verbindende Motiv der Abgeordneten ist, sondern in vielen Fällen eine spiegelbildliche Lobbyistentätigkeit für "ihre" Hochschulstandorte, was der Präsident bei Interventionen natürlich einerseits ausnutzen muß, wodurch er andererseits aber selbst ge-

gen die Prinzipien verstößt, die er im Hinblick auf eine vernünftige Landeshochschulpolitik fordern müßte und fordert. Ich habe diesen Bereich meiner Tätigkeit immer sehr ernst genommen und messe ihm auch für die Zukunft große Bedeutung zu. Das heißt aber ganz konkret, daß ich fortfahren muß, über die Universität Oldenburg hinausgehende hochschulpolitische Beratungstätigkeit sowohl auf der Ebene von Landeshochschulpolitik als auch sachverständig in Detailfragen abzugeben, in wichtigen Fällen unaufgefordert oder über das informelle Netz politischer Beziehungen. Insoweit dieses nie im Geheimen erfolgt, bei aller gebotenen Vertraulichkeit, halte ich es für einen durchaus legitimen Aspekt der Politik einer Universitätsleitung. Er konfliktiert häufig mit einer weiteren Rolle, nämlich in der Landeshochschulkonferenz und in anderen unterschiedlich formalisierten Abstimmungs- und Klärungsgremien tätig zu sein. Einerseits ist die Diffusität dieser Gremien ein Vorteil, weil sie konfliktmindernd und konsensbildend wirken kann. Andererseits ist der Rollenkonflikt umso größer, je stärker die Einbindung und geforderte Solidarität zwischen den Hochschulen von der realen Situation, Einflußmöglichkeit und relativen Machtposition im Feld abweicht.

Über die weiteren Rollen innerhalb der Hochschule habe ich bereits früher Aussagen gemacht. Hier muß vor allem noch erwähnt werden, daß es Bereiche gibt, die weder auf Willensbildung noch auf Initiative aus der Universität selbst zurückgehen, gleichwohl nicht nur Bestandteil des Programms des Präsidenten sind oder werden, sondern sehr oft Katalysatoren für bestimmte Teile der Hochschulentwicklung. Das Vermitteln dieser Initiativen stößt in den Fachbereichen und Organisationseinheiten oft auf sehr große Schwierigkeiten, die mehrere Ursachen haben. Einerseits gibt es eine durch die Erfahrung nicht

bestätigte Mißtrauensvermutung, daß alles, was zusätzlich gemacht wird, zu Lasten von irgend jemandem geht. Zweitens werden Aktivitäten des Präsidenten oft mit dem Vorbehalt entgegengenommen, er könnte dabei irgendwelche verdeckten oder nicht vermittelbaren Motive haben, wobei aber selten gefragt wird, warum das eigentlich der Fall sein soll, selbst wenn man unterstellt, das es keinen allgemeinen Ausdruck für "das Beste für die Universität" gibt. Der dritte Hinderungsgrund liegt sicherlich darin, daß durch jede Aktivität ein implizites und mühselig ausbalanciertes Gewicht einzelner Fächer, Einheiten und Personen infragegestellt wird. Das ist nun zwar für Institutionen dieser Größe und Bedeutung normal, setzt aber eine gewisse Professionalität im Umgang mit solchen Phänomenen voraus - hier ist nicht nur in Oldenburg, aber vielleicht bei Neugründungen besonders stark ein Mangel an Vermittlungstraditionen und informeller Konfliktabfederung deutlich spürbar. Nicht selten wird diese Vermittlung gerade mit dem Hinweis, man wolle keine harmonistische Politik, auch dort verhindert, wo die Alternative schlichtes Aussitzen oder Untätigkeit bedeutet. In diesem Rollenkonflikt kann ich als Präsident nicht automatisch Autorität für mich beanspruchen, muß sie aber in vielen Einzelentscheidungen gerade dort einfordern, wo ich selbst unter Handlungszwang stehe, weil etwa Initiativen an mich herangetragen werden, was mit den Wertungen durch beteiligte oder unbeteiligte Mitglieder der Universität oft recht wenig zu tun hat. Hier schließt sich der Kreis zur Argumentation der "Leadership" des Präsidenten. Bestimmte Formen von Vertrauen entwickeln sich nicht einfach, noch werden sie durch überwiegend positive Erfahrungen gefestigt, sie müssen in vielen Fällen auch dort vorausgesetzt werden, wo es einfach keine Strukturen der Selbstverwaltung gibt, die sie vorbereiten. Dieses Vertrauen müßte eigentlich mit

dem Prinzip der Schadensfreiheit und des begrenzten Risikos rückholbarer Experimente verbunden sein.

## 6.

Das Präsidentenamt bedeutet natürlich eine Veränderung der Leitungs-Struktur. Daran fehlt es in den meisten Gesetzen und Hochschulen, obwohl die partielle Einsicht notwendiger Reformen hier vorhanden ist, aber offenbar zu viele Interessen konfliktieren. Ich stelle einige Probleme idealtypisch dar und will damit die Denkanstöße geben, von denen aus an jeder Hochschule und in jedem Ländergesetz eine maßgeschneiderte Regelung gefunden werden kann:

### a) Vorrang der kollegialen Leitung

Professionalität heißt, Arbeitsteilung in durchschaubaren Strukturen organisieren. Die Aufgaben des Präsidenten sind im Vergleich zum Rektor so vielfältig, daß sich von allen demokratischen Modellen vor allem das "Regierungs-" und das "Vorstandsmodell" anbieten. Beiden gemeinsam ist, daß die Vizepräsidenten und der Kanzler eigenverantwortlich die "Geschäftsbereiche" leiten, für die sie kompetent sind. Der Präsident hat in beiden Fällen die Richtlinienkompetenz, die Außenvertretung und die Planung.

Der Unterschied zwischen beiden Modellen ist der, daß im Regierungsmodell der Senat eher "parlamentarisch" agiert, im Vorstandsmodell aber als "Aufsichtsrat" fungiert. Wieder ist beiden Funktionen gemeinsam, daß der Senat die weitestmöglichen Kontrollrechte hat. Als "parlamentarisches" Organ beschließt er Haushaltsanmeldungen und die Grundzüge der Haushaltsverteilung; letztere muß von der Hochschulleitung durchgeführt werden. Der Senat ist auch zuständig für die Übertragung von Rechten und Pflichten auf dezentrale Einheiten. Im Aufsichtsratsmodell würde der Senat stärker die Grundlagen

der Planung und die Bestätigung wichtigster Leitungsentscheidungen zur Agenda haben, aber weniger in die "Vorstandsgeschäfte" eingreifen können. Ich bevorzuge das Regierungsmodell.

### b) Demokratie

Eine starke Hochschulleitung, die kompetent viele Aufgaben letztendlich entscheidet, läuft Gefahr, undemokratisch zu wirken, wenn sie nicht kompetent kritisiert und kontrolliert wird und wenn ihre internen Strukturen nicht eindeutig geregelt sind. Ich plädiere für einen Präsidenten, der auf unbestimmte Zeit gewählt ist, aber durch konstruktives Mißtrauensvotum (neuer Präsident) oder durch qualifizierte Konzilsmehrheit nach einer Mindestamtszeit von 2 Jahren abwählbar sein soll. Die Vizepräsidenten sollen drei Bereiche leiten:

- Studium, Lehre, Soziales
- Forschung und Entwicklung
- Dienstleistungen, Vermögen.

Der Kanzler ist weiterhin Landesbeauftragter für den Haushalt und leitet den Geschäftsbereich

- Verwaltung Organisationsentscheidungen werden kollektiv getroffen. Der Präsident kann Einzelfälle begründet an sich ziehen.

Ich halte es für sinnvoll, Studierende und Angehörige der anderen Statusgruppen an der Leitung zu beteiligen. Da ich annehme, daß dienstrechtlich Hauptamtlichkeit und dauernde Zugehörigkeit zur Ausübung der ja mit Vollmacht versehenen Vizepräsidentenämter rechtlich geboten ist, schlage ich vor, jedem Vize einen "beigeordneten" Vize zur Seite zu stellen (Studentin beim ersten, Mittelbauangehörige beim zweiten und MTV beim dritten). Je nach Leitungsgeschäftsordnung sind diese antrags- und ausführungsberechtigt.

Der Einwand, dies sei ein gegenüber heute aufgeblähtes Modell, kann widerlegt werden: eine breitere Spitze kann zu bes-

serer Arbeitsteilung bei größerer Legitimation führen, auf der anderen Seite wären z.B. die Wechselbeziehungen zu den nachgeordneten Dezernaten und Stabsstellen eindeutig und ohne dauernde Befassung der Spitze möglich.

Zur Demokratie gehört auch die Funktion des Konzils in bezug auf die Leitung. Wenn das Konzil nur die Präsidenten und Vizepräsidenten wählt sowie über die Grundordnung beschließt, so hat es die Funktion einer Universitätsversammlung, aber nicht eines wirklich parlamentarischen Gremiums (die Konzilsresolutionen sowie die Entgegennahme der Rechenschaftsberichte sind allerorten zu Ritualen erstarrt; Senate und Fachbereichsräte sowie Dekankollegien spielen die eigentliche Willensbildungsrolle, die zentralen Kommissionen sind die Stellen der konzentriertesten Kompetenz). Dann können Konzile auch verkleinert werden, wobei m.E. die relative Professorenmehrheit so klein wie möglich gestaltet werden kann (Bundesverfassungsgericht zur Mitbestimmung – ein eigenes Kapitel unausgetragener Demokratiedebatte, die nicht mit Paritätendiskussionen aus der Welt geschafft werden kann).

#### Literatur:

- Michael Daxner: Entstaatlichung und Veröffentlichung. Heinrich-Böll-Stiftung: Köln 1991  
Erhard Denninger: Hochschulrahmengesetz Kommentar. C.H. Beck: München 1984  
Darin: Jürgen Lühje z.d. zit. HRG  
Hilde Schramm (Hg.): Hochschule im Umbruch. Basisdruck: Berlin 1993

Auch ist ein Modell denkbar, in dem das Konzil eine zweite "Kammer" darstellt, wenn es um Grundsatzentscheidungen der Planung und des Profils der Hochschule geht. Das kann u.U. mit Kuratoriallösungen konkurrieren, die wiederum die staatliche Exekutive substituieren.

#### FAZIT:

Nennt den Präsidenten wie ihr wollt, die Einheitsverwaltung hat sich bewährt und soll demokratisch und kompetent ausgebaut werden. Eines ist klar: es bleibt ein politisches und akademisches Amt und ist zugleich die Position eines Unternehmensleiters: darum wird es zurecht in den Gesetzen "hoch" angesiedelt und erfordert Qualifikationen, die sich allein aus vorausgegangener Hochschullehrtätigkeit nicht ergeben. Allerdings: ein Präsident ohne hinreichende Erfahrung mit Arbeitsweise und Habitus von Wissenschaftlern, wie das in den USA oft der Fall ist ("aus der Wirtschaft") ist auch nicht vorstellbar, wenn die Hochschulen weiterhin wissenschaftliche Korporationen sein sollen – und keine Wirtschaftsunternehmen.

*Michael Daxner, Prof. Dr. phil., Soziologe und Hochschulforscher, ist Präsident der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg.*

## BERICHTE

### TU Imenau: Senat - quo vadis?

Ich bin seit 1990 als Vertreterin der Studenten Senatsmitglied. Seit einigen Monaten bin ich äußerst unzufrieden über die sich verschlechternde Arbeit im Senat und möchte deshalb an Beispielen darüber berichten.

Es begann mit einer ersten Kritik vor allem der Studenten an der Öffentlichkeitsarbeit (ÖA) an unserer Uni im Frühjahr 1992. Daraufhin wurde Herr Dr. Frank als Leiter ÖA aufgefordert, eine Konzeption zu erarbeiten (nachdem er bereits 1 1/2 Jahre im Amt war). Diese Konzeption wurde dann endlich im Dezember 1992 im Senat vorgestellt. Sie war aber so unzureichend, daß sie fast einstimmig abgelehnt wurde. Es folgte der Beschluß, ein neues Konzept bis zum Februar 1993 zu erarbeiten. In der Senatssitzung am 2.2.1993 teilte das Rektorat jedoch mit, daß die Vorstellung der überarbeiteten Konzeption auf die März-Sitzung verschoben wird. Ignoranz von Senatsbeschlüssen, ohne wenigstens zu fragen, ob die Senatoren damit einverstanden sind! Im März lag ein neues Konzept vor, doch der Prorektor B, der den kranken Rektor vertrat, informierte nur über die Abstimmung der Konzeption mit dem Rektorat und über den Beschluß des Rektorates, eine halbe Stelle "Pressesprecher" einzurichten. Auf die Bemerkung der Studenten, daß hier personelle und inhaltliche Dinge vermischt werden, meinte der Prorektor,

daß es einen Beschluß zur Vorstellung eines überarbeiteten Konzepts nicht gegeben habe. Vergeßlichkeit, Ignoranz oder schon Frechheit? Die Studenten legten als Beweis das entsprechende Protokoll vor. Eine inhaltliche Diskussion gab es aber trotzdem nicht. Die Studenten forderten dies ein, es gab jedoch nur den Ausruf eines Senators: "Ich will, daß hier endlich Ruhe einkehrt und das Problem erledigt ist". Wohl gemerkt erledigt und nicht gelöst. Ein entsprechender Antrag wurde angenommen. Für mich Ausdruck dafür, daß einige Senatoren wirklich nur Ruhe haben wollen und wohl noch nicht mal das neue Konzept gelesen haben. Sonst hätten sie doch erkannt, daß sich inhaltlich wenig verändert hat! Hier ein wenig mehr, dort etwas weniger, es ist zwar noch immer kein Konzept für eine ÖA, aber es ist ja mit dem Rektorat abgestimmt.

Ein weiterer Punkt, bei dem es den studentischen Senatsmitgliedern die Sprache verschlug, war die Nichtbehandlung einer von ihnen vorgelegten Beschlussvorlage und damit der Abbruch eines Tagesordnungspunktes, ohne die geforderte Abstimmung vorzunehmen. Der Rektor stellte einfach einen gerade erst formulierten Antrag auf Abweisung der Vorlage zur Abstimmung (der angenommen wurde) und verstieß damit eindeutig gegen Grundregeln solcher Gremien. Einfluß hatten

dabei wohl auch solche Argumente wie "Personalangelegenheiten gehören nicht in den Senat" (in fast jeder Sitzung sprechen oder entscheiden wir über Personen) oder "das gehört generell nicht hierher" wobei diese Senatoren die in unserer Grundordnung (GO) festgeschriebene Aufgabe des Senats, "maßgeblich für die Gestaltung des akademischen Lebens verantwortlich" zu sein, dann einfach vergessen. Leider hat es der Senat in seinem fast dreijährigen Bestehen nicht geschafft, sich eine Geschäftsordnung zu geben, auf die man sich in solchen Fällen beziehen könnte. Der Rektor hat sogar versprochen, daß das Rektorat über die Weihnachtsfeiertage (1992/93!) eine solche Ordnung entwirft, doch es blieb beim Versprechen.

In den letzten Sitzungen gab es noch zwei weitere Problempunkte.

Erstens ging es um Berufungskommissionen. Bisher wurden diese nach dem neuen Landeshochschulgesetz (LHG) zusammengestellt. Hierzu wurde angemerkt (diesmal nicht von Seiten der Studenten), daß unsere Grundordnung (GO) noch gültig ist und damit über den Bestimmungen des neuen LHG steht. Die einzige Antwort des Rektorats dazu war, daß die Grundordnung nie bestätigt wurde und damit nicht Gesetz ist. Spinnt man diesen Faden weiter, heißt das, daß auch all unsere Gremien gesetzwidrig sind. Auf welcher Grundlage arbeitet dann eigentlich der Senat? Und warum nur hat das sonst so aufmerksame Ministerium das bisher nicht erkannt? Manchmal ist es besser, nachzudenken, bevor man etwas sagt.

Zweitens ging es um die Stelle unseres Kanzlers. Die Diskussion dazu läuft ja schon seit Dezember, seitdem der Rektor über einen Erlaß (!) des Staatssekretärs des Ministeriums, die Kanzlerstelle bundesweit auszuschreiben, informierte. Einstimmig stellte sich der Senat hinter Kanzler und

Rektor und wies den Erlaß als rechtswidrig zurück. Doch im Februar gab es ein Gespräch mit dem Minister u.a. zu diesem Thema. Ergebrauchte die Argumente, daß 1. die Stelle in Weimar gerade ausgeschrieben wurde, und daß 2. dies für alle Kanzlerstellen in Thüringen geschehen ist. Letzteres Argument ist eine Lüge! Die Kanzlerstelle in Jena wurde nicht ausgeschrieben, der Kanzler dort wurde durch Amtshilfe eingesetzt. Leider ist unser Rektor wiederum "umgefallen". Obwohl sich der Senat nach diesem Gespräch nochmal einstimmig gegen eine Ausschreibung aussprach, entschied der Rektor anders. Vor zwei Wochen schickte er einen Ausschreibungstext nach Erfurt. Dabei kann eine Stelle nur ausgeschrieben werden, wenn sie nicht besetzt ist. Das heißt, man müßte den Kanzler erst kündigen. Eine Information des Senats hielt das Rektorat anscheinend - wiederum - nicht für nötig! Jedenfalls erst, als die letzte Senatssitzung schon für beendet erklärt wurde, fiel den Studenten ein, nach der Entscheidung des Rektors zu fragen. Und dann kam o.g. Information. Im ersten Moment blieb vielen der Mund offen stehen. Empörung folgte. Leider war ja der Rektor selbst nicht anwesend. Aber alle wußten von den fadenscheinigen Argumenten des Ministeriums und konnten deshalb des Rektors (zumal GEGEN den Senat) nicht verstehen. Die studentischen Senatsmitglieder behalten sich vor, in den nächsten Sitzungen entsprechend zu reagieren.

Abschließend kann ich nur fragen, wozu der Senat eigentlich da ist, wenn sich das Rektorat über dessen Beschlüsse hinwegsetzt, wenn Aufgaben des Senats (lt. GO) in Frage gestellt werden, wenn der Senat nicht mal über die wichtigsten Sachverhalte informiert wird.

*Dipl.-Ing. Almuth Wendt*

*(aus: Ilmenauer Uni-Nachrichten 4/93)*

## **Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: Beschäftigungsvoraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung des Wissenschaftler-Intergrationsprogramms geschaffen**

Die Wissenschaftsminister des Bundes und der Länder haben ein Gespräch über den derzeitigen Stand des Hochschulerneuerungsprogramms geführt.

Im Hochschulerneuerungsprogramm sind Mittel zur Eingliederung von wissenschaftlichen Arbeitsgruppen und Einzelforschern aus Akademie-Instituten in Hochschulen vorgesehen. Auf der Grundlage von Empfehlungen des Wissenschaftsrates wird im sogenannten Wissenschaftler-Intergrationsprogramm (WIP) derzeit 1920 Personen die Fortführung der wissenschaftlichen Arbeit ermöglicht; die Förderung endet für diejenigen am 31. Dezember 1993, deren Eingliederung in die Lehre an einer Universität oder Fachhochschule zu diesem Zeitpunkt nicht gewährleistet ist.

Die neuen Länder und Berlin haben ihren politischen Willen bekräftigt, zur Integration der WIP-Geförderten in die Hochschulen spätestens zum 1. Januar 1994 zunächst insgesamt 1234 Beschäftigungspositionen zu schaffen. Es besteht Einvernehmen unter den neuen Ländern und Berlin, daß in allen Fällen, in denen sich Hochschulen und WIP-Geförderte über eine Integration einigen, die notwendigen Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, soweit dies im Rahmen der sonstigen Haushaltsvorsorge möglich ist. Damit können die fachlich sinnvollen Eingliederungen in die Hochschulen vorgenommen werden.

Die integrierenden Hochschulen sind damit in allen Fällen, in denen die haushaltsmäßigen Voraussetzungen bereits im Haushalt 1993 bestehen, bereits jetzt in der Lage, Arbeitsverträge abzuschließen. In den übrigen Fällen können sie den WIP-

Geförderten den Abschluß von Arbeitsverträgen zum 1. Januar 1994 förmlich in Aussicht stellen.

Die administrativen Rahmenbedingungen für eine Integration sind vorhanden. Die Minister waren sich einig, daß es jetzt vor allem Sache der unmittelbar beteiligten Wissenschaftler, Universitäten und Fachhochschulen ist, schnell aufeinander zuzugehen. Dabei sei erforderlich, daß Geförderte und Hochschulen die individuellen Verbindungen deutlich verstärken. Die Minister der neuen Länder haben mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß ein Teil der WIP-Geförderten sich sehr viel intensiver als bislang um Integration in die Hochschulen bemühen müsse. Dazu gehöre auch die Bereitschaft, ihr wissenschaftliches Lehrgebiet so zu erweitern, daß sie in ihrem Fach breiter einsetzbar werden. Die Minister werden die Bemühungen der WIP-Geförderten und der Hochschulen um sinnvolle Integrationen nach Kräften unterstützen.

Die Minister äußerten ihre Zuversicht, daß es trotz der derzeitigen Stellsituation und der vielfältigen sozialen Probleme an den Hochschulen gelingen wird, die vom Wissenschaftsrat zur Verstärkung von Lehre und Forschung empfohlenen Potentiale der ehemaligen Akademien dauerhaft aufzunehmen. Die neuen, im Aufbau befindlichen Fachhochschulen müßten neben den Universitäten als eine wichtige Integrationsmöglichkeit erkannt werden.

Die Vorsitzende der BLK, Anke Brunn, Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, erklärte: "Die Willensäußerung der neuen Länder

und Berlins ist eine entscheidende Voraussetzung für das Gelingen der Integration von Akademie-Wissenschaftlern in die Hochschulen. Hochschulen und Forschung in den neuen Ländern und in Ber-

lin brauchen diese Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu ihrer Erneuerung auch heute noch."

(BLK-PI)

*Die WIP-Kommission des Betriebsrates Berlin KAI e. V. hat die Redaktion des WIP-Express gebeten, die nachfolgende Mitteilung zu veröffentlichen, was wir selbstverständlich gerne tun.*

Jüngst ist den WIPianern der Vorwurf gemacht worden, sie beteiligten sich an den Bemühungen, sie in die vom Wissenschaftsrat benannten Universitäten und Hochschulen zu integrieren, nur unzureichend. In solcher Pauschalität ist dieser Vorwurf sicher ganz abwegig. Dennoch ist es angezeigt, daß die WIPianer jede sich bietende Gelegenheit nutzen, an ihren Zielhochschulen mit allem Nachdruck in Erscheinung zu treten. Es ist unerlässlich, dort systematisch Kontakt mit den einschlägig befugten und zuständigen Personen zu halten.

Dazu gehören unbedingt die Dekane der jeweiligen Fachbereiche. Falls gezielte Bewerbungen gemacht werden, so empfehlen wir die Hinweise der KAI e. V. zur Gestaltung der Bewerbungsunterlagen (vom 10.12.1992) mit Sorgfalt zu beachten.

Der Lauf der eingereichten Unterlagen durch die Hochschulbehörden, deren Reaktion darauf etc., sollten vom WIPianer ständig verfolgt werden. Drängendes Nachfragen muß in kurzen Abständen stattfinden.

Abspraken zur kontinuierlichen gegenseitigen Information sollten getroffen werden, damit bei schlepender Behandlung des Integrationsprozesses ohne wesentliche Verzögerung "nachgehakt" werden kann.

Wenden Sie sich an Ihre Betriebsratsmitglieder! Wir sind bemüht, entsprechende Probleme lösen zu helfen und Erfahrungen zu vermitteln.

Die WIP-Kommission des Gesamtbetriebsrates Berlin KAI e. V.

(aus WIP-Express 1/93)

## Max-Planck-Gesellschaft: Haushaltsplan 1993: Auf dem Weg zur einheitlichen Forschungslandschaft

Nach den zunächst bis einschließlich 1994 für die gemeinsame Forschungsförderung durch Bund und Länder geltenden Übergangsregelungen wird der Länderanteil der Aufwendungen der MPG für das bisherige Förderungsgebiet weiterhin ausschließlich von den alten Bundesländern aufgebracht. Die neuen Länder und der Ostteil Berlins finanzieren zunächst nur den Zusatzaufwand anteilig mit, der für die MPG durch die Ausweitung ihrer Aktivitäten im Beitrittsgebiet entsteht. Auch der Haushalt 1993 zerfällt damit trotz seiner formalen Einheit praktisch in zwei getrennte Abrechnungskreise. Im Abrechnungskreis "Neue Länder" mitenthalten ist auch der Bedarf für die Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH, die als Tochtergesellschaft der MPG für einen befristeten Zeitraum sieben Geisteswissenschaftliche Zentren im Beitrittsgebiet betreut und mit der MPG eine Antragsgemeinschaft bildet. Neben dem "Allgemeinen Teil" (Haushalt A und Förderungsgesellschaft) umfaßt der Gesamthaushalt der MPG den Haushalt des MPI für Plasmaphysik, das als Großforschungseinrichtung vom Sitzland, dem Bund und EURATOM gefördert wird (Haushalt B). Im Zuge der Wiedervereinigung hat also nicht nur das Volumen, sondern - zumindest vorübergehend - auch die Komplexität des Haushaltes der MPG deutlich zugenommen.

Der vom Senat der MPG am 20. November 1992 festgestellte Haushaltsplan 1993 umfaßt ein Ausgabevolumen von insgesamt 1596 Millionen DM einschließlich Projektförderung und Sonderfinanzierungen. Davon entfallen 162 Millionen DM auf das MPI für Plasmaphysik. In den verbleibenden 1434 Millionen DM sind Ausgaben aus

dem "2. Sonderprogramm zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen und der Forschung" (HSP II) in Höhe von fast 20 Millionen DM, Ausgaben aus sonstigen Sonderfinanzierungen von knapp 6 Millionen DM und die zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung mit hinreichender Sicherheit zu erwartenden Projektmittel im Umfang von etwa 100 Millionen DM enthalten. Den verbleibenden Ausgaben des "Allgemeinen Teils" des Haushaltes der MPG (einschließlich Förderungsgesellschaft, jedoch ohne MPI für Plasmaphysik) in Höhe von 1309 Millionen DM stehen Einnahmen aus der Anteilsfinanzierung von etwa 1246 Millionen DM gegenüber, die jeweils zur Hälfte vom Bund und den Ländern aufgebracht werden. Außerdem sind zweckgebundene Einnahmen zur Finanzierung von Bauinvestitionen im bisherigen Förderungsgebiet in Höhe von knapp 17 Millionen DM, Sondermittel aus dem Hochschulerneuerungsprogramm für Aktivitäten in den neuen Ländern in Höhe von 25 Millionen DM und sonstige Einnahmen in Höhe von etwa 21 Millionen DM veranschlagt. [...]

Für die Aktivitäten in den neuen Ländern und im Ostteil Berlins stehen der MPG im Rahmen des Allgemeinen Haushaltes 1993 (ohne MPI für Plasmaphysik) Bund-Länder-Zuschüsse aus der Anteilsfinanzierung in Höhe von 142 Millionen DM zur Verfügung. Die Zuschüsse liegen einerseits um 44 Millionen DM (das sind 45%) über dem Vorjahr, andererseits aber um 45 Millionen DM unter der Bedarfsanmeldung der MPG, die bei 187 Millionen gelegen hatte. In dieser Bedarfsanmeldung enthalten waren die erforderlichen Mittel für 28 Arbeitsgruppen an Universitäten, eine Außenstel-

le des MPI für extraterrestrische Physik, die Max-Planck-Institute für Mikrostrukturphysik und für Kolloid- und Grenzflächenforschung sowie erste Ansätze für sieben weitere Neuvorhaben einschließlich der bereits vom Senat der MPG im vergangenen Jahr mit Finanzierungsvorbehalt beschlossenen Max-Planck-Institute für Infektionsbiologie, für molekulare Pflanzenphysiologie, zur Erforschung von Wirtschaftssystemen und für Physik komplexer Systeme. Knapp 32 Millionen DM entfallen auf den Bedarf der Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH zur Betreuung von sieben Geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten.

Im Zuge der Verhandlungen mit den Bundesländer-Gremien wurden gegenüber der Anforderung der MPG Programmkürzungen in Höhe von etwa 20 Millionen DM vorgenommen, die Ausgabenkürzungen bei praktisch allen Ausgabenarten und zeitliche Verschiebungen bei den geplanten Neuvorhaben beinhalten. Reduziert werden mußten auch die Ansätze für die Förderungsgesellschaft; Personalmittel für 75 zusätzliche bewilligte Wissenschaftlerstellen konnten daher zunächst nicht veranschlagt werden. Zum Ausgleich der dann noch verbleibenden Deckungslücke von etwa 25 Millionen DM sind mit Zustimmung der Bundesländer-Gremien zusätzliche Einnahmen aus dem Hochschulerneuerungsprogramm in den Haushalt eingestellt worden. Wir wissen inzwischen, werden sich diese Einnahmeerwartungen mit Sicherheit nicht im veranschlagten Umfang erfüllen. Andererseits stehen aus dem Jahr 1992 Restmittel in Höhe von 15 Millionen DM zur Verfügung, die wegen der für den Aufbau in den neuen Ländern typischen Verzögerungen nicht verausgabt wurden und mit Zustimmung des Bundes und der Länder in das Jahr 1993 übertragen werden könnten.

Die Zahl der für die Aktivitäten in den neuen

Ländern zur Verfügung stehenden Planstellen erhöht sich 1993 um 150 auf insgesamt 975 Stellen. Ein erheblicher Teil dieser Stellen steht allerdings zunächst nur befristet zur Verfügung. Dies gilt auch für 75 neue Wissenschaftlerstellen, die für die Geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte bewilligt wurden.

Für den von der MPG erwarteten und von ihr gewollten Aufbau neuer Einrichtungen im Beitrittsgebiet werden in erheblichem Umfang Erstausrüstungsinvestitionen (auch baulicher Art) notwendig, die Haushaltsmittel über viele Jahre hinweg binden, sobald die Gründungen umgesetzt worden sind. Darüberhinaus erfordert der schrittweise Aufbau von Instituten einen kontinuierlichen Anstieg auch der laufenden Betriebsmittel bis zum Endausbau in einer arbeitsfähigen Größenordnung. Die Aufbauplanungen der MPG in den neuen Ländern werden auch 1993 erheblich dadurch beeinträchtigt, daß die vom Präsidenten der MPG an den Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der neuen Länder gerichtete dringende Bitte um einen mittelfristig gesicherten finanziellen Palnungskorridor bisher nicht erfüllt worden ist. Auch die noch ausstehenden Standortentscheidungen und die Prognosen über die mögliche Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Hochschulerneuerungsprogramm werden dadurch außerordentlich erschwert.

Die Definition der Gegenwart (des Haushaltsjahrs 1993) als Übergangsphase zwischen der Vergangenheit und der Zukunft trifft somit auf den die neuen Länder betreffenden Teil des Haushaltes der MPG in ganz besonderem Maße zu. Sie gilt auch für das bisherige Förderungsgebiet, bei dem sowohl die Einflüsse aus der Vergangenheit wie auch die bevorstehenden Schwierigkeiten bei der Beurteilung der Gegenwart nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. Aus der Vergangenheit wirken hier

vor allem die über eine lange Zeit hinweg aus der Not heraus entstandene strukturelle Schiefelage des Haushalts zu Lasten der investiven Mittel und der dadurch entstandene Investitionsstau bei Baumaßnahmen und den wissenschaftlichen Geräten. [...]

Die Schatten der Vergangenheit überlagern sich insoweit im laufenden Haushalts-

jahr mit den Schatten der Zukunft. Die vergleichsweise hohen Zuwachsraten des Jahres 1993 sollten darüber nicht hinwegtäuschen.

**Manfred Betz**

*(Leiter des Haushaltsreferates in der Generalverwaltung der MPG)*

*(aus: MPG-Spiegel 1/93)*

### **80000 Bücher im Wartestand Wissenschaftliche Zentralbibliothek in Adlershof muß erhalten und in den Standort integriert werden / Dringender Handlungsbedarf**

Die Institute der ehemaligen AdW in Berlin-Adlershof haben für DDR-Verhältnisse gut ausgestattete Spezialbibliotheken hinterlassen (heute Fachbibliothek für Physik, Informatik, Technik und Wirtschaft). Aus der Erkenntnis heraus, daß wertvolle Informationsmittel brachliegen und die früheren Bibliotheksmitarbeiter arbeitslos sein würden, gründeten diese im Januar 1992 die Wissenschaftliche Zentralbibliothek in Form zweier ABM-Projekte unter der Trägerschaft der KAI e.V. Ihr Ziel ist eine umfassende Literatur- und Informationsversorgung aller Nutzer im Territorium Adlershof. Dies erfolgt abgestimmt mit den anderen Bibliotheken des Geländes. Zur Verfügung stehen insgesamt 80.000 Bestandseinheiten sowie 190 laufende Zeitschriften und Reihen. Inzwischen kann die Bibliothek einen bereits zusammengeführten Alphabetischen Gesamtkatalog der 6 Fachbibliotheken sowie mehr als 1.500 Neuzugänge von Monographien anbieten.

Neben der Einarbeitung der neuerworbenen Literatur haben sechs Mitarbeiter mit der inhaltlichen Vereinigung der Bestände begonnen. Ist diese Arbeit abgeschlos-

sen, steht dem Nutzer ein automatisierter Katalog zum Gesamtbestand der Wissenschaftlichen Zentralbibliothek zur Verfügung. Das bleibt aber noch Zukunftsmusik.

Die gegenwärtigen Probleme sind äußerst drückend. Denn leider wurden die beiden ABM-Projekte nur bis zum 31. Oktober 1993 bei 75 % der regulären Arbeitszeit verlängert, so daß die kostbaren Bestände danach in der Luft hängen würden. Eine endgültige Entscheidung ist im Interesse solider Arbeit ohne den psychischen Druck der Verunsicherung nicht länger aufschiebbar. Seitens der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung wurde die Humboldt-Universität als Träger vorgeschlagen, allerdings im Hinblick auf die Ansiedlung ihres gesamten naturwissenschaftlichen Bereiches in Adlershof. Nun müßte geklärt werden, ob unter diesem Dach auch die Forderungen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen, darunter des Forschungsverbundes Berlin, und die der Großforschungseinrichtungen wie Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt, Hahn-Meitner-Institut, Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung und

später BESSY II, befriedigt werden können. Die IGafa hat jetzt das Konzept zu einem Gesamt-Bibliothekssystem für Adlershof zur Diskussion gestellt.

Kurzfristig geht es um den Erhalt der verbliebenen Mitarbeiter, die größtenteils langjährige Erfahrungen haben, zum anderen

um die Sicherung des Etats, da die Finanzierung der Bibliothek einschließlich der Mittel für Neuerwerbungen des Jahres 1993 noch völlig offen ist. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

(aus: *verbund, Zeitung des Forschungsverbund Berlin e.V.*, 1/93)

### Greifswald: Ende Juni soll Struktur klar sein

Der Personalrat konnte zu seiner Rechenschaftslegung am 13. April in der Mensa viele Gäste begrüßen, dagegen äußerten wenige Mitarbeiter der Universität. Über die "Zukunft der Ernst-Moritz-Arndt-Universität" wollten etwa nur knapp hundert ihrer Angehörigen diskutieren.

Personalratsvorsitzender Dr. Jürgen Abel warf eine Problemliste in die später dennoch eher zäh verlaufende Gesprächsrunde: Für die Zukunft der Universität müßten zuallererst die berüchtigten Sperrstellen fallen. Die Zeit drängt zudem nach Verabschiedung des Hochschulgesetzes, damit u.a. endlich die Neuwahlen der Uni-Gremien erfolgen kann. Die neuerlichen Sparmaßnahmen haben alle Hoffnungen und Initiativen nach Veränderungen gelähmt. "Nur 3,78 Prozent des Landeshaushaltes für die Universitäten - das ist nicht mehr Sparsamkeit, sondern beabsichtigte Tötung!", so Dr. Abel.

Staatssekretär Dr. Thomas de Maizière widersprach, was die genannten Prozente betrifft, die höher liegen würden, nannte jedoch keine konkreten Angabe. Bis zum 3. Oktober soll das Hochschulgesetz eigentlich verabschiedet sein. In Schwerin will man so weit wie möglich die Fehler des Westens vermeiden, wie lange Studienzeiten und starre Verwaltung. Beispiels-

weise soll das Gesetz für eigenständige Finanzierungswege der Universitäten offen sein. Der Staatssekretär kündigte für die kommenden Jahrzehnte "gigantische Bauvorhaben an", für die jetzt an den Universitäten im Zusammengehen mit Landesbauamt und Stadt die Vorarbeiten zu leisten seien.

Die jüngsten Diskussionen über drohende Stelleneinsparungen haben nach Ansicht de Maizières wichtiges bewirkt. Erstens sei es gelungen, allen Verantwortlichen klar zu machen, daß ohne Zuwachs an Finanzen die gewünschte Struktur an den beiden Universitäten nicht kommen kann. Zweitens sei erreicht worden, daß es kurzfristig keine Streichung von Studiengängen geben wird, daß die Greifswalder Zahnmedizin und die Psychiatrie nicht geschlossen werden. Nun also sind die Sperrstellen offen, statt ihrer aber müssen Äquivalente von den Universitäten angeboten werden.

An diesem Punkte jedoch sieht der Rektor Prof. Hans-Jürgen Zobel Probleme auf die Universität zukommen: 161 Stellen werden wir nicht mit Leichtigkeit schaffen, sagte er. Die Reserven sind an den meisten Einrichtungen schon ausgeschöpft, auch in der Verwaltung sind weitere Rücknahmen nicht möglich, wenn eine qualitätsvolle Arbeit

geleistet werden soll. Es könne kaum angehen, daß die Greifswalder Universität nicht in der Lage ist, Mittel aus gut dotierten EG-Programmen einzuwerben, nur weil sie für die Bearbeitung keinen Mitarbeiter beschäftigen kann.

Seit Wochenmitte gibt es die Arbeitsgruppe zum "Sperrstellenperrungskonzept" in der Landeshauptstadt. Vertreter der Universitäten und aller Parteien des Landtages wirken darin mit. Bis Ende Juni soll das

endgültige Konzept zu den Strukturen in Rostock und Greifswald vorliegen.

Prof. Zobel bezeichnete die Zusammenarbeit mit der Hansestadt als vorzüglich und unterstrich, daß die Alma mater sich auch zukünftig den Herausforderungen, die das Territorium an sie stellt, gewachsen zeigen wird.

(aus: *Universitätszeitung der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald 2/93*)

### Abitur in den neuen Bundesländern hat hohes Niveau

Bezug nehmend auf die Meldung der dpa zur Qualität des Ost-Abiturs gibt Kultusministerin Steffi Schnoor folgende Stellungnahme ab:

Ein Bericht des Schulausschusses der Kultusministerkonferenz zum Qualitätsstandard des Abiturs in den neuen Bundesländern liegt noch nicht vor. Es gibt nur den Auftrag an den Schulausschuß, den Qualitätsstandard des Abiturs in ganz Deutschland zu vergleichen. Dies ist ein kompliziertes und aufwendiges Verfahren, weil Vergleichsmaßstäbe schwierig zu entwickeln sind. So gibt es in einigen Bundesländern das Zentralabitur, in anderen nicht. Umfang und Struktur des Kurssystems der Oberstufe erschweren die Vergleichbarkeit. Der Schulausschuß, bestehend aus den Abteilungsleitern der Kultusministerien der Länder, hat für diese Arbeit minde-

stens ein Jahr vereinbart. Z. Zt. gibt es nicht einmal ein schriftliches Zwischenergebnis.

Ein Indiz für die Qualität des Abiturs in den neuen Ländern gibt es allerdings: die Teilnahme der Abiturienten an den Auswahlverfahren zum Medizinstudium. Bei diesem Verfahren schneiden unsere Abiturienten und Abiturientinnen hervorragend ab.

Natürlich kann niemand ernsthaft einen Nachholebedarf bei den modernen Fremdsprachen leugnen. Das ist jedoch kein Sonderproblem der Länge der Schulzeit an Gymnasien, sondern gilt für alle Schulformen. Dies hat etwas mit der Überbetonung des Russischen in der DDR zu tun.

(PI des Kultusministeriums Mecklenburg-Vorpommern)

### Neue Form der Förderung im Einklang mit den Prinzipien der MPG

*Anlässlich der Eröffnung der Arbeitsgruppen der MPG an der Universität Jena hielt der Generalsekretär der MPG, Dr. Wolfgang Hasenclever, Ende November 1992 eine Ansprache, aus der wir nachfolgend Auszüge dokumentieren.*

Die 28 Arbeitsgruppen, welche die Max-Planck-Gesellschaft 1990 und 1991 an sieben Hochschulen der neuen Bundesländer, davon eben sechs hier in Jena eingerichtet hat und die ihre Arbeit Ende 1991, spätestens im ersten Halbjahr diesen Jahres (1992) aufgenommen haben, sind nicht auf Dauer angelegt, sondern sollen im Anschluß an die Förderung durch die Max-Planck-Gesellschaft in den Hochschulen fortgesetzt werden. Daß die Max-Planck-Gesellschaft sich zu dieser neuen Form der Forschungsförderung entschloß, hängt - so paradox das zunächst klingt - eng mit unserer Überzeugung, ja mit dem Prinzip der MPG, zusammen, daß die Forschungsarbeiten nur unterstützt werden, wenn sie an den Hochschulen nicht ebensogut oder sogar besser gemacht werden können. Im Normalfall heißt das bei den Überlegungen zu Institutsgründungen, daß die Gesellschaft nur dort tätig wird und Forschungsgebiete in ihren Instituten aufgreift, die wegen ihrer Neuartigkeit, ihrer Interdisziplinarität, ihres besonders hohen Aufwandes an Hochschulen noch keinen Platz gefunden haben oder nicht finden können.

Hätten wir diesen Grundsatz vor zwei Jahren ernst genommen, so hätte uns das notwendigerweise für lange Zeit quasi zur Untätigkeit in den neuen Ländern verurteilt. Wir hätten abwarten müssen, bis die Hochschulen voll etabliert gewesen wären und den Nachweis hätten erbringen können, was sie selbst zu leisten imstande sind. Wie alle anderen Akteure im pluralistischen Wissenschaftssystem unseres Landes fühlten wir uns jedoch aufgerufen, auf jeden Fall möglichst schnell einen Beitrag zur Herstellung einer einheitlichen Wissenschaftslandschaft in der Bundesrepublik zu leisten. Es lag daher nahe, daß wir uns nicht damit begnügten abzuwarten, bis die Voraussetzungen eines subsidiären Tätigwerdens der Max-Planck-Gesellschaft geschaffen worden wären, sondern daß wir versuchten, selbst daran mitzuwirken, diese Voraussetzungen zu schaffen, nämlich die Forschung innerhalb der Hochschulen zu stärken und ihr so die Gelegenheit zu geben, ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.

Vielleicht hat damals auch die irrije Meinung eine Rolle gespielt, die auf der weitgehenden Unkenntnis der Verhältnisse in der DDR - auch auf diesem Gebiet der Wissenschaftsstrukturen - beruhte, daß, so konnte man damals als pauschale Meinung überall hören, die Forschung der DDR aus den Hochschulen herausgedrängt und in den Instituten der Akademie konzentriert worden war. Wir wissen heute, daß dieses einfache Schwarzweißgemälde so nicht richtig war, und wir haben das Gott sei Dank auch früh genug gelehrt und unsere Konsequenzen daraus gezogen. Ich erinnere mich noch gut, daß wir unsere

ersten Vorstellungen über diese neue Förderungsart mit Wissenschaftlern aus den neuen Ländern diskutiert haben. Unter unseren Gesprächspartnern waren neben Herrn Geiler aus Leipzig, den Herren Schellenberg und Parthier aus Halle Sie, Magnifizenz, lieber Herr Schmutzer, die Sie mit Ihrer besseren Kenntnis, insbesondere von dem, was wirklich nötig war, uns in einer Runde auf der Godesburg in Bonn den richtigen Weg gewiesen haben. Aus der Ursprungsüberlegung, Forschungspotential in die Hochschulen zurückzuführen, wurde dann bald die neue Zielvorstellung, jede Art von Forschung, deren Exzellenz sich mit dem Namen noch nicht etablierter aber vielversprechender Wissenschaftler verband, wo auch immer sie bisher gearbeitet haben mochten, in Instituten der Akademie oder eben an den Hochschulen oder in der Industrie, für die Hochschulen zu fördern und damit einen Beitrag zur Verwirklichung der Grundidee der deutschen Hochschule zu leisten, daß Lehre nur wirklich aus der Forschung heraus fruchtbar und erfolgreich sein kann.

Wie oberflächlich unsere Ausgangsüberlegungen und wie nötig Anpassungen waren, wird gerade hier in Jena deutlich - und Sie, Magnifizenz, haben uns das damals prophezeit - , da hier in Jena alle von den heute vorgestellten sechs Arbeitsgruppen aus Universitäten, fünf aus Jena, eine aus Erfurt, selbst stammen und somit der Bedeutung und Qualität der Hochschulforschung auch im früheren System ein beredtes Zeugnis ausstellen.

In der Woche vor Weihnachten des Jahres 1990 haben wir unser verbessertes Konzept dann den Wissenschaftsministern der neuen Bundesländer in München vorgestellt und weitere Anregungen, insbesondere aber auch Ermutigung erfahren....Trotz dieses Zuspruchs und der vielen guten Ratschläge, die wir bei der Fortentwicklung und Verwirklichung des Konzeptes immer wieder erfahren haben, bleibt unsere Unerfahrenheit mit den Verhältnissen in der ehemaligen DDR eine nicht zu übersehende Schwierigkeit. Besonders schwer tun wir uns in den Fällen, in denen - und das ist natürlich im einen oder anderen Fall auch der Max-Planck-Gesellschaft nicht erspart geblieben - wir der Vergangenheit in Form politischer Verstrickungen mit dem früheren Regime in allen seinen Ausprägungen begegnen. Rein formal hätten wir uns in derartigen Fällen, in denen die Hochschule aus nicht fachlichen Gründen eine Anbindung unseres Arbeitsgruppenleiters an die Fakultät verweigern mußte, auf den Standpunkt stellen können, daß damit der Förderzweck einer Stärkung des Forschungspotentials in den Hochschulen nicht erreicht werden kann und wir deshalb unsere Unterstützung einstellen müssen. Damit wäre aber weder den Hochschulen gedient gewesen, noch wären wir den jungen Wissenschaftlern gegenüber, die wir ausgewählt hatten und für die wir damit eine gewisse Verantwortung übernommen hatten, gerecht geworden. Wir haben es deshalb für unsere Pflicht gehalten, bei einem drohenden Scheitern der Förderung aus diesen Gründen zum einen, gemeinsam mit der Hochschule, nach personellen Alternativen zu suchen, zum anderen aber auch - mit allen Vorbehalten wegen unseres Handikaps bei der Bewertung derartiger Verstrickungen - uns ein eigenes Urteil zu bilden und dann zu prüfen, ob wir nicht aus Gründen des Vertrauensschutzes wie des Arbeitsrechts für den Betroffenen außerhalb der ursprünglich angestrebten Lösung einen Platz finden müssen. Dazu sind wir bereit, wenn wir nach eingehender Prüfung und Wertung des Einzelfalles und der besonderen Umstände zu dem Schluß kommen, daß das Maß an Vorwerfbarkeit die Förderung eines besonderen wissenschaftlichen Talents dennoch, wenn auch - möglicherweise ja nur vorübergehend - außerhalb der Hochschule weitere Förderung verdient. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß die vielen Gespräche, die wir mit Ihnen,

unseren Partnern in den jungen Bundesländern in München oder hier vor Ort geführt haben, für uns eine große Bereicherung sind. Eigentlich hat sich keines der Gespräche auf die Klärung der notwendigen formalen Voraussetzungen unserer Förderung beschränken müssen. Alle Gesprächspartner zumindest hatten Verständnis für meine Neugierde und mein Bestreben, die besonderen Umstände der Vergangenheit und Gegenwart in diesem neuen Teil unseres Landes besser verstehen zu können. Je mehr ich bei solchen Anlässen von Ihnen erfahren habe, desto unsicherer bin ich allerdings geworden, was für das Tagesgeschäft nicht unbedingt hilfreich war und ist. Das Wissen um die Komplexität eines Sachverhalts macht einen nicht unbedingt entscheidungstüchtiger. Aber sie hilft einem, mit der Relativität des Richtig oder Falsch besser fertig zu werden und bei der Durchsetzung der getroffenen Entscheidungen die notwendige Behutsamkeit walten zu lassen.

(aus: MPG-Spiegel 1/93)

## **Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung erörterte aktuelle Probleme der Forschungsförderung in den neuen Ländern**

### **I.**

Unter dem Vorsitz der Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Anke Brunn, erörterte die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung am 15. März 1993 aktuelle Probleme der Forschungsförderung in den neuen Ländern. Für den Bund nahmen der stellvertretende Vorsitzende der Kommission, Prof. Dr. Rainer Ortleb, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, und der neue Bundesminister für Forschung und Technologie, Matthias Wissmann, an der Aussprache teil. Die neuen Länder und Berlin waren vertreten durch den Senator für Wissenschaft und Forschung von Berlin, Prof. Dr. Manfred Erhardt, und die Wissenschaftsminister Hinrich Enderlein, Brandenburg, und Dr. Ulrich Fickel, Thüringen.

### **II.**

Die Kommission stellte mit Befriedigung fest, daß die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung der außeruniversitären Forschung in den neuen Ländern und Berlin bereits Mitte des vergangenen Jahres weitgehend umgesetzt waren. In den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin sind in kurzer Zeit zahlreiche außeruniversitäre Forschungseinrichtungen aufgebaut worden, darunter 34 Einrichtungen der Blauen Liste, drei Großforschungseinrichtungen und zehn Außenstellen von Großforschungseinrichtungen sowie 21 Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft. Ferner bestehen zwei Max-Planck-Institute und zwei Außenstellen von Max-Planck-Instituten, 28 befristete Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft an sieben Universitäten und sieben ebenfalls befristete geisteswissenschaftliche Zentren, die von der Max-Planck-Gesellschaft betreut werden. Daneben werden 60 langfristige Vorhaben der Akademien der Wissenschaften gefördert.

In der Kommission bestand Einvernehmen darüber, daß dennoch weiterhin erhebliche Anstrengungen erforderlich sind, um eine einheitliche Forschungslandschaft in Deutschland zu verwirklichen. Hierzu wies Bundesforschungsminister Wissmann darauf hin, daß er 1993 in seinem Haushalt insgesamt 1,75 Mrd. DM für die neuen Länder vorgesehen hat; das sind 10% mehr als im Jahr 1992. Bundesminister Wissmann erklärte, er beabsichtige, die Einrichtungen in den neuen Ländern von den für 1993 vorgesehenen Mittelsperren und von den für 1994 geplanten Personaleinsparungen auszunehmen.

Einvernehmen bestand in der Kommission auch darüber, daß der Aufbau im Osten nur dann gelingen kann, wenn der im Westen erreichte Standard gewahrt wird.

Die konkreten Entscheidungen für 1994 müssen in den nunmehr bevorstehenden Haushaltsberatungen im Rahmen der BLK und in Bund und Ländern getroffen werden. Die Aussprache in der Kommission diente dazu, strategische Leitlinien für die auf den verschiedenen Ebenen anlaufenden Haushaltsberatungen herauszuarbeiten.

### **III.**

1. Die Kommission stellte mit Befriedigung fest, daß alle Förderinstrumente der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in den neuen Ländern angenommen worden sind und zunehmend ihre Wirkung entfalten. Die qualitativ gut beurteilten Anträge im Rahmen der allgemeinen Forschungsförderung nehmen zu. Fünf Sonderforschungsbereiche sind eingerichtet, weitere sind in Vorbereitung. Neben den bereits bestehenden elf Graduiertenkollegs werden weitere Initiativen zum Aufbau solcher Kollegs gefördert. Im Leibniz-Programm zur Förderung der Spitzenforschung konnten auch Forscher aus den neuen Ländern ausgezeichnet werden.

Die DFG hält für den weiteren Ausbau ihrer Fördermaßnahmen in den neuen Ländern eine Zuwendung von rd. 224 Mio. DM 1994 für erforderlich.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Prof. Dr. Ortleb, hat erklärt, er werde sich dafür einsetzen, daß der Bundesanteil von rd. 122 Mio. DM bereitgestellt wird. Die neuen Länder sind bemüht, den auf sie entfallenden Anteil von rd. 102 Mio. DM aufzubringen.

2. Die Kommission hob die besondere Bedeutung hervor, die dem Aufbau von Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) in den neuen Ländern zukommt.

Nach den Vorstellungen der MPG sollen in einem mittelfristigen Zeitraum bis zu zwölf Max-Planck-Institute in den neuen Ländern errichtet werden. Die MPG wird hierfür in Kürze ein umfassendes Standortkonzept vorlegen, das eine wichtige Grundlage für konkrete Haushaltsverhandlungen sein wird. Der Planungsrahmen, den die MPG für den mittelfristigen Zeitraum entwickelt hat, sieht für 1996 Zuwendungen von bis zu 360 Mio. DM vor.

Der Bund legt großen Wert darauf, daß möglichst bald eine angemessene Zahl von Max-Planck-Instituten in den neuen Ländern realisiert wird. Bundesminister Wissmann hat deshalb zugesagt, daß er den Aufbau neuer Max-Planck-Institute im östlichen Teil Deutschlands nach Kräften unterstützen werde und sich dafür einsetzen wolle, daß die Max-Planck-Gesellschaft eine über die geltende Finanzplanung des Bundes hinausgehende Zuwendung erhalte.

Die neuen Länder messen dem Aufbau von MPG-Instituten ebenfalls eine große Bedeutung bei; sie konnten sich aber - auch im Hinblick auf das noch ausstehende Standortkonzept der MPG - noch nicht abschließend äußern.

3. Bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, insbesondere bei den Einrichtungen der Blauen Liste, besteht noch ein erheblicher Investitionsbedarf. Die Kommission hat hierzu auf das Hochschulerneuerungsprogramm (HEP) hingewiesen, in dessen Rahmen 1993 bis 1996 266,7 Mio. DM für diese Zwecke zur Verfügung stehen, von denen der Bund 75% aufbringt. Nach vorläufigen Schätzungen der neuen Länder, die noch eingehender Überprüfung bedürfen, sind mittelfristig für Bau-, Sanierungs- und Geräteinvestitionen zusätzliche Mittel in einer Größenordnung von 800 Mio. DM erforderlich. Wegen der unterschiedlichen Situation bei den einzelnen Einrichtungen müssen der tatsächliche Bedarf und die Höhe der Zuwendungen in den jeweiligen Haushaltsberatungen festgestellt werden. Dabei soll auch geprüft werden, ob Mittel aus den EG-Regionalfonds in größerem Umfang eingesetzt werden können.

4. Schließlich hat die Kommission auf die Bedeutung des Akademienprogramms hingewiesen, in dem 60 Vorhaben aus den neuen Ländern gefördert werden. Es handelt sich dabei vorwiegend um geisteswissenschaftliche Vorhaben, die der Wahrung und Pflege des kulturellen Erbes dienen. Das Programm soll deshalb nach Möglichkeit von Einsparungen ausgenommen und seiner Bedeutung entsprechend weiterentwickelt werden.

#### IV.

Die Kommission wird im Dezember 1993 - also etwa drei Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit - ein umfassendes Gespräch über Stand und Perspektiven der Forschungsförderung in den neuen Ländern und in Berlin führen.

(BLK-Pl)

### **Martin-Luther-Universität 1993 - wie weiter? Der Personalrat zum bevorstehenden Stellenabbau**

Unter dieser Überschrift hatte der Personalrat auf der letzten Personalversammlung am 29. Januar dieses Jahres kritische Fragen an die Universitätsleitung und Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung gerichtet - leider ohne befriedigende Antworten zu erhalten.

Mit dem Datum 1. April wird die in den Hochschulstrukturgesetzen vom Landtag beschlossene Integration der Pädagogischen Hochschule Halle-Köthen und von Teilen der Technischen Hochschule Leuna-Merseburg in die Martin-Luther-Universität vollzogen. Bereits vor der Verabschiedung dieser Gesetze hat der Personalrat nachdrücklich auf sich

daraus ergebende personal- und arbeitsrechtliche Probleme hingewiesen. Inzwischen hat der Landtag mit dem Haushalt 1993 beschlossen, im Bereich des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung (MWF) weitere 50 Mio DM an Personalausgaben einzusparen. Dazu legt ein Erlaß des Ministers vom 2. März fest, daß bis zum 30. 9. 93 allein im Hochschulbereich der Universität 546 und bis zum Jahresende noch einmal 50 Stellen wegfallen. Noch härter ist die TH Leuna-Merseburg betroffen, die in diesem Erlaß angewiesen wird, "Mitarbeiter der nicht von der Integration erfaßten Bereiche ... unverzüglich zu kündigen". Darüber hinaus geht aus dem Erlaß hervor, daß die im Zuge der Integration der Universität zugeführten Stellen insgesamt bis Ende 1995 wieder abzubauen sind. Es ist also genau das eingetreten, was der Personalrat seit langem befürchtet: eine zeitliche Vermischung von Integration und dramatischem Stellenabbau, was nach unserer Auffassung eine sachliche Diskussion und Entscheidungsfindung zur zukünftigen Struktur der Universität fast unmöglich macht.

Der Personalrat verkennt nicht, daß es trotz eines Stellenabbaus von über 40 Prozent an unserer Universität, verglichen mit Ende 1989, nach wie vor starke Disproportionen hinsichtlich der Stellenauslastung einzelner Struktureinheiten gibt, die sich mit dem Vollzug der Integration sogar noch weiter verschärfen werden.

So ist jedenfalls damit zu rechnen, daß in der nächsten Zeit viele Beschäftigte der Universität "mangels Bedarf" ihren Arbeitsplatz verlieren, obwohl nach unserer Überzeugung weder hinsichtlich künftiger Strukturen noch hinsichtlich künftiger Aufgaben in Lehre und Forschung einigermaßen verlässliche Aussagen gemacht werden können, die es ermöglichen, den Bedarf oder Nichtbedarf an wissenschaftlichen Mitarbeitern und sonstigen Beschäftigten festzustellen.

Vielmehr wird der mangelnde Bedarf vor allem mit Blick auf die Stellenstruktur an den Universitäten der alten Bundesländer begründet, die zwar seit Jahren heftig kritisiert aber aus Haushaltgründen bisher nicht geändert worden ist.

Der oben genannte Erlaß des Ministers weist den Fachbereichen bei der Diskussion um die künftige Struktur eine große Verantwortung zu. Der Personalrat erwartet, daß sich die Leitungen der Fachbereiche öffentlich zu dieser Verantwortung bekennen und die notwendigen Entscheidungen nach eingehender Beratung gemeinsam mit dem zuständigen Selbstverwaltungsorgan treffen.

Von der Leitung der Universität erwartet der Personalrat, daß sie bei ihren Entscheidungen stets die Rechte und Probleme des einzelnen Betroffenen berücksichtigt und alle Möglichkeiten zur Vermeidung von Kündigungen ausschöpft.

Der Personalrat wird seinen Standpunkt zu arbeitsrechtlich relevanten Aussagen des Ministererlasses betreffend Umsetzung der ABK-Empfehlung, Befristung von Arbeitsverhältnissen sowie Teilzeitangeboten umgehend veröffentlichen.

Er steht allen Beschäftigten, insbesondere den von Kündigungen bedrohten, zur Beratung und - im Rahmen seiner personalvertretungsrechtlichen Aufgaben - zur Unterstützung zur Verfügung.

**Dr. Albert Rost,**  
Vorsitzender des Personalrates

## Zur Erklärung des Personalrates: Die Struktur unserer Universität

Die Diskussion um die künftige Struktur der Universität wird seit über einem Jahr geführt. Insbesondere bemüht sich die Haushaltskommission unter der Leitung von Prorektor Prof. Luckner, ein Modell vorzulegen, das bei der Zuweisung der finanziellen und personellen Ressourcen ausgewogen die wissenschaftlichen Aufgaben der Fachbereiche sowie die Lehrbelastung berücksichtigt. Parallel dazu beschäftigt sich seit der Neuwahl des Rektors die Strukturkommission unter Leitung von Prorektor Prof. Hartwich mit Profilierung und Schwerpunktsetzung einzelner Bereiche. Das alles dient dem Ziel, langfristig eine den Aufgaben gerecht werdende Stellenstruktur zu erreichen. Die dafür durch die Kabinettsvorlage vorgegebene Zahl von 2756 Stellen für den nichtmedizinischen Bereich insgesamt ist zwar nicht übermäßig komfortabel, dient aber als gute Basis, eine leistungsfähige Wissenschaftsstruktur aufzubauen. Dabei sollte die finanzielle Situation des Landes Sachsen-Anhalt, die den Handlungsspielraum des Ministeriums stark einschränkt, berücksichtigt werden.

Leider erfolgte der Stellenabbau im vergangenen Jahr eher zufällig und nur in ganz wenigen Bereichen der Universität entsprechend den Vorstellungen der Haushaltskommission. Das hat zur Folge, daß die aus DDR-Zeiten herrührenden Disproportionen im wesentlichen immer noch bestehen. Damit wird aber die Entwicklung mangels freier Stellen dort blockiert, wo ein Aufbau unbedingt erforderlich ist. Es ist deshalb im Interesse der Universität unabweichlich, daß die Realisierung des Landtagsbeschlusses dort einsetzen muß, wo Stellenüberhänge existieren. Dabei wird auch vom Rektorat nicht verkannt, daß davon Einzelschicksale betroffen sind. Um die Folgen möglichst abzuschwächen und um die Beratung des Einzelfalles zu gewährleisten, wird die Universität eine Beratungsstelle einrichten.

Die Integration der Pädagogischen Hochschule und von Teilen der Technischen Hochschule in diesem Moment läßt die Situation nur bei oberflächlicher Betrachtung schwieriger erscheinen. In jedem Fall, auch bei einem späteren Integrationszeitpunkt, besteht das Problem der Integration darin, daß außer zwei technischen Fachbereichen der TH zur Universität nur Struktureinheiten kommen, die an der Universität bereits existieren. Sollen sich diese angemessen einordnen, so ist in jedem Fall ein Stellenabbau notwendig. Der Vorteil der derzeitigen Lösung besteht darin, daß bei der Auswahl der geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Fachbereiche auf die Angehörigen aller drei Einrichtungen gleichberechtigt zurückgreifen können. Damit sollte gewährleistet sein, daß möglichst leistungsfähige Bereiche aufgebaut werden können.

Die Universitätsleitung erhofft sich von der Zusammenarbeit mit dem Personalrat Lösungen, die selbstverständlich die guten Rechte des einzelnen berücksichtigen, die aber andererseits nicht die erforderliche Neustrukturierung der Universität blockieren. Es ist uns allen wenig mit einer Festschreibung des bestehenden Zustandes gedient. Auch die Mitglieder des Personalrates sind Angehörige der Universität und sollten an der Entwicklung zu einer konkurrenzfähigen Bildungseinrichtung in Deutschland interessiert sein

**Prof. Dr. Dr. Gunnar Berg,**  
Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

## Mecklenburg-Vorpommern: Kabinettsbeschlüsse Maßnahmen zur Hochschulstruktur

Zur Vervollständigung und Konsolidierung der Hochschulstruktur in Mecklenburg-Vorpommern hat das Kabinettsbeschlüsse folgendes beschlossen:

- *Gründung der Hochschule für Musik und Theater*

Zum 1.1.1994 wird die Hochschule für Musik und Theater Mecklenburg-Vorpommern in Rostock gegründet. Erste Immatrikulationen finden schon am 1.10.1993 statt.

- *Betriebswirtschaftslehre in Greifswald*

Ab dem 1.10.1993 wird der Studiengang Betriebswirtschaftslehre an der Ernst-Moritz-Amdt-Universität Greifswald errichtet.

- *Neue Studiengänge für die Fachhochschulen*

An den Fachhochschulen in Mecklenburg-Vorpommern werden ab 1.9.1993 folgende Studiengänge eingerichtet:

Hochschule Wismar: Informatik, Verfahrens- und Umweltechnik

Fachhochschule Stralsund: Wirtschaftsingenieurwesen

Fachhochschule Neubrandenburg: Vermessungswesen, Landespflege, Pflegedienstleitung

Die Einrichtung dieser Studiengänge war von den Fachhochschulen beantragt worden.

- *Stellenentsperrung im Fachhochschulbereich*

Es wurde beschlossen, den Landtag um sofortige Entsperrung der zur Zeit gesperrten 204 Stellen zu bitten.

- *Stellenentsperrung an den Universitäten*

Der Landtag wird auch gebeten, die 366 im Haushalt 1993 bei den Universitäten Rostock und Greifswald gesperrten Stellen zu entsperren. Dafür fallen an diesen Hochschulen Stellen in gleicher Anzahl weg.

- *Konzept für Stelleneinsparungen*

Die Kultusministerin legt bis zum 30.6.1993 ein mit den beiden Universitäten abgestimmtes Hochschulkonzept zur Kooperation im Forschungs- und Lehrbereich dieser Universitäten vor. Dieses Konzept enthält Einsparungsvorschläge für die o.g. 366 Stellen. Hierzu wird unverzüglich eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Universitäten und der im Landtag vertretenen Parteien unter Federführung der Kultusministerin gebildet. Die Einsparungen werden vorrangig im Verwaltungsbereich von Universität und Universitätsklinik erfolgen, sowie durch Überführung der Psychiatrie einschließlich der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Rostock in kommunale Trägerschaft. Die finanzielle Situation des Landes verlange eine optimale Nutzung der Ressourcen auch im Bereich der Wissenschaft. Deshalb könne die Entsperrung der Stellen nicht ohne jede finanzielle Gegenleistung erfolgen.

- *Kultusministerin richtet eine Hochschulstrukturkommission ein*

Die Kultusministerin richtet in Kürze einen wissenschaftlichen Beirat zu ihrer ständigen Beratung ein.

*(PI des Kultusministeriums Mecklenburg-Vorpommern)*

### **Forschung zu Folgen von Klimaveränderungen ist neuer Schwerpunkt der BMFT-Umweltforschung Neubauplanung für den Telegrafenberg in Potsdam**

*Anlässlich der Einweihung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung e.V. (PIK) hielt der Bundesminister für Forschung und Technologie, Matthias Wissmann, am 19.4.1993 in Potsdam folgende Rede.*

Das Potsdam-Institut für Klimaforschung e.V. (PIK) im Wissenschaftspark Albert Einstein auf dem Telegrafenberg in Potsdam wurde am 01.01.1992 gegründet. Es geht zurück auf eine Empfehlung des Wissenschaftsrates in Zusammenhang mit der Neuorientierung der Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern. Der Wissenschaftsrat hat in einem Zusatzgutachten Anfang 1993 die Bedeutung und die Besonderheit dieses Instituts noch einmal unterstrichen.

Das PIK ist einzigartig in Deutschland und sogar in Europa. Es widmet sich einem neuen Wissenschaftsgebiet, das in zusammenschauender Weise Natur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften auf wichtige Umweltprobleme konzentriert. Hierfür gibt es bisher keine wissenschaftliche Tradition und somit auch keine ausgebildeten Wissenschaftler. Auch die Organisationsstruktur und Stellenausstattung sind mit anderen Instituten nicht vergleichbar. Das PIK ist als kleines, flexibles und innovatives Institut nach dem Modell eines "think tank" konzipiert, das in hohem Maße auf die Zusammenarbeit mit der gesamten Umweltforschung in Deutschland angelegt ist. Es hat zur Zeit 38 Mitarbeiter und verfügt über einen Jahresetat von rund 8 Mio DM, der vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) und vom Land Brandenburg je zur Hälfte getragen wird.

Die Arbeit des PIK konzentriert sich auf das wahrscheinlich gravierendste Umweltproblem unserer Tage: eine mögliche Klimaänderung mit ihren Folgen für den Menschen und seine Gesundheit, seine natürliche Umwelt, aber auch die zivilisatorischen Systeme, wie z.B. Energiewirtschaft und Verkehr. Bisher gibt es kaum seriöse wissenschaftliche Aussagen darüber, was mögliche Klimaänderungen sowohl für das eigene Land, als auch für andere gefährdete Regionen der Erde bedeuten können. Nicht nur die natürliche Umwelt, sondern auch die ökonomischen Strukturen werden womöglich weltweit von einer Klimaänderung betroffen sein. Daher ist es wichtig zu wissen, wo zukünftig umweltbedingte wirtschaftliche Not zu Wanderbewegungen führen kann, und welche Folgen sich hieraus für Mitteleuropa, die Europäische Gemeinschaft und auch für Deutschland ergeben können.

In Zusammenarbeit mit der Wissenschaft wird sich die vom BMFT geförderte Forschung

zu Folgen einer möglichen Klimaänderung zuerst auf sensible Räume, wie zum Beispiel die norddeutsche Küstenregion oder die Alpen, sensible Sektoren, wie zum Beispiel die Land- und Forstwirtschaft, sowie übergreifende Querschnittsthemen, wie die Verfügbarkeit von Wasser unter veränderten Klimabedingungen konzentrieren.

In dieser Forschungskonzeption kommt dem neu gegründeten Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung eine Schlüsselrolle zu. Es soll im Rahmen seiner wissenschaftlichen Aufgabenstellung auch konkrete Beratungsaufgaben für Politik und Gesellschaft im Hinblick auf den globalen Wandel und dessen Folgen leisten. Es werden wissenschaftlich gut begründete Hinweise darauf erwartet, wie die Umwelt in Zukunft besser geschützt und gleichzeitig die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gestärkt werden kann. Die Wissenschaft soll Wege zum notwendigen Strukturwandel unserer Gesellschaft im Hinblick auf die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie aufzeigen....

Das neue Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung wurde an einem traditionsreichen Wissenschaftsstandort angesiedelt. Potsdam, die Landeshauptstadt Brandenburgs, ist nach der am 01.01.1992 durch Bund und Land Brandenburg gemeinsam erfolgten Gründung neuer Forschungseinrichtungen auf dem besten Wege, seinen Ruf als international bekannter Wissenschaftsstandort im Rahmen der Schaffung einer neuen Forschungslandschaft in Deutschland zu festigen und auszubauen. Begründet wurde der Ruf als Wissenschaftsstandort durch die Königlichen Astrophysikalischen Observatorien, das Magnetisch-Meteorologische Observatorium und das Geodätische Institut auf dem Telegrafenberg zum Ende des letzten Jahrhunderts. Heute sind eine neue Großforschungseinrichtung, das Geoforschungszentrum Potsdam (GFZ), zwei Blaue-Liste-Institute, das Astrophysikalische Institut Potsdam (AIP) und das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) sowie die Außenstelle des Alfred-Wegener-Instituts für Polarforschung (AWI), Bremerhaven, auf dem Telegrafenberg angesiedelt.

Schon mit der Arbeitsaufnahme der neuen Institute Anfang 1992 wurde deutlich, daß die vorgesehenen Aktivitäten in den vorhandenen Räumlichkeiten nicht durchgeführt werden können. Als Ergebnis intensiver Diskussionen des BMFT mit den beteiligten Einrichtungen und dem Land Brandenburg ist die Entscheidung getroffen worden, die größte Einrichtung, das Geoforschungszentrum, in einem Neubau unterzubringen und somit den notwendigen Platz für die anderen Institute in den historischen Gebäuden zu schaffen. Der Neubau wird am Nordrand des Wissenschaftsparks Albert Einstein auf dem Telegrafenberg errichtet und wird sechs einzelne, durch einen Gang verbundene Gebäude, die sich hinsichtlich ihrer Größe und äußeren Architektur und Gestaltung harmonisch in das Gesamtensemble des Telegrafenberges einfügen, umfassen. Die Hauptnutzfläche wird 9000 Quadratmeter betragen, von denen die Hälfte für Laborräume vorgesehen ist. Gemeinsam für alle Institute auf dem Telegrafenberg ist ein Zentralgebäude mit Bibliothek, Kantine und Hörsaal vorgesehen, über dessen Finanzierung noch Abstimmungsbedarf besteht.

Weiterhin ist geplant, die behelfsmäßigen Bauten der Nachkriegszeit nach und nach abzureißen und somit auf dem Telegrafenberg bereits äußerlich in architektonischer und städtebaulicher Hinsicht die Synthese zwischen wissenschaftlicher Tradition und moderner Forschung zu dokumentieren. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Potsdam hat bereits zugestimmt, die Neubauplanung in Form eines Vorhaben- und Erschlie-

Bungsplans der Öffentlichkeit vorzustellen (Auslegung vom 28.4. - 28.5.1993). Der Neubau wird zu seinem größeren Anteil (63,9 Mio DM) über die Grundfinanzierung des GFZ nach dem Schlüssel 90 Prozent Bund und 10 Prozent Land Brandenburg und zu einem kleineren Anteil (19 Mio DM) aus dem Investitionssonderprogramm nach dem Schlüssel 75 Prozent Bund und 25 Prozent Land Brandenburg finanziert. Von den Gesamtkosten in Höhe von 82,9 Mio DM tragen somit der Bund, vertreten durch das BMFT, 71,8 Mio DM und das Land Brandenburg 11,1 Mio DM. Noch in diesem Jahr soll mit den ersten Baumaßnahmen begonnen werden, um den Baukomplex bis zum Jahre 1997 fertigstellen zu können.

## BRIEF



**Dr. Edelbert Richter**  
Abgeordneter im Europäischen Parlament

Goetheplatz 9b  
D-O-5300 Weimar  
Tel./Fax 03643/ 3747

Palais de l'Europe  
F-67000 Straßburg  
Tel 0033 88 17 5060  
Fax 0033 88 17 9060

Brussel, den 07 04 93

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich herzlich bei Ihnen bedanken für die zahlreichen Antworten auf meine Schrift vom Herbst letzten Jahres zur Situation von Schulen und Hochschulen in den neuen Ländern. Die Reaktionen waren überwiegend zustimmend, z.T. aber auch kritisch, etwa was die Würdigung der Geisteswissenschaften betrifft, und z.T. skeptisch in Bezug auf die Chancen der Verwirklichung mancher Vorschläge.

Inzwischen habe ich an den Bundespräsidenten geschrieben und die Antwort erhalten, daß er sich der Probleme der ostdeutschen Wissenschaftler nur im Rahmen seiner Möglichkeiten annehmen könne. Mit meiner an prominente Wissenschaftler in den alten Bundesländern gerichtete Bitte, sich doch gemeinsam für Ihre Kollegen in Ostdeutschland öffentlich einzusetzen, habe ich bisher keinen Erfolg gehabt.

Eine Notgemeinschaft ostdeutscher Wissenschaftler haben, wie sich herausgestellt hat, auch einige von Ihnen in's Auge gefaßt. Der Gedanke wird weiter verfolgt.

Darüber hinaus möchte ich denen von Ihnen, die nicht mehr die Möglichkeit haben, ein wissenschaftliches Projekt zu verwirklichen, folgenden Plan unterbreiten: Halten Sie es für denkbar, eine Sammlung solcher Projekte durchzuführen, die Sie im Kopf haben, aber eben nicht umsetzen können, und mit ihnen dann das BMFT bzw. BMWi gleichsam zu "bombardieren"? So kämen wir Ostdeutschen aus dem Jammern und Betteln heraus und zu einer offensiven Haltung! Denn ich bin davon überzeugt, daß es unter Ihnen eine Flut von Ideen gibt, die nur im Sande verläuft, weil sie nicht gesammelt wird. Ob Sie sich zu diesem gewiß etwas ungewöhnlichen Gedanken einmal äußern?

Schließlich schicke ich Ihnen nun die angekündigte zweite, ergänzende Broschüre zur Frage der Neustrukturierung der gesamtdeutschen Forschungslandschaft und bitte Sie wieder um Ihre Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Edelbert Richter

Walter H. Pehle/Peter Sillen (Hrsg.): **Wissenschaft im geteilten Deutschland. Restauration oder Neubeginn nach 1945?** Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M. 1992. 254 S. DM 24,90. Über den Buchhandel.

Jürgen Friedrichs: **Sozialwissenschaftliche Dissertationen und Habilitationen in der DDR 1951 - 1991. Eine Dokumentation** (Gesellschaften im Wandel) [Bibliographie]. Unter Mitarbeit von Vera Sparschuh/Iris Wrede. Walter de Gruyter, Berlin/New York 1993. 475 + XII S. DM 158,-. Über den Buchhandel.

Jörg-Dieter Gauger (Hrsg.): **Die Zukunft von Forschung und Lehre in den neuen Ländern. Beiträge von Theodor Berchem - Volker Knoerich - Norbert Lammert - Johannes Mehlig - Horst Pätzold - Hans-Ludwig Schreiber - Bernhard Vogel** (Vorträge und Beiträge der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bd. 20). Köllen Druck+Verlag, Bonn 1992. 71 S. DM 5,-. Über den Buchhandel.

Getraude Buck-Bechler/Heidrun Jahn: **Hochschulerneruerung in den neuen Bundesländern. Inhaltlich-strukturelle Entwicklungen.** Hrsg. von der Projektgruppe Berlin-Karlshorst. Mitarbeit Dirk Lewin, Gerhard Schreiber. Berlin 1993. 111 S. Bestellungen an: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Aristotelessteig 4, O - 1157 Berlin, Tel. 030/504 2949, Fax 504 2941.

Gerhard Barkleit (Hrsg.): **Die Erneuerung der sächsischen Hochschulen. Eine Dokumentation** [beschränkt sich weitgehend auf die Dresdner Hochschulerneruerung]. Sonderausgabe der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung. Hellerau-Verlag, Dresden 1993. 211 S. Über den Buchhandel bzw. (für sächsische InteressentInnen) kostenlos bei: Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung, Ref. Publikationen, Schützenhofstr. 36-38, O - 8023 Dresden, Tel. 0351/589 7502.

Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung an der Universität Hannover (Hrsg.): **Nachfrage nach Hochschulbildung in Sachsen-Anhalt. Stand und Perspektiven. Untersuchungsbericht im Rahmen des Projektes "Grund- und Strukturdaten für die Hochschulplanung in Sachsen-Anhalt"** (IES-Berichte, 112.92). Hannover/Magdeburg 1992. 115 S. Bezug bei: IES an der Uni Hannover, Grottefendstr. 2, W - 3000 Hannover 1, Tel. 0511/1603-1.

Getraude Buck-Bechler/Heidrun Jahn: **Hochschullandschaft Berlin. Teil 1: Fachhochschulen.** Hrsg. von der Projektgruppe Berlin-Karlshorst. In Zusammenarbeit mit Dirk Lewin. Berlin 1992. 31 S. Bestellungen an: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Aristotelessteig 4, O - 1157 Berlin, Tel. 030/504 2949, Fax 504 2941.

Bärbel Last/Hans-Dieter Schäfer (Hrsg.): **Attraktivität durch Internationalität. Die Wissenschaftsbeziehungen der Hochschulen der neuen Bundesländer mit Osteuropa auf dem Prüfstand. Beiträge einer Tagung am 10. November 1992 an der Universität Potsdam.** Hrsg. von der Universität Potsdam und der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Potsdam 1993. 175 + XII S. Bestellungen an: Universität Potsdam, Am Neuen Palais 10, O - 1571 Potsdam.

Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder (Hrsg.): **Wer ist Wer an der Europa-Universität Viadrina? Professoren - Profile - Publikationen.** Frankfurt/O. 1993. 19 S. Kostenlos zu beziehen bei: Europa-Universität, Pressestelle, Große Scharmstr. 59, O - 1200 Frankfurt/O.

Der Rektor der Universität Leipzig (Hrsg.): **Feierliche Immatrikulation 1992/93. Reden gehalten im Neuen Gewandhaus zu Leipzig am 19. Oktober 1992.** (Leipziger Universitätsreden Neue Folge Heft 73) Leipzig 1993. 28 S. Kostenloser Bezug bei: Universität Leipzig, Öffentlichkeitsarbeit, PF 920, O - 7010 Leipzig.

Werner Thieme: **Fortbestand und Erneuerung der Preußischen Akademie der Wissenschaften.** Carl Heymanns Verlag, Köln 1992. 79 + IX S. DM 48,-. Über den Buchhandel.

Benno Parthier (Hrsg.): **Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina zu Halle (Saale) (gegründet 1652 in Schweinfurt). Geschichte Struktur Aufgaben.** Halle/S. 1993. 20 S. Kostenlos bei: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e.V., August-Bebel-Str. 50a, O - 4020 Halle/S., Tel. 0345/250 14, Fax 217 27.

VADEMECUM Deutscher Lehr- und Forschungsstätten, Stätten der der Forschung. 10. völlig überarbeitete Auflage [erstmalig für die gesamte Bundesrepublik]. 2 Bde. Dr. Josef Raabe Verlag, Stuttgart 1992. 2200 S. DM 590,-. Auch auf CD-Room: Einzellieferung DM 2.600,-, Abonnement: Erstlieferung DM 1.800,- + Folgelieferung DM 1.400,-.

Heinrich Best (Hrsg.): **Sozialwissenschaften in der DDR und in den neuen Bundesländern. Ein Vademecum.** Bearb. von Manfred Krause/Ute Koch. Informationszentrum Sozialwissenschaften, Abt. Berlin. Berlin 1992. 557 S. Über den Buchhandel oder bei: Informationszentrum Sozialwissenschaften, Lennéstr. 30, W - 5300 Bonn 1, Tel. 0228/2281-0.

Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen "Otto von Guericke" e.V. AiF (Hrsg.): **Selbständige wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern.** Berlin 1992. 191 S. Kostenlos zu beziehen über: AiF-Außenstelle Berlin, Leipziger Str. 5-7, O - 1086 Berlin.

Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. KSPW (Hrsg.): **Arbeitsphase I: Die Kurzstudien** [Verzeichnis der KSPW-geförderten Studien]. Halle/S. 1992. o.S. (103 S.) Kostenlos bei: KSPW, Brandbergweg 23, O - 5050 Halle/S., Tel. 0345/649 102.

Gesellschaft Deutscher Chemiker GdCh (Hrsg.): **Chemiestudium in den Neuen Bundesländern. Ein Studienführer.** Frankfurt a.M. 1993. 46 S. Kostenlos zu beziehen bei: Gesellschaft Deutscher Chemiker, PF 90 04 40, W - 6000 Frankfurt a.M. 90, Tel. 069/79 171.

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: **Jahresbericht 1992** Kostenlos über: BLK-Geschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Allee 39, W - 5300 Bonn 1, Tel. 0228/5402-0, Fax 540 21 50.

Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. (Hrsg.): **Dokumente zur Erinnerung an den Jenaer Denkmalsturz 1991/92. Anlässlich des 175. Geburtstages von Karl Marx am 5. Mai 1993.** Jena 1993. o.S. 32 S.

Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der  
 DDR \* Kritische Begleitung des Umbau-  
 prozesses \* Perspektiven der ostdeutschen  
 Forschungs- und Hochschullandschaft \*  
 Analysen \* aktuelle Berichte \* Rezensionen  
 \* Literaturinformation \* Dokumentation

# hochschule ost

## bisherige Themen:

Die ostdeutschen Hochschulgesetze \* Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-) Deutschland \* Die Erneuerung und ihre Kriterien \* DDR-Wissenschaftsgeschichte \* Hochschulstruktur in Sachsen \* Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit \* Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung \* Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen \* Jürgen Teller Honorarprofessor \* Fortsetzung zum "Fall Fink" \* Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung \* Europa-Universität Frankfurt/Oder \* Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig \* HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten \* Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion \* BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus \* Wissenschaft Ost 1989/90 \* Europäische Universität Erfurt \* Streitsache Latinum \* Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost \* 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler \* Frauen in der Ostwissenschaft \* SPD-Wissenschaftsforum \* Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive \* Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel \* Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe \* Vorschläge zur Hochschulreform \* Methodologische Wende? \* Hochschule als Institution und Landeshochschulrecht \* Verbände (-Schicksale) im Osten

## AutorInnen:

Wolfgang Nitsch, Bernd Okun, Horst Poldrack, Rosemarie Will, Matthias Middell, Georg Nolte, Larissa Klinzing, Kurt Nowak, Peer Pasternack, Fritz Klein, Wolfgang Küttler, Wolfgang Ernst, Jürgen Teller, Frank Geißler, Ilko-Sascha Kowalczyk, Torsten Bultmann, Rudolf von Thadden, Hans Joachim Meyer, Christoph Kähler, Rudolf Mau, Martin Onnasch, Monika Gibas, Horst Klinkmann, Uta Starke, Maris Dürkop, Hermann Klenner, Hans-Uwe Erichsen, Edellbert Richter, Cornelius Weiss, Alfred Förster, Peter Porsch, Hans-Heinz Emons, Eberhard Tiefensee, Hans-Jörg Sandkühler, Hartmut Eisenhans u. v. a.

## Kopiervorlage

### Bestellung

Bitte senden Sie mir "hochschule ost":

- |  |             |
|--|-------------|
| 1. ein Exemplar zum Kennenlernen   |             |
| 2. .... mal das Journal im Normal-Abonnement   | für 55,- DM |
| 3. .... mal im Abo für ostdeutsche PrivatbezieherInnen/<br>StudentInnenabonnement  | für 33,- DM |
| 4. .... mal im Abonnement für in der akademischen / studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive Studierende (tätig in folgendem Gremium<br>.....) | für 20,- DM |

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.

Habe ich mich für Variante 2., 3. oder 4. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.

Name .....

Adresse .....

.....(Datum) .....(Unterschrift)

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich widerrufe.

.....(2. Unterschrift)

Bitte senden an: Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa Uni  
 Leipzig, Augustusplatz 9, PSF 920, O - 7010 Leipzig